

kriens

Protokoll

Kriens, 7. Mai 2020

Sitzungsdatum

Donnerstag, 7. Mai 2020

Zeit Ort

09:00 Uhr bis 12:00 Uhr /
13:30 Uhr bis 18:00 Uhr,
Pilatusaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Janine Lipp
Sachbearbeiterin

T 041 329 63 09
janine.lipp@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2019/2020 Protokoll Nr. 8

Anwesend

Präsident

Roger Erni

Einwohnerrat

27 Mitglieder

Stadtrat

5 Mitglieder

Stadtschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Marco Frauenknecht
Thomas Lammer

Traktanden

1.	<u>Mitteilungen</u>		Seite 374
2.	<u>Protokoll Nr. 4</u> vom 28. November 2019		Seite 375
	<u>Protokoll Nr. 5</u> vom 12. Dezember 2019		
	<u>Protokoll Nr. 6</u> vom 16. Januar 2020		
	<u>Protokoll Nr. 7</u> vom 13. Februar 2020		
3.	<u>Bericht und Antrag</u> : Teilzonenplanrevision, 2. Lesung	Nr. 203/19	Seite 376
4.	<u>Bericht und Antrag</u> : Gemeindeinitiative Einzonungs- moratorium für 15 Jahre	Nr. 289/20	Seite 388
5.	<u>Bericht und Antrag</u> : Bebauungsplan, Teilzonenplanänderung und Erschliessungsrichtplan Weinhalde, 2. Lesung	Nr. 240/19	Seite 394
6.	<u>Bericht und Antrag</u> : Gemeindeinitiative «Einzonung zu Gunsten neuem Ökihof mit Forsthof»	Nr. 271/20	Seite 401
7.	<u>Planungsbericht</u> : Sozialräumliche Entwicklung LuzernSüd – Stadtgebiet Kriens	Nr. 281/20	Seite 407
8.	<u>Planungsbericht</u> : Schulraumplanung 2020 und Folgejahre	Nr. 290/20	Seite 418
8a.	<u>Dringliches Postulat Camenisch</u> : Ein Haus der Krienser Vereine als möglichen neuen Verwendungszweck für das bisher ungenutzte alte Gemeindehaus in Kriens <i>Begründung+</i>	Nr. 284/20	Seite 424
8b.	<u>Beantwortung dringliche Interpellation Interpellation Zellweger</u> : Vorkehrungen Corona-Virus	Nr. 287/20	Seite 427
9.	<u>Bericht dringliches Postulat Koch</u> : Die Krauerwiese als Spielwiese und Freiraum für die Krienser Bevölkerung erhalten!	Nr. 147/18	Seite 430
10.	<u>Bericht dringliches Postulat Burkhardt</u> : Kriens, jetzt handeln!	Nr. 237/19	Seite 432
11.	<u>Beantwortung Interpellation P. Portmann</u> : Darassalam- Moschee	Nr. 246/19	Seite 434
12.	<u>Postulat Vonesch</u> : Weitsichtige Planung – Nähwärme- verbund mittels Waldholzschnitzelheizung für das Gebiet Grossfeld/Hofmatt/Krauer und allenfalls Schlossliegen- schaften <i>Begründung</i>	Nr. 262/20	Seite 436
13.	<u>Postulat Bienz</u> : Waldholzschnitzel-Heizung Schloss Schauensee <i>Begründung</i>	Nr. 263/20	Seite 436

14.	<u>Postulat M. Portmann</u> : Familien im Zentrum <i>Begründung</i>	Nr. 264/20	Seite 439
15.	<u>Postulat Schwarz</u> : Sprachliche Frühförderung in Kriens <i>Begründung</i>	Nr. 265/20	Seite 439
16.	<u>Postulat Rösch</u> : Förderung der E-Mobilität <i>Begründung</i>	Nr. 274/20	Seite 439
17.	<u>Postulat Tanner</u> : Prüfung von Wärmeverbünde als Heizlösung für das Zentrum bis zum Obernau <i>Begründung</i>	Nr. 277/20	Seite 439
18.	<u>Motion Wendelspiess</u> : Projektierungskredit Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten <i>Begründung</i> aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 280/20	Seite 439
19.	<u>Bericht Postulat Kobi</u> : Leben mit Behinderungen - Teilnahme und Teilhabe auch in Kriens aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 124/18	Seite 439
20.	<u>Bericht Postulat Lammer</u> : Reallokation der frei werdenden Mittel aus Spange Nord aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 191/19	Seite 439
21.	<u>Bericht Postulat Niederberger</u> : Symbolische Ausrufung des Klimanotstandes aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 212/19	Seite 440
22.	<u>Beantwortung Interpellation M. Portmann</u> : Kontrollmessung für die Mobilantenne im Kleinfeld aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 255/19	Seite 440
23.	<u>Fragestunde</u> (max. 30 Min.) aus Zeitgründen abtraktandiert		Seite 440

Neueingangsliste

- Nr. 284/20 Dringliches Postulat Camenisch: Ein Haus der Krienser Vereine als möglichen neuen Verwendungszweck für das bisher ungenutzte alte Gemeindehaus in Kriens
Eingang: 13. Februar 2020
Eingereicht als Postulat; mit E-Mail vom 2. März 2020 in dringliches Postulat umgewandelt
- Nr. 285/20 Interpellation Stofer: Stand der Strassenlärmsanierung 30 Jahre nach Inkraftsetzung der Lärmschutz-Verordnung
Eingang: 15. Februar 2020
- Nr. 203/19 Bericht und Antrag: Teilzonenplanrevision, 2. Lesung

-
- Nr. 271/20 Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative «Einzonung zu Gunsten neuem Ökihof mit Forst-
hof»
- Nr. 281/20 Planungsbericht: Sozialräumliche Entwicklung LuzernSüd – Stadtgebiet Kriens
- Nr. 286/20 Interpellation Niederberger: Abriss «Eichhof West»
Eingang: 19. Februar 2020
- Nr. 237/19 Bericht dringliches Postulat Burkhardt: Kriens, jetzt handeln!
- Nr. 287/20 Dringliche Interpellation Zellweger: Vorkehrungen Corona-Virus
Eingang: 26. Februar 2020
- Nr. 288/20 Dringliche Interpellation Ercolani: Wahlpropaganda auf dem Stadtplatz
Eingang: 2. März 2020
- Nr. 147/18 Bericht dringliches Postulat Koch: Die Krauerwiese als Spielwiese und Freiraum für die
Krienser Bevölkerung erhalten!
- Nr. 191/19 Bericht Postulat Lammer: Reallokation der frei werdenden Mittel aus Spange Nord
- Nr. 289/20 Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative Einzonungsmoratorium für 15 Jahre
- Nr. 240/19 Bericht und Antrag: Bebauungsplan, Teilzonenplanänderung und Erschliessungsrichtplan
Weinhalde; 2. Lesung
- Nr. 290/20 Planungsbericht: Schulraumplanung 2020 und Folgejahre
- Nr. 261/20 Beantwortung Interpellation Purtschert: Hohe Personal-Fluktuation in Kriens
- Nr. 266/20 Beantwortung Schriftliche Anfrage M. Portmann Wie wird die Abstimmung über einen
möglichen Gesamtarbeitsvertrag in der Heime Kriens AG ausgeführt
- Nr. 275/20 Beantwortung Interpellation Schwarz: Polizeiaufgebot im Stadthaus Kriens
- Nr. 294/20 Postulat Ercolani: Kanton entlastet Gemeinden
Eingang: 4. Mai 2020
-

Roger Erni begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

«ES» macht alles anders. In Kriens bedeutet dies keine Einwohnerratssitzung vom 19. März 2020. Der Druck im National- und Ständerat war zu gross. «ES» bedeutet keine Versammlungen, keine GV's, keine Restaurant- oder Matchbesuche, einfach Nichts. Die Schweiz steht still und mit ihr der Krienser Ratsbetrieb. Der Bundesrat hat dies gut gemacht und langsam scheint das blau hinter den Wolken am Himmel sichtbar zu sein. Der Sprechende freut sich, dass die heutige Sitzung stattfinden kann. Viele Mitarbeitende der Verwaltung waren involviert, dass dies heute möglich ist. So kann die direkte Demokratie gelebt werden. Die heutige Sitzung findet jedoch nicht vor anwesenden Zuschauern statt, sondern kann via Live-Stream mitverfolgt werden. Aktuell erlebt man die grösste und umfassendste Digitalisierung aller Zeiten. Auf der Tribüne sind für die Übertragung vier Personen anwesend. Er dankt diesen für ihren Einsatz.

Der Sprechende kommt nun zum Schutzkonzept, welches den Anwesenden zugestellt wurde. Die Spixtex hat bei allen Anwesenden die Temperatur gemessen. Vielen Dank dafür. Es findet keine Pause statt, aber es gibt trotzdem eine Verpflegung. Die Mittagspause erfolgt individuell. Toilettenbesuche sollten nicht durch alle gleichzeitig erfolgen. Für die heutige Sitzung wurde ein Rednerpult aufgestellt. Wenn jemand an der Reihe ist, soll er sich bereits parat machen, damit nicht zu lange Pausen entstehen. Zwischen den Wechseln wird durch Janine Saul das Pult desinfiziert und den Schutz des Mikrofons ausgewechselt.

Der Sprechende kommt nun zu den Geburtstagen. Michèle Albrecht hat morgen Geburtstag. Patrick Koch wurde im April 1 Tag nach Raoul Niederberger und 3 Tage nach Thomas Lammer und dem Sprechenden ein Jahr älter. Michael Portmann hatte bereits im Februar Geburtstag. Das aktuellste Geburtstagskind ist Martin Zellweger. Sein Tag war letzten Sonntag. Allen herzliche Gratulation.

Entschuldigt haben sich Thomas Lammer aus persönlichen Gründen und Marco Frauenknecht wegen seines Assistenzdienstes im Militär.

Die Mittagspause ist von 12:00 Uhr bis 13:30 Uhr. Sitzungsschluss ist um 18:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Roger Erni kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Weiter sind zwei dringliche Vorstösse eingegangen.

Am 13. Februar 2020 hat Rätö Camenisch das **Postulat Camenisch: Ein Haus der Krienser Vereine als möglichen neuen Verwendungszweck für das bisher ungenutzte alte Gemeindehaus in Kriens (Nr. 284/2020)** eingereicht. Mit E-Mail vom 2. März 2020 hat er dies in ein dringliches Postulat umgewandelt.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt das Postulat als dringlich erklärt. Das Postulat wird unter dem Traktandum 8a behandelt.

Am 26. Februar 2020 hat Martin Zellweger die dringliche **Interpellation Zellweger: Vorkehrungen Corona-Virus (Nr. 287/2020)** eingereicht.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt die Interpellation als dringlich erklärt. Die Interpellation wird unter dem Traktandum 8b behandelt.

Fraktions-, Kommissions- & persönliche Erklärungen

Tomas Kobi informiert über den aktuellen Stand der Kommission Reorganisation Einwohnerrat II (KRE II). Die grosse Reorganisation hatte die KRE I vorgenommen. Die KRE II hatte nun die Aufgabe dies anzuschauen und allenfalls Anpassungen vorzunehmen. Die Reorganisation durch die KRE I scheint sich mehrheitlich bewährt zu haben. Es werden keine grossen Veränderungen gewünscht. Die Grosskommissionen sollen weiterhin beibehalten werden. Die KRE II hat ihre Arbeit am 15. Januar 2020 aufgenommen. Bis zum heutigen Datum haben Corona bedingt drei Sitzungen stattgefunden. In der ersten Sitzung haben sich die Mitglieder einen Überblick verschafft und an folgenden Fragen gearbeitet:

- Welche Zielvorstellungen hat man?
- Was will man verändern?
- In welche Richtung soll die KRE II gehen?
- Was will man mit der KRE II nicht?

Der Stadtschreiber berichtete aus seiner früheren Arbeitsgemeinde Dietikon. Dort erfolgte der Parlamentsablauf anders. Der Stadtrat hat jeweils ein Geschäft vorbereitet und der zuständigen Kommission unterbreitet. Die Kommission hat das Geschäft beraten und Fragen gestellt. Danach gingen die Parlamentarier in die Fraktionen zurück und haben das Geschäft dort behandelt. Bei einer zweiten Kommissionssitzung wurde dann der Beschluss gefasst. Erst nachdem die Kommission grünes Licht gegeben hat, wird das Geschäft für eine Parlamentssitzung traktandiert. An der zweiten Sitzung im Februar wurden verschiedene Abläufe von anderen vergleichbaren Städten/Gemeinden angeschaut und diskutiert. Die Mitglieder der KRE II hatten den Auftrag die Meinung der Fraktionen zur Änderung des heutigen Sitzungsplanes abzuholen. Am letzten Montag, 4. Mai 2020, fand die letzte Sitzung statt. Eine Mehrheit der Fraktionen sieht keine grossen Vorteile darin zwei Kommissionssitzungen durchzuführen. Zwei Kommissionssitzungen bedeuten auch einen Mehraufwand. Bereits jetzt stossen einige an ihr Limit. Es wird festgestellt, dass es nicht wirklich einen Leidensdruck gibt und das Ziel der KRE II ist es nicht alles komplett umzukrempeln. Die KRE II wird an ihrer letzten Sitzung Ende Juni / Anfangs Juli 2020 konkretere Optimierungsmöglichkeiten zum bestehenden Ablauf darlegen und wird einen Schlussbericht zuhanden des Einwohnerrates erstellen. Dieser wird dem Einwohnerrat an der Sitzung vom 24. September 2020 vorgelegt.

Erich Tschümperlin informiert kurz über den Stand der PUK. Die PUK hat den Auftrag am 16. April 2020 unterschrieben. Auftragnehmer ist die Firma Ernst & Young. Man ist nun daran möglichst schnell einen Termin für eine Start-Sitzung zu machen. Danach wird die Firma ihre Arbeit aufnehmen und in ca. 6-8 Wochen ein Bericht vorliegen. Dieser wird dann von der PUK begutachtet, dem Stadtrat zur Stellungnahme vorgelegt und dann dem Einwohnerrat vorgestellt.

-
- 2. Protokoll Nr. 4 vom 28. November 2019**
Protokoll Nr. 5 vom 12. Dezember 2019
Protokoll Nr. 6 vom 16. Januar 2020
Protokoll Nr. 7 vom 13. Februar 2020

Roger Erni stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und verdankt.

3. Bericht und Antrag: Teilzonenplanrevision, 2. Lesung**Nr. 203/19**

Roger Erni ist schon 12 Jahre im Amt, hat so etwas aber noch nie erlebt. Die KBVU hat an ihrer Sitzung vom 10. März 2020 das Geschäft behandelt. Aufgrund des Protokolls hat die Geschäftsleitung eine Aktennotiz zum Vorgehen erstellt. Aus diesem Grund gibt er das Wort an den Präsidenten der KBVU, damit er den Antrag auf Rückkommen auf die 1. Lesung stellen kann.

Gemäss Viktor Bienz, fand in der KBVU eine intensive Diskussion über die Talmudschule statt, welche anlässlich der ersten Sitzung herausgenommen wurde. Die KBVU hat diesbezüglich einen Antrag gestellt. Damit über diesen abgestimmt werden kann, muss ein Rückkommen auf die 1. Lesung beantragt werden. Hiermit stellt der Sprechende diesen Antrag.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist laut Andreas Vonesch in der 1. Lesung auf die Vorlage eingetreten und hat den B+A zur Weiterbearbeitung befürwortet. Sie hat anerkannt, dass es notwendige Anpassungen braucht, die sich aus vielen Veränderungen im Bereich der Raumplanung ergeben haben und dass dazu die Planungsinstrumente an die veränderten Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen angepasst werden müssen. Das zentrale Element dabei ist die Ausscheidung der Gewässerräume. Sie hat dabei auch die gute Vorarbeit der Stadt gewürdigt und anerkannt, dass durch das kantonale Gewässerschutzgesetz der Handlungsspielraum für die Gemeinden eingeschränkt ist. Was sie aber erstaunt ist, dass der Stadtrat diesen möglichen Spielraum nicht nutzt. Alles wird über einen Leisten geschlagen, das gesunde Augenmass geht verloren. Wahrscheinlich hat man die Tragweite mit einschneidenden Konsequenzen für die Grund- und Gebäudeeigentümer erst mit Vorliegen dieser Einsprachen erkannt. Die CVP/JCVP-Fraktion hat auch klar darauf hingewiesen, dass für sie die Besitzstandswahrung gewährleistet sein muss. Einer Umzonung der «Oberen Sackweid» hat die CVP/JCVP-Fraktion bereits in der 1. Lesung zugestimmt. Daran hält sie fest. In diesem Sinne ist sie für Eintreten und wird den Anträgen der KBVU zustimmen.

Peter Portmann von der SVP-Fraktion wohnt in der Sackweid und auch ihn stört die Brache auf dem Grundstück Nr. 3106. Ferner wurde die Liegenschaft auch zum Problem. Sie wurde kürzlich von Asozialen besetzt. In die Gebäude wurde eingebrochen und sie haben randaliert, bis die Polizei kam. Die Besitzer der Liegenschaft wurden von der Polizei angehalten das Gebäude zu räumen, um künftige Hausbesetzungen zu vermeiden. Zurzeit stehen auf dem Areal alte Autos und es wird in einer Wohnzone ein Autohandel betrieben. Kürzlich konnte ein polnischer Lastwagen beobachtet werden, der diese alten Autos auflud. Für die Bevölkerung in der Sackweid ist dies ein untragbarer Zustand. Das ist ein Schandfleck für die ganze Stadt Kriens. Falls das Grundstück nicht umgezont wird, fordert die SVP-Fraktion den Stadtrat auf die Liegenschaft zu kaufen, die Gebäude abzureissen und als Landreserve zu behalten. Die Trägerschaft der Talmud-Hochschule ist hoch verschuldet und die finanziellen Möglichkeiten sind sehr beschränkt. Die Trägerschaft zahlt auch keine Beiträge an die Strassenbaugenossenschaft Sackweidstrasse. Stellt man sich einmal vor, dieses Gebäude steht in der Umgebung der Zumhofstrasse oder vom Gabeldingen. Er ist überzeugt, dass diese Brache an einem dieser Orte schon lange abgerissen worden wäre. Die Mehrheit der SVP-Fraktion begrüsst ein Rückkommen auf die erste Lesung.

Gemäss Peter Stofer, Grüne/GLP-Fraktion, opponiert sie dem Rückkommensantrag der KBVU. Bezüglich der Talmud-Schule bestehen keine neuen Fakten gegenüber der ersten Lesung. Der Stadtrat hat die Beschlüsse des Einwohnerrates aus 1. Lesung korrekt umgesetzt und hat die Umzonung der Oberen Sackweid wieder aus der Vorlage entfernt, genauso wie es dem Willen des Einwohnerrates entsprach. Der erneute Antrag der KBVU, gleicht einem Zick-Zack-Kurs. Es sind also wie gesagt genau die gleichen Gründe. Es gibt keine Neuigkeiten, welche darauf schliessen müssten, dass man zurück in die 1.

Lesung geht. Das Zurück auf Feld 1 würde den Prozess der Zonenplanrevision und in den meisten anderen Punkten unnötig verzögern.

Räto Camenisch findet es aussergewöhnlich, denn es wurde ein Beschluss gefasst und nun kommt man auf diesen zurück, ohne das neue Fakten vorliegen. Er möchte die Diskussion der 1. Lesung nicht neu entfachen, aber er möchte ein paar Punkte in Erinnerung rufen. Einige Anwesende waren damals gar nicht dabei. Nun zum ersten Punkt. Vor über 50 Jahren hat die Gemeinde Kriens dieser Gesellschaft der Talmud-Schule entgegenkommenderweise Landwirtschaftsland in eine Schulzone umgezont. Das war ein riesiges Entgegenkommen, wovon diese 50 Jahre lang profitierten. Jetzt wird diese Schule nicht mehr gebraucht und die Eigentümer sind finanziell schlecht gestellt. Diese Brache lassen sie nun verrotten und sie wird teilweise für den Autohandel missbraucht. Die Umzoning und damit die Wertvermehrung dieses Grundstücks wäre eine Traumlösung für diese Besitzer. Das was hier abläuft ist aber Erpressung. Diese erpressen damit, dass der Schandfleck stehen gelassen wird und deshalb irgendeine Lösung gefunden wird. Daraus werden sie wieder profitieren. Dem kann der Sprechende nicht zustimmen. Kriens ist ein Gemeinwesen, das ganz genau weiss, was es will. Jetzt lässt man sich erpressen und ein Beschluss wird umgewälzt, nur weil offenbar noch andere Interessen vorliegen. Wenn das Gebäude derart baufällig ist, können die Leute auch gezwungen werden dies abzureissen. Wenn diese Liegenschaft für den Autohandel missbraucht wird, kann man es auch unterbinden, denn die Bewilligung wurde dafür ja nicht erteilt. Das ist Sache der Polizei. Wenn die Gemeinde dies einmal kaufen möchte, ist es finanzneutral, weil dem auch ein Wert entgegensteht. Also lässt man sich nicht erpressen, bleibt hart und zeigt zuerst die Interessen der Gemeinde. Man soll nicht für irgendwelche Gesellschaften oder Grundstückbesitzer schauen. Die Verkehrssituation im Obernau ist auch nicht das Wahre, um in diesem Gebiet noch mehr auszubauen.

Erich Tschümperlin möchte an dieser Stelle noch auf einen anderen Punkt aufmerksam machen. Es wurde soeben die Rechnung der Stadt präsentiert und man sieht wo Kriens finanziell steht. Man stellt fest, dass das Bevölkerungswachstum, welches kein richtiges Wachstum ist, finanziell massiv belastet. Wenn wieder eingezont und auf Wachstum gesetzt wird, ohne die finanziellen Auswirkungen zu kennen, läuft man blind in eine Richtung, in die man gar nicht möchte. Man muss zuerst wissen, was das Wachstum bedeutet, auch finanziell bezüglich Steuereinnahmen, Infrastruktur und Kosten. Wenn dort eingezont wird, braucht es vielleicht einen Quartierbus. Will man das? Eventuell muss auch die Strasse erweitert oder Schulraum gebaut werden. Im Mattenhof und LuzernSüd wurden massiv viele Wohnungen gebaut. Nun sieht man, dass das Steuerwachstum nicht eingetroffen ist, die Kosten jedoch schon. Wenn man weiterhin so planlos Grundstücke einzont, einfach weil es passt oder von jemandem gewünscht wird, ohne sich über die Auswirkungen im Klaren zu sein, erfüllt der Einwohnerrat seine Aufgabe nicht und ist nicht vorsichtig. Man handelt auch nicht im Sinne der Gemeinde, welche finanziell wirklich nicht an einem guten Ort steht. Das muss auch berücksichtigt werden, wenn entschieden wird, dass man dort oben einzonen will. Wenn man einmal weiss, was dies bedeutet, kann man natürlich darauf zurückkommen. Man muss sich auch im Klaren werden, was man dort oben entwickeln möchte und nicht einfach blind sagen, dass etwas gemacht werden kann.

Abstimmung Rückkommen

Mit 15:12 Stimmen wird dem Rückkommensantrag stattgegeben.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja

Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	nein

Gemäss Viktor Bienz führte der Bauvorsteher in der KBVU aus, dass gegenüber der ersten Lesung vor allem die Einsprache-Behandlungen neu sind. Teilweise wurden sie auch zurückgezogen. Viele haben wohl bei der Mitwirkung nicht realisiert, dass auch ihr Grundstück betroffen ist. So ist es nach Abklärungen beim Rechtsdienst möglich auch bei den Rinnsalen und eingedolten Bächen in der zweiten Lesung eine andere Haltung einzunehmen, ohne dass dies eine neue Auflage bedingt. Bei der Detailberatung zum B+A wurde die Parzelle Nr. 3106 erneut intensiv diskutiert. Die einen Kommissionsmitglieder sind der Meinung man müsse diese Umzonung wieder in den B+A aufnehmen. Die Liegenschaft ist zum Problem geworden. Das Gebäude wurde besetzt und musste polizeilich geräumt werden. Auf dem Gelände findet laut Aussagen der Bevölkerung ein Autohandel statt. Die Bevölkerung der Sackweidhöhe fühlt sich verunsichert und empfindet dies als unzumutbaren Zustand. Ja, es ist sogar ein Schandfleck für Kriens. Die anderen Kommissionsmitglieder gehen nicht davon aus, dass das Gelände rasch überbaut wird und spricht sich deshalb dagegen aus. Aber wenn man die Umzonung der Sackweid wiederaufnehmen möchte, muss man den gemeinnützigen Wohnungsbau als Auflage für die Umzonung vorsehen. Für das Quartier ist eine Umzonung die beste Voraussetzung für eine gute Quartierentwicklung. Die KBVU beantragt das Grundstück Nr. 3106, Obere Sackweid, wieder in den B+A aufzunehmen. Der Antrag lautet: *«Das Grundstück Nr. 3106, GB Kriens «Obere Sackweid» ist der Wohnzone D mit Bebauungsplanpflicht zuzuweisen, welche gemeinnützigen Wohnungsbau ermöglicht.»* Der Antrag wurde in der Kommission mit 5:2 Stimmen angenommen. Im Weiteren wurde bemängelt, dass bei der Ausscheidung der Gewässerräume vorgängig die Landwirtschaft zu wenig einbezogen wurde. Dabei stellt sich jetzt die Frage, ob die Bedürfnisse der Landwirtschaft genügend berücksichtigt wurden. Laut B+A und Aussagen des Bauvorstehers ist der Stadtrat nicht verpflichtet Rinnsalen, eingedolte Gewässer und Gewässerräume auszuschneiden und hat hier Handlungsspielraum. Nach tiefer Diskussion über wirtschaftliche und fachliche Gründe wurde aus der KBVU der Antrag gestellt, dass für Rinnsale und eingedolte Gewässer in der Landwirtschaftszone kein Gewässerraum ausgeschieden wird. Die Begründung ist, dass der Landwirt sonst in der Bewirtschaftung massiv eingeschränkt ist. Zudem verlieren die Landwirte düngbare Fläche, was bei der heutigen Agrarpolitik massgeblich ist und sich negativ auf die Existenz der Landwirtschaftsbetriebe auswirkt. Der Antrag lautet: *«Bei Rinnsalen und eingedolten Gewässer wird von Seiten der Stadt Kriens in der Landwirtschaftszone auf eine Festlegung des Gewässerraumes verzichtet. Es gelten die drei Meter Abstand des Bundes.»* Der Antrag wurde in der KBVU mit 5:2 Stimmen angenommen. Anschliessend wurde über den Beschlusstext mit den heutigen Änderungsanträgen abgestimmt. Dieser wurde mit 5:2 Stimmen angenommen.

Andreas Vonesch von der CVP/JCVP-Fraktion findet, dass Rätö Camenisch mit «Erpressung» ein starkes Wort gewählt hat. Er sieht dies überhaupt nicht als Erpressung, sondern es geht ja darum, dass der Einwohnerrat sich Gedanken macht, wie bei diesem Grundstück eine hohe städtebauliche Entwicklung stattfinden kann. Mit einer Umzonung wird im Wohngebiet Sackweid eine hochwertige städtebauliche Entwicklung möglich. Mit einer Umzonung kann auf dem Areal ein baulicher Schandfleck korrigiert werden. Die CVP/JCVP-Fraktion möchte, dass dies ganz klar nur für erschwingliches und familienfreundliches Wohnen möglich sein soll. Der Sprechende möchte auch Erich Tschümperlin korrigieren. Es geht nicht um eine Einzonung, sondern sogenannte Umzonung und zweitens geht es auch nicht um sozialen Wohnungsbau, sondern um gemeinnützigen Wohnungsbau. Das sind zwei Paar Schuhe. Wichtige Argumente für eine Umzonung sind sicher auch, dass die kurzen und sicheren Wege zum Schulhaus Obernau oder Feldmühle, zur grosszügigen Freizeit- und Spielanlage Langmatt sowie die gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr ideale Voraussetzungen für eine qualitätsvolle Wohnüberbauung bieten. In den genannten Schulhäusern hat es noch Platz. Bezahlbarer Wohnraum für Familien trägt zu attraktiven und lebendigen Quartieren bei und leistet somit einen wertvollen Beitrag für starke Quartierstrukturen. Beim Erwerb von Land sind Baugenossenschaften bei den heutigen Bodenpreisen chancenlos. Mit dieser Initiative erhöht man die Chance, dass Baugenossenschaften geeignete Grundstücke für den gemeinnützigen Wohnungsbau in Kriens erwerben können. Deshalb steht die CVP/JCVP-Fraktion diesem Antrag positiv gegenüber. Der zweite Antrag zu den Rinnsalen und eingedolten Gewässern unterstützt sie ebenfalls. Rinnsale finden sich in Kriens vom Hochwald herkommend ganz viele. Die meisten davon liegen im Wald und sind von der Gewässerausscheidung nicht betroffen. Jene die es betrifft liegen zum grossen Teil im Obernau bei der Obergeissrüti bis Dubrüti und Feldmatt. Sie befinden sich auf dem beliebten Spazierweg, also auf der oberen Seite zum Wald hin. Rinnsale sind zu 90 % trocken. Bereits heute ist eine Gewässerraumbreite von 3 m Abstand auf jede Seite vorgegeben. Mit einer zusätzlichen Ausdehnung der Gewässerraumbreite auf insgesamt 11 m verringert sich die landwirtschaftliche Nutzfläche zusätzlich. Dies kann für den Landwirt zu Auswirkungen auf die Düngerbilanz, dies wiederum auf die Anzahl Vieheinheiten und schlussendlich auf die Grösse seines Betriebes haben. Werden auch bei eingedolten Gewässern ein Gewässerraum festgelegt, hat dies eine Verkleinerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche zur Folge, insbesondere wird aber die Zugänglichkeit für deren Bewirtschaftung erschwert. Die kleinen eingedolten Bäche in diesem Gebiet führen nur Wasser bei schweren Niederschlägen. Sie sind nicht die Ursache für Überschwemmungen im Gebiet Obernau. Darum stimmt auch hier die CVP/JCVP-Fraktion diesem Antrag der KBVU zu.

Laut Peter Portmann sind die Meinungen der SVP-Fraktion zum Grundstück Nr. 3106 gespalten. Im Gebiet Sackweid wurden die Gebäude mehrheitlich von Wohnbaugenossenschaften erstellt, um günstigen Wohnraum zu schaffen. Die SVP-Fraktion hat ihre Meinung bereits geäussert, weshalb sich der Sprechende nun zurückhält. Er bittet jedoch den Anträgen zuzustimmen.

Die FDP-Fraktion nimmt gemäss Erwin Schwarz den B+A zustimmend zur Kenntnis. Peter Stofer hat von einem Zick-Zack-Kurs gesprochen. Das heisst Slalom und im Slalom ist die Schweiz ja sehr gut wie Wendy Holdener, Daniel Jule und Ramon Zenhäuser in diesem Winter bewiesen haben. Insofern muss der Sprechende auch etwas Slalom fahren, weil sich laufend etwas verändert hat. Das Wort der FDP-Fraktion in Gottes Ohr: Bereits bei der ersten Lesung sagte sie, dass die Umzonung des Grundstücks Ober Sackweid das Filetstück dieser Teilrevision ist. Sie ist auch jetzt noch der Ansicht, dass diese Parzelle ein Filetstück ist und nach ihrer Ansicht umgezont werden muss. Zum Antrag der KBVU betreffend Rinnsale ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass es sich bei Rinnsalen auch um Bäche handelt. Ein Abstand von 5.5 m wird von einer Mehrheit der FDP-Fraktion als sinnvoll erachtet und notwendig. Das ist gut für die Biodiversität und ermöglicht grössere Blumenfelder für Wildbienen und andere wichtige Insekten. Insofern ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass 5.5 m auch für Rinnsale gefordert ist.

Gemäss Cla Büchi, SP-Fraktion, ist es ein Umsetzungsauftrag von Bund und Kanton, den Gewässerraum grundeigentümergebunden festzulegen. Kriens macht das mit dieser Teilzonenplanrevision. Die SP-Fraktion hat es bereits in der 1. Lesung sehr begrüsst, dass der Stadtrat die Offenlegung und Renaturierung von Gewässern hoch gewichtet. Darum ist es wichtig, dass die Festlegung vom Gewässerraum auch über eingedolte Abschnitte und sogenannte Rinnsale erfolgt. Denn es gibt die erfreuliche Tendenz, dass immer mehr eingedolte Gewässer wieder freigelegt und renaturiert werden. Das ist nicht nur ein Gewinn für die Natur, sondern auch für uns Menschen, weil es ein Beitrag für eine höhere Aufenthaltsqualität in unserem Lebensraum bedeutet. Und nicht zuletzt ist es ein wichtiger Beitrag zum Hochwasserschutz. Klar kann man über einzelne Abschnitte streiten und darüber, ob ein Rinnsal überhaupt jemals Wasser führt oder nicht. Aber sie vertraut dem Stadtrat, dass er diese Beurteilung mit Augenmass, Fachverstand und vor allem mit dem übergeordneten Blick gemacht hat. Und einzelne Korrekturen sind ja vorgenommen worden. Falsch findet die SP-Fraktion, wenn jetzt wegen Einzelinteressen und rein wirtschaftlichen Überlegungen der Blick auf das Gesamtheitliche verloren geht und der eingeschlagene Weg verlassen wird. Darum ist sie nach wie vor für die Festlegung des Gewässerraumes, wie das der Stadtrat vorschlägt. Was die Sackweid angeht, ist die SP-Fraktion grundsätzlich für den Weg, den der Einwohnerrat in der 1. Lesung vorgegeben hat. Es besteht kein dringender Grund für eine Umzonung, weil Kriens genügend Baulandreserven und aufgegleiste Projekte hat, um Wohnraum zu schaffen. Und es kann doch nicht sein, dass man eine Umzonung damit begründet, einen sogenannten Schandfleck und einen Autohandel zu beseitigen. Das zeugt von einer eigenartigen Auslegung der Rechtslage. Es gibt rechtliche Mittel, um einen Autohandel zu unterbinden. Und gegen den Verfall von Gebäuden gibt es sicherheitstechnische Auflagen, die durchgesetzt werden können. Ausserdem gibt es noch ein paar andere unschöne Flecke in Kriens. Will man jetzt auch dort mit Um-, Auf-, oder Auszonungen dagegen vorgehen? Aber der Einwohnerrat hat dem Rückkommensantrag der KBVU zugestimmt und man wird über den Antrag der Umzonung befinden müssen. Die SP-Fraktion hat bereits bei der 1. Lesung einen Antrag gestellt, in dem sie die Festlegung eines Anteils an gemeinnützigem Wohnraum gefordert hat. Jetzt steht der Antrag auf eine Bebauungsplanpflicht und die Möglichkeit, das Areal einem gemeinnützigem Bauträger zu überlassen im Raum. Beides unterstützt die SP-Fraktion, aber nur, wenn der Antrag betreffend gemeinnützigem Wohnraum verbindlich geregelt ist. Denn was nützt eine „Kann“-Formulierung, wenn die heutigen Eigentümer das Areal an den Höchstbietenden verkauft, der weder gemeinnützig ist, noch bereit ist Wohnungen unter der Voraussetzung der Kostenmiete zu vermieten? Dem Stadtrat wären die Hände gebunden und das gutgemeinte Anliegen löst sich in Luft auf. Darum wird die SP-Fraktion einen Änderungsantrag stellen, der den gemeinnützi- gen Wohnraum verbindlich festlegt. Wenn ihr Antrag Zustimmung findet, ist auch sie für die Umzonung. Im anderen Fall lehnt sie aber die Umzonung ab.

Peter Stofer, Grüne/GLP-Fraktion, stellt fest, dass man zurück in der 1. Lesung ist und wieder zurück an den Start geht. Die Grüne/GLP-Fraktion ist gegen beide Anträge der KBVU. Hinsichtlich der Talmudschule gibt es keine neuen Fakten gegenüber der 1. Lesung. Eine Umzonung würde der Strategie der räumlichen Entwicklung, die der Stadtrat 2011 verabschiedete, widersprechen. Bauliche Verdichtung und allenfalls Umzonungen sollen an zentralen Lagen durchgeführt werden. Die Ober-Sackweid grenzt an die Landwirtschafts- und Grünzone im Obernau. Man fragt sich manchmal schon, weshalb solche Konzepte und Strategien erstellt werden, wenn diese wieder vergessen werden. Nach dem beispielelosen Bauboom der letzten Jahre hat Kriens einen rekordverdächtigen Leerwohnungsstand und ein ebensolches Defizit angehäuft. Die Wachstumsstrategie hat nicht gefruchtet. Kriens hat immer noch über 40 ha eingezontes Bauland. Diese Reserven reichen laut Stadtrat noch bis 2035 und eine Einwohnerkapazität von 35'500 Einwohnerinnen und Einwohner. Für die nächsten 15 Jahre besteht kein Bedarf und auch kein Markt für zusätzlichen Wohnraum. Hinsichtlich der Folgekosten für die Stadt ist der Antrag der KBVU ein richtiger Blindflug. Mehr Wohnraum bedeutet mehr Bedarf an öffentlicher Infrastruktur. Welche Folgen hätte die Umzonung für die Schulraumplanung? Braucht es auch im Obernau zukünftig ebenfalls Schulraum-Container? Welche Folgen hätten diese Umzonung auf die Sozialkosten? Man weiss es nicht. Einzig weiss man, dass das Verkehrsproblem im Zentrum mit weiteren Einzonungen oder Umzonungen sicher nicht besser wird. Gemäss dem Antrag soll gemeinnütziger Wohnungsbau ermöglicht werden, ohne genau zu sagen, was unter «gemeinnützig» verstanden wird.

Können nur Baugenossenschaften die Parzelle Nr. 3106 Ober-Sackweid erwerben? Oder soll das jeder Investor können, um dann ganz nach Belieben Sozialwohnungen zu errichten, oder auch nicht? Wenn man dies nicht klar spezifiziert, löst sich dieses Anliegen in Luft auf. Nun kommt der Sprechende zum Gewässerraum. Die Wahlen haben es gezeigt, die Krienserinnen und Krienser wollen mehr Ökologie im Siedlungsraum. Der Stadtrat geht für einmal über das gesetzliche Minimum und zwar, weil er begriffen hat, dass die Schnittstelle zwischen feucht und trocken eine wichtige Quelle für Biodiversität ist. Auf kleinstem Raum findet man dort eine hohe Dichte von Amphibien, von Wasser- und Bodelebewesen und damit eine wichtige Ressource, «ein Schatz». Für die wasserreiche Stadt Kriens gilt es diese zu erhalten und zu revitalisieren. Trotzdem soll bei Rinnsalen und eingedolten Gewässern, gemäss dem 2. Rückkommensantrag der KBVU, in der Landwirtschaftszone auf eine Festlegung des Gewässerraums verzichtet werden. Es sollen die drei Meter Abstand des Bundes gelten. Die KBVU geht bei ihrem Antrag offensichtlich von der irrigen Meinung aus, man könne so die Landwirtschaft von zusätzlichen Bewirtschaftungseinschränkungen entlasten. Diese Einschränkungen gibt es im Falle der eingedolten Bäche gar nicht. Die Gewässerräume werden einzig für den Hochwasserschutz und für allfällige zukünftige Revitalisierungen genutzt. Der Zonenplan hat keine Rechtswirkung für eine Offenlegung. Dafür bräuchte es ein neues Geschäft. Und auch im Falle der Rinnsale hätte dieser Antrag keinerlei Auswirkungen auf die Bewirtschaftungseinschränkungen. Auf Seite 31 der Arbeitshilfe Gewässerraumfestlegung in der Nutzungsplanung ist festgehalten: *«Grundsätzlich muss auch an Gewässern, an denen auf die Ausscheidung des Gewässerraums verzichtet wurde (z. B. Rinnsale), weiterhin ein Pufferstreifen eingehalten werden (ChemRRV, Anhang 2.5 und 2.6). Bei diesen Gewässern sind die Abstandsregeln ab der Uferlinie einzuhalten»*. Unter diesem Passus gibt es einen Plan, wie die Gewässerräume ausgeschieden werden müssen. So sieht man, dass die 3 Meter für den Fall, dass keine Gewässerräume ausgeschieden werden, nicht genügen. Diese 3 Meter gelten einzig fürs Güllen. Für alle anderen Pestiziden und Herbiziden ist nach wie vor ein Abstand von 6 Metern einzuhalten. Nun noch ein wichtiger Hinweis an die Landwirte im Saal. Zur Abgeltung der Ausfälle durch die extensive Nutzung gibt es Direktzahlungen. Unter dem Stichwort Biodiversitätsförderflächen (BFF) kann man Fr. 1'000.00 pro ha und Jahr geltend machen. Die Grüne/GLP-Fraktion ist für Eintreten und lehnt die beiden Anträge der KBVU ab.

Enrico Ercolani führt aus, dass die KBVU beantragt das Grundstück Nr. 3106, GB Kriens «Obere Sackweid» der Wohnzone D mit Bebauungsplanpflicht zuzuweisen. Das kann er voll unterstützen. Was er nicht versteht ist, dass es explizit nur für den gemeinnützigen Wohnungsbau genutzt werden soll. In Kriens gibt es Baugenossenschaften, die hervorragendes leisten und viele günstige Wohnungen anbieten. Der Sprechende meint, dass es davon zurzeit genügend gibt und der Einwohnerrat es unterlassen sollte, zukünftigen Bauherrschaften Hindernisse in den Weg zu legen. Hindernisse die es verunmöglichen gute Steuerzahler nach Kriens zu bringen. Wie man erfuhr, gibt es in Kriens einen Finanznotstand. Es fehlt an Einnahmen und somit an guten Steuerzahlern. Glaubt man, dass mit gemeinnützigem Wohnungsbau gute Steuerzahler nach Kriens kommen? Wäre es nicht sinnvoll das Grundstück für Eigentumswohnungen, statt gemeinnützigen Wohnungsbau frei zu geben? In Kriens werden zurzeit praktisch keine Eigentumswohnungen angeboten. Für Wohnungen, die geplant sind, bestehen schon vor Baubeginn grosse Nachfragen. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass das Land ohne Einschränkungen teurer verkauft werden kann. Folge davon sind höhere Grundstückgewinnsteuern. Sollten Eigentumswohnungen gebaut werden, gibt es aus diesen Verkäufen wieder Gewinnsteuern. Dass dann auch mit Käufern gerechnet werden kann, die entsprechend Steuern zahlen ist selbsterklärend. Es ist auf Grund der heutigen Lage Pflicht der Anwesenden, Sachpolitik der Parteipolitik voranzustellen. Man muss dafür sorgen, dass Kriens viel mehr Einnahmen generieren kann. Steuererhöhungen sind sehr unbeliebt und wenn immer möglich zu verhindern. Man hat Möglichkeiten und auch entsprechendes noch nicht eingezontes Land, um damit sehr grosse Einnahmen zu generieren und auch sehr gute Steuerzahler nach Kriens zu hohlen. Packen wir es an, mit gutem Willen und gesundem Menschenverstand schaffen wir's!

Martin Zellweger stellt fest, dass es in Kriens grundsätzlich keine zusätzlichen Wohnungen braucht. Erich Tschümperlin hat dies erklärt. Heute stehen noch weitere Traktanden zu diesem Thema an. Was er jetzt doch noch wissen möchte: Andreas Vonesch hat ausgesagt, dass es im Oberrau genügend Schulraum für Wachstum hat. Wenn er den Planungsbericht zur Schulraumplanung liest, dann tönt dies nicht so. Das Schulhaus Oberrau ist gemäss Planung ausgelastet und Gruppenräume fehlen. Für einen zusätzlichen Kindergarten müsste noch ein Spielgruppenraum weichen. Der Sprechende möchte die Frage vom Stadtrat beantwortet haben, ob im Schulhaus Oberrau für zusätzliches Wachstum tatsächlich noch Raum vorhanden ist oder ob dies zusätzlich Kosten generieren würde.

Viktor Bienz kommt nochmals auf die Thematik zur Landwirtschaft zu Sprechen. Gewisse Voten waren extrem gegen die Landwirtschaft, von welchen die den Naturschutz sehr hoch gewichten. Der Sprechende weiss, dass die Landwirtschaft von Kriens den Naturschutz massiv unterstützt. Das Hochwaldgebiet hat über 100 ha Naturschutzgebiet, welche die Krienser Bauern pflegen. Das ist eine riesige Leistung. Im Sumpf muss man Tage lang die nasse Ware von Hand herausnehmen, weil man mit der Maschine nicht arbeiten kann. Für diese Arbeiten reichen die Direktzahlungen nirgends hin. Das ist rein dem Ehrgeiz und dem Willen der Landwirtschaft zuzurechnen, dass diese Pflege gemacht wird. Es ist sehr wichtig, dass dies auch seitens Gemeinde unterstützt wird. Zu diesem Willen soll man auch Sorge tragen. Was bedeutet es, wenn die Bauern dies einmal nicht mehr machen? Der Bund hat den Auftrag gegeben, dass diese Flächen gepflegt werden müssen. Das ist eine Gemeindeaufgabe, weshalb dann die Verwaltung diese Arbeiten übernehmen muss. Das ist ein riesiger Zusatzaufwand. Der Sprechende möchte nicht jammern, aber es ist wichtig zu den düngbaren Flächen Sorge zu tragen. Sie ist abnehmend. Es bedeutet für die Betriebe, dass sie weniger Tiere haben dürfen. Irgendjemand muss das Futter ja noch essen. Wenn man immer sukzessive an der Düngerfläche herumschraubt, dann hat man keine Tiere mehr auf dem Betrieb und eine Menge Heu, das nicht mehr selber verwendet wird. So findet der natürliche Kreislauf in Kriens nicht mehr statt und relativ viel Futter muss weggeführt werden. Die 3 m Abstand werden vom Bund vorgeschrieben, was auch im Antrag so erwähnt ist. Für Pflanzenschutzmittel beträgt der Abstand 6 m, was dem Sprechenden auch klar ist. Das hat aber nichts mit der düngbaren Fläche zu tun. Jeder Bauer weiss, dass er dies einhalten muss. Darum ist es wichtig, dass man auf den 3 m Abstand bleibt und nicht ausscheidet und auf 6 m geht. Wenn in Zukunft solche Gewässer auf einem Grundstück freigelegt werden, bedeutet dies für den Landwirt, dass er drum herumfahren muss. So ist er auf der Fläche nicht mehr effizient und hat Mehrarbeit. Zugleich braucht er auch mehr Kraftstoff und scheidet mehr CO₂ aus. Das ist auch nicht ökologisch. Viele Bauern haben im Sommer bereits einen 16-Stunden-Tag, denn bei schönem Wetter ist dies einfach gefordert, um die Flächen bewältigen zu können. Ein Mehraufwand bedeutet auch mehr Arbeit. Mit solchen Massnahmen gibt es den Landwirten den «Verleider». Darum bittet der Sprechende, dass man auch einmal etwas zu Gunsten der Landwirtschaft tut. Zusätzlich kam die Botschaft des Bundesrates zum AP 2022+ heraus. Gemäss dieser möchte man die Düngergrossvieheinheiten über die Hektar senken, dass man weniger Tiere haben darf. Auch dort kommt das wieder zum Tragen. Das gibt ein neues Problem. Es ist fraglich, ob man das vorhandene Futter überhaupt verwerten kann. Man hat einmal ausgerechnet, was es heisst, das gesamte Hochwaldgebiet für Pferdefutter zu verwenden. Es ist ja nicht qualitatives Futter, welches den Kühen verfüttert werden kann. Wenn ein Pferd am Tag 7 kg frisst und 100 ha zur Verfügung steht, kommt man auf 350 dT. So braucht es 135 Pferde in Kriens, um das Ganze verfüttern zu können. So viele wird es nie haben. Also muss das Heu anderweitig verfüttert werden. Das heisst man muss zu den Düngerflächen Sorge tragen, damit diese genutzt werden können und der Kreislauf stattfindet. Es bringt ja auch nichts, wenn Futter in die ganze Welt weggeführt werden muss. Die Grünen sind sicherlich die Letzten die daran Freude haben, wenn Heu ins Tessin geführt wird. Deshalb ist es wichtig, dass man diese Tiere in Kriens auch haben darf. Das ist nur möglich, wenn die Düngerflächen behalten werden dürfen. Zudem ist es auch ein wichtiger Punkt, wenn man einen Stall erneuern möchte. Die Viehkasse fragt gleich wie viel Düngergrossvieheinheiten man hat und wenn man da zu tief kommt, heisst es das dies keine Existenz für die Zukunft ist und kein neuer Stall gebaut werden darf. Das wäre schade, wenn deshalb Betriebe sterben. Mit solchen Sachen befürwortet man dies. In Kriens gibt es nicht mehr viele Bauern. Man soll zu diesen Sorge tragen.

Erich Tschümperlin kommt auf die Aussage von Enrico Ercolani zurück, dass man Sachpolitik machen soll und die Parteipolitik hintenanstellen soll. Er findet dies einen guten Aufruf und unterstützt diesen. Er möchte darauf hinweisen, dass eine Strategie der sozialräumlichen Entwicklung vorhanden ist, welche verbindlich ist. Der Stadtrat beruft sich im nächsten Traktandum explizit und sehr ausführlich darauf. Bei diesem Thema spielt das hier überhaupt keine Rolle. Peter Stofer hat es angesprochen. Er möchte nur einen Punkt daraus zitieren: *«Mit der Grösse und Art der allfälligen Um- und Einzonungen lenkt Kriens die Geschwindigkeit und das Mass der Entwicklung. Gestützt auf die Vorgaben der Strategie erfolgt dies nach Bedarf in Etappen von fünf Jahren»*. Er möchte von den Befürwortern wissen, weshalb nach dem Mattenhof, Schweighof und Nidfeld mit mehreren hundert Wohnungen nun gerade wieder Wohnzone eingezont werden muss. Das macht einfach keinen Sinn und widerspricht der Strategie und dem gesunden Menschenverstand. Die Liegenschaft ist auch nicht zentral gelegen. Das Verkehrsproblem ist auch nicht gelöst. Deshalb findet er dies sinnlos. Offensichtlich hat man aus irgendwelchen Interessen das Gefühl, dass man einzonen oder jemandem einen Gefallen tun muss. Nun zum Argument der guten Steuerzahler. Er glaubt, dass man dies nun schon seit 15 Jahren hört. Alle Projekte sind für gute Steuerzahler. Schaut man nun aber die Rechnung an, sieht man, wo Kriens mit dieser Wachstumsstrategie gelandet ist. So wie sie angepackt wurde, hat sie versagt. In der Rechnung 2019 sieht man dies. Man soll sich nicht von solchen Argumenten lenken lassen, sondern es soll auch die Strategie der räumlichen Planung berücksichtigt werden. Er bittet darum die Vernunft walten zu lassen.

Matthias Senn erlebt auch nach 24 Jahren in der Legislative und Exekutive etwas Neues. Es ist das erste Mal, dass es bei einer 2. Lesung ein Rückkommen auf die 1. Lesung gab. Der Stadtrat hält grundsätzlich an seinen Anträgen fest, so wie er diese bereits in der 1. Lesung formuliert hat. Er beginnt mit den Gewässerräumen. Der Stadtrat hat entschieden diese auszuschneiden, eben auch bei Rinnsalen und eingedolten Bächen. In der 1. Lesung wurde dies vom Parlament gutgeheissen und führte so zur öffentlichen Auflage. Es wurde richtig gesagt, dass es sich um ein paar Meter Differenz handelt, weil ja auch heute schon die Rinnsale einen Schutz von 2 x 3 m haben, ansonsten wird der Gewässerraum erweitert auf insgesamt 11 m. Zur Definition einer Rinnsale hat der Stadtrat nicht viel zu sagen. Diese Ausscheidung hat bereits der Kanton gemacht und differenzierte die Gewässer zwischen Rinnsale und Gewässer. Auf dem Gemeindegebiet von Kriens gibt es einige eingedolte Bäche. Die meisten sind aufgrund des Hochwasserschutzes eingedolt, aber es gibt sicherlich auch andere Gründe. Es gibt aber auch Bäche, die das Potential haben revitalisiert zu werden. Wenn es zu einer Revitalisierung eines eingedolten Baches kommt, dann braucht es ein Projekt, welches öffentlich aufgelegt werden muss. Auch hier hat der Grundeigentümer das Rechtliche Gehör, um mitreden zu können. Das ist auch ein Argument, welches bei den Einspracheverhandlungen gebraucht wurde, gerade bei den eingedolten Bächen. Der Gewässerraum bei eingedolten Bächen hat per heute keine Auswirkung, sondern kann erst massgebend werden, wenn ein eingedolter Bach offengelegt wird. Dann braucht es aber wieder ein Projekt mit öffentlicher Auflage. Bei den Rinnsalen ist es so, dass es bereits heute schon einen Pufferstreifen gibt. Es geht ja vor allem um diese Breite, bei der es weniger düngbare Fläche für die Landwirte gibt. Hier findet die Abwägung zwischen den Interessen der Landwirtschaft und der ökologischen Interessen statt. Der Stadtrat hat hier die ökologischen Interessen bereits in der 1. Lesung höher gewichtet. Die Rinnsale sind in ihrer Gesamtlänge im Vergleich zu den Gewässerrängen ein marginaler Anteil. Es war absolut unbestritten, dass die Gewässerräume bei den Gewässern ausgeschieden werden muss, wie es von der Gesetzgebung auch verlangt wird. Die Laufmeter Rinnsale steht also nur in einem kleinen Verhältnis zu den Gewässern. Hier muss man also auch die Verhältnismässigkeit berücksichtigen. Der zweite Punkt ist die Sackweid. Der Stadtrat hat in 1. Lesung beantragt, dass diese von der Zone für öffentliche Zwecke in eine Wohnzone umgezont wird. Er erinnert auch an die Diskussion der Wohnrauminitiative. Der Stadtrat hat zwar die Ablehnung empfohlen, aber versprach, dass er das Anliegen des gemeinnützigen Wohnungsbaus in seine strategischen Planungen aufnehmen möchte. Zwischenzeitlich ist dazu auch ein Auftrag erfolgt. Das Sozialdepartement wird im Rahmen der Sozialstrategie den gemeinnützigen Wohnungsbau mitbehandeln. So oder so ist es auch immer wieder eine Chance, wenn es bei einem Grundstück eine solche Gelegenheit

gibt. In der KBVU war man der Meinung, dass sich dieses Grundstück für den gemeinnützigen Wohnungsbau eignet. Nach der 1. Lesung hatte der Stadtrat bereits Kontakt mit Krienser Baugenossenschaften, die sich selber gemeldet und Interesse gezeigt haben. Sie wollten wissen, was sie erreichen müssen, damit allenfalls eine Umzonung doch in Frage kommt und ein Verkauf an Krienser Baugenossenschaften möglich ist. Es ist dann immer eine «Huhn und Ei»-Frage. Wartet man zuerst die Umzonung ab, dass die Genossenschaften aktiv werden können oder umgekehrt. Aber es ist eine Tatsache, dass sich die Krienser Baugenossenschaften zusammen getan haben und grosses Interesse zeigen, hier gemeinsam etwas zu realisieren. Für sie ist es absolut notwendig, dass es eine Wohnzone wird. Baugenossenschaften können kein Grundstück kaufen, welche sich in der Zone für öffentliche Zwecke befinden. Danach tragen sie das Risiko, dass sie dieses gar nie überbauen können. Matthias Senn erinnert noch an ein anderes Argument der 1. Lesung. Diese Umzonung ergibt auch noch eine Mehrwertabschöpfung. Beim Projekt Langmatt möchte man ja noch ökologische Ausgleichsflächen realisieren, was ca. Fr. 200'000.00 kostet. Zwischenzeitlich gab es eine Zusicherung des Kantons, dass er einen Drittel von diesem Projekt übernimmt. Weiter ist man in Kontakt mit einer Stiftung, ob hier noch Gelder fliessen. Der Rest muss so oder so von der Stadt finanziert werden. Das geht natürlich perfekt mit dem Ertrag aus dem Mehrwertaufgleichsfonds. Es wurde gesagt, dass wenn das Areal verfällt, die Stadt selbst Massnahmen ergreifen kann. Der Handlungsspielraum ist bei Bauruinen jedoch sehr beschränkt. Man kann vielleicht Teile des Areals schliessen, dass es keinen Zutritt mehr gibt. Die Stadt kann aber nicht einfach eine Bauruine abrechen. Er erinnert an die Brandruine an der Schmidgasse, welche Jahrelang so dastand. Es war auch immer wieder Thema im Einwohnerrat. Der Gemeinderat konnte nur absperren, aber nicht abrechen. Der Sprechende möchte auch entschieden sagen, dass es sich bei diesem Verfahren überhaupt nicht um Erpressung handelt. Die Grundeigentümerschaft war in den Verhandlungen immer sehr angenehm, höflich und zurückhaltend. Sie hat einfach ihren Wunsch geäussert und der Stadtrat ist bei der 1. Lesung darauf eingegangen. Das Wort Erpressung weist er ganz klar zurück.

Judith Luthiger-Senn beantwortet die Frage zur Schulraumplanung, ob es neuen Schulraum im Obernau braucht, wenn das Grundstück eingezont wird. Die Aussage zum Schulhaus Obernau war korrekt. Im Obernau sind es aktuell 3 Kindergärten und 3.5 sind angezeigt. Das bedeutet, dass dort allenfalls grössere Gruppen gemacht werden müssen oder der Spielgruppenraum zu benutzen ist. Im Obernau sind noch keine Gruppenräume vorhanden. Es ist geplant auszubauen, damit die Tagesstrukturen erweitert werden können. Im Obernau sind es 12 Primarklassen, was aufgrund der Bautätigkeit auch weiterhin so vorgesehen ist. Das Schulhaus Obernau hat keine Kapazität mehr Klassen aufzunehmen. Aber es gibt noch andere Schulkreise, nämlich Meiersmatt und Feldmühle. Bei der Sackweid ist es durchaus möglich, dass diese nicht ins Obernau, sondern ins Meiersmatt oder Feldmühle gehen. Im Feldmühle hat es aktuell 7 Kindergärten. Ab 2024 kann es sein, dass man einen Kindergartenraum weniger braucht. Dort gibt es allenfalls eine Möglichkeit. Beim Schulraum für die Primarschule sind es 21 Schulzimmer, welche auch benötigt werden. Möglicherweise kann es dort 1-2 Zimmer je nach Wachstum geben. Man hat jedoch nicht unbegrenzt Platz für mehrere Schulklassen.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Antrag KBVU: Einzonung Grundstück Nr. 3106

Viktor Bienz beantragt im Namen der KBVU folgende Änderung:

Das Grundstück Nr. 3106, GB Kriens «Obere Sackweid» ist der Wohnzone D mit Bebauungsplanpflicht zuzuweisen, welche gemeinnützigen Wohnungsbau ermöglicht.

Im Gegensatz zur 1. Lesung ist man der Meinung das man diesen Schandfleck der Krienser Bevölkerung nicht länger zumuten kann. Es kam bereits zu Hausbesetzungen und musste polizeilich geräumt werden. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung das Grundstück Nr. 3106, Obere Sackweid, ist der Wohnzone mit Bebauungsplanpflicht zuzuweisen, welche gemeinnützigen Wohnungsbau ermöglicht. Dazu haben bereits mehrere Baugenossenschaften Interessen angemeldet. Mit dem Schulhaus Obernau und dem Spielplatz Langmatt hat man optimale Voraussetzungen für eine gute Quartierentwicklung.

Peter Stofer möchte kurz auf das Votum von Matthias Senn eingehen. Er hat einiges über die Rinnsale und Gewässerraumthematik gesagt. Er hat jedoch mit keinem Wort die Strategie der räumlichen Entwicklung erwähnt. Letztlich ist dies ein Grundlagenpapier, welches es zu beachten gilt. Der Sprechende hat in seinem Votum die Frage gestellt, ob es überhaupt gesetzlich vereinbar ist einfach umzuzonen, entgegen dieser Strategie. Dazu möchte er gerne noch eine Antwort des Stadtrates. Die Schulraumplanung hat auch mit dieser Umzonung zu tun. Dort zeigt sich einmal mehr, dass dies ein reiner Blindflug ist. Man hat keine Ahnung wie viel Personen dereinst auf dieser Parzelle wohnen werden. Wie will man denn heute schon über die Schulraumplanung diskutieren?

Cla Büchi stellt den Änderungsantrag zum Antrag der KBVU wie folgt:

Das Grundstück Nr. 3106, GB Kriens «Obere Sackweid» ist der Wohnzone D mit Bebauungsplanpflicht und der Pflicht zum Bau von Wohnraum unter der Voraussetzung der Gemeinnützigkeit zuzuweisen.

Wenn man den Bau von gemeinnützigem Wohnraum auf dem Grundstück sicherstellen will, muss dies verbindlich festgelegt werden. Bei einer «Kann»-Formulierung ist es einerseits dem jetzigen Grundeigentümer überlassen, an wen er verkaufen will und andererseits ist es einem Käufer überlassen, zu bauen was er will. Eine «Kann»-Formulierung ist eine reine Empfehlung und bindet niemanden an etwas. Enrico Ercolani hat von Einschränkungen von Investoren gesprochen. Es bedeutet aber auch eine Einschränkung für Baugenossenschaften, wenn man nicht ab und zu den Baugenossenschaften den Vorzug gibt. Es ist eine Tatsache, dass wenn Baugenossenschaften auf dem freien Markt mit Investoren konkurrieren müssen, können und wollen sie nicht mitbieten. Meistens können sie mit dem Preis nicht Schritt halten und kommen nicht in den Genuss etwas zu kaufen. Es ist wirklich ein Vorurteil, dass Mieterinnen und Mieter von gemeinnützigen Wohnungen keine guten Steuerzahler sind. Das müsste zuerst belegt werden. Es handelt sich auch um gemeinnützigen Wohnungsbau und keinen Sozial-Wohnungsbau. Diesen gibt es in der Schweiz gar nicht mehr.

Matthias Senn beantwortet noch die Frage von Peter Stofer, ob dies überhaupt rechtmässig ist. Man muss einfach immer unterscheiden zwischen der Strategie und dem Verfahren. Vom Verfahren her ist es selbstverständlich rechtmässig, wie dies gemacht wird. Es fand eine 1. Lesung statt. Wenn die Mehrheit zustimmt, findet eine öffentliche Auflage statt und nachher gibt es eine 2. Lesung. Der Stadtrat ist der Meinung, dass dies der Strategie entspricht, weshalb er dies ja auch in 1. Lesung vorgeschlagen hat. Der vorgelesene Strategieartikel, dass man bei Umzonungen überprüfen muss, wie viele neue Wohnungen es gibt, ist natürlich richtig. Dies muss immer kritisch erfolgen. Schlussendlich soll aber auch eine kontinuierliche Veränderung der Ortsplanung möglich sein. Im letzten Jahrzehnt wurde sehr viel verändert. Es gab einige neue Wohnungen, aber es ist nicht so, dass ein wahnsinnig grosser Leerwohnungsbestand vorhanden ist. Bei grossen Überbauungen braucht es seine Zeit, bis diese überbaut sind. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Ortsplanung ruhig weitergehen kann. So kann man auch in den nächsten Jahren etwas überbauen. Auf der Sackweid wird es nicht sehr viele Wohnungen geben können. Er hat die Zahl von ca. 80 Wohnungen im Kopf. Das ist absolut vereinbar mit der Strategie des Stadtrates.

Abstimmung Antrag KBVU (ermöglichen), gegenüber Antrag SP (vorschreiben)Mit 14:13 Stimmen wird der Antrag der SP angenommen.

Albrecht, Michèle	KBVU; ermöglichen
Bienz, Viktor	KBVU; ermöglichen
Binggeli, Michèle	SP: vorschreiben
Büchi, Cla	SP: vorschreiben
Burkhardt-Künzler, Anita	KBVU; ermöglichen
Camenisch, Rätö	KBVU; ermöglichen
Ercolani, Enrico	KBVU; ermöglichen
Fluder, Hans	KBVU; ermöglichen
Gisler, Kurt	KBVU; ermöglichen
Gomer-Beacco, Bettina	SP: vorschreiben
Hunziker, Manuel	SP: vorschreiben
Kobi, Tomas	SP: vorschreiben
Koch, Patrick	SP: vorschreiben
Niederberger, Raoul	SP: vorschreiben
Nyfeler, Nicole	SP: vorschreiben
Portmann, Michael	SP: vorschreiben
Portmann, Peter	SP: vorschreiben
Purtschert, Bruno	SP: vorschreiben
Rösch, Daniel	KBVU; ermöglichen
Schwarz, Erwin	KBVU; ermöglichen
Spörri, Raphael	SP: vorschreiben
Stofer, Peter	SP: vorschreiben
Tanner, Beat	KBVU; ermöglichen
Tschümperlin, Erich	SP: vorschreiben
Vonesch, Andreas	KBVU; ermöglichen
Wendelspiess, Ursula	KBVU; ermöglichen
Zellweger, Martin	KBVU; ermöglichen

Abstimmung Antrag Einzonung Grundstück Nr. 3106Mit 20:7 Stimmen wird der Antrag angenommen.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein

Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	nein

Antrag KBVU: Verzicht Festlegung Gewässerraum

Viktor Bienz beantragt im Namen der KBVU folgende Änderung:

Bei Rinnsalen und eingedolten Gewässer wird vonseiten der Stadt Kriens in der Landwirtschaftszone auf eine Festlegung des Gewässerraums verzichtet. Es gelten die drei Meter Abstand des Bundes.

Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass für Rinnsale und eingedolte Gewässer in der Landwirtschaftszone kein Gewässerraum ausgeschieden werden soll. Die Begründung ist, dass der Landwirt sonst in der Bewirtschaftung massiv eingeschränkt wird. Zudem verlieren die Landwirte düngbare Fläche, was bei der heutigen Agrarpolitik massgeblich ist und sich negativ auf die zukünftige Existenz der Landwirtschaftsbetriebe auswirkt. Matthias Senn hat die Gewässerräume vorher gut erläutert und sagte wie viel Spielraum der Stadtrat hat. Der Sprechende hat bereits vorher sehr intensiv erklärt, worum es hierbei geht. Ihm sind noch Sachen in den Sinn gekommen, welche er noch mitteilen möchte. Viktor Bienz hat keine Eigeninteressen, da er keinen solchen Betrieb hat, sondern er kämpft für die Krienser Landwirtschaft. Wenn man in die Zukunft schaut, sind auch in der Krienser Landwirtschaft Innovationen gefragt. Innovationen können nur ergriffen werden, wenn man genügend düngbare Flächen hat. Sonst blockt der Kanton relativ viel ab. Zur der noch wenig vorhandenen düngbaren Flächen muss man Sorge tragen. Kriens hat keine intensive Landwirtschaft, wie Muni- oder Saumastbetriebe oder eine Sauaufzucht. Es gibt lediglich ein paar Viehhaltungsbetriebe und ein paar Schafe. Es gibt auch keinen intensiven Ackerbau. Man soll dazu schauen, denn diese Betriebe machen keine Probleme. Er bestätigt, dass Güllenunfälle schlecht sind, aber an diesem Problem ist man dran. Wenn die Gewässerausscheidung gemacht wird, verhindert dies jedoch keine Güllenunfälle. Meistens handelt es sich um ein technisches Problem, dass ein Schieber verrostet oder eine Leitung geplatzt ist. Das läuft zwangsläufig in irgendein Gewässer. Man kann noch so viel ausscheiden, denn das betrifft nicht einmal die Rinnsale und die eingedolten Bäche. Der Landwirt hat zu schauen, dass die Sachen gut unterhalten sind. Der Bauernverband weist jährlich mehrmals auf diese Thematik hin. Die Lagerung der Intensivbetriebe muss man auch anschauen. Da handelt es sich um tausende Kubik, welche sich in einem Güllen-Behälter befinden. Wenn einmal etwas passiert, geht auch sehr viel raus. Deshalb werden bei den Güllen-Behälter 2-3 Schieber hintereinander gesetzt, dass so etwas nicht mehr passieren kann. Dies hat aber absolut nichts mit der Krienser Landwirtschaft zu tun. Bitte schaut zur Landwirtschaft, denn wir brauchen diese.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag KBVU (Verzicht)

Mit 15:11 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht, Michèle	KBVU: Verzicht
Bienz, Viktor	KBVU: Verzicht
Binggeli, Michèle	Enthaltung
Büchi, Cla	StR: gemäss Antrag
Burkhardt-Künzler, Anita	KBVU: Verzicht
Camenisch, Räto	StR: gemäss Antrag
Ercolani, Enrico	KBVU: Verzicht
Fluder, Hans	KBVU: Verzicht
Gisler, Kurt	KBVU: Verzicht
Gomer-Beacco, Bettina	StR: gemäss Antrag
Hunziker, Manuel	StR: gemäss Antrag
Kobi, Tomas	StR: gemäss Antrag
Koch, Patrick	KBVU: Verzicht
Niederberger, Raoul	StR: gemäss Antrag
Nyfeler, Nicole	StR: gemäss Antrag
Portmann, Michael	StR: gemäss Antrag

Portmann, Peter	StR: gemäss Antrag
Purtschert, Bruno	KBVU: Verzicht
Rösch, Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz, Erwin	KBVU: Verzicht
Spörri, Raphael	StR: gemäss Antrag
Stofer, Peter	StR: gemäss Antrag
Tanner, Beat	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin, Erich	StR: gemäss Antrag
Vonesch, Andreas	KBVU: Verzicht
Wendelspiess, Ursula	KBVU: Verzicht
Zellweger, Martin	StR: gemäss Antrag

Mit diesen zwei Abstimmungen befand man sich in 1. Lesung. Es gibt keine weitere Abstimmung. Die 1. Lesung der Vorlage ist somit abgeschlossen.

4. Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative Einzonungsmoratorium für 15 Jahre Nr. 289/20

Laut Viktor Bienz hat der Bauvorsteher der KBVU ausgeführt, dass die vorliegende Gemeindeinitiative die Gemeindeordnung direkt ändert. Das heisst, sie kommt sowieso vors Volk, ob der Einwohnerrat diese annimmt oder ablehnt. Sie tritt bei Annahme ab dem Tag der Abstimmung in Kraft. Vergleicht man die Forderungen der Initianten und die Strategie des Stadtrates, sind diese beinahe deckungsgleich. Der Stadtrat sieht, dass es wichtiger ist bestehende Areale umzuzonen, anstatt am Siedlungsrand Einzonungen zu machen. Trotzdem ist der Stadtrat der Meinung, dass diese Initiative zu starr ist, zumal bei Einzonungen alle demokratischen Mittel zur Verfügung stehen, um sich dagegen zu wehren. Wird jedoch festgeschrieben, dass für 15 Jahre nichts eingezont werden darf, ist das sehr starr. Das Eintreten auf den B+A war in der KBVU unbestritten. Man ist der Meinung der Bericht ist gut begründet und die Hürden für Einzonungen sind heute bereits sehr hoch. Der Stadtrat zont behutsam ein, weshalb es die vorliegende Initiative nicht braucht. Man kann sich jederzeit auf demokratischem Weg gegen einzelne Umzonungen wehren. Der Stadtrat sagt selber, dass er gar nicht beabsichtigt weitere Einzonungen vorzunehmen. Kriens hat genug Reserven an bereits eingezontem Bauland, sogar mehr als der Kanton erlaubt. Mit Einzonungen sind immer grosse infrastrukturelle Aufgaben verbunden. Aufgrund von möglichen Firmen, die sich auf dem ewl-Gelände ansiedeln wollen, muss man zumindest nicht einzonen. In LuzernSüd hat es mehr als genug eingezontes Land. Auch das Argument, dass die Wohnungspreise steigen, ist nicht stichhaltig. Die Revision des Planungs- und Baugesetzes ist auf 2023 angesagt und mit der Änderung der Überbauungsziffer kann dann gegen innen verdichtet werden. Eine andere Aussage war, dass sich hier ein Generationenkonflikt abzeichnet. Die Alten verbrauchen den Raum und die Natur wird in einer Art und Weise belastet, was nicht nachhaltig ist. Damit hätte man ein Zeichen setzen können, dass man bereit ist den Jungen Gestaltungsraum zu geben. Nach der Detailberatung wurde dem Beschlusstext nach wiederholter Abstimmung von 3:3 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Die CVP/JCVP Fraktion ist laut Bruno Purtschert für Eintreten auf den Bericht und Antrag zur Gemeindeinitiative «Einzonungsmoratorium für 15 Jahre». Die Initiative wurde am 29. Mai 2019 mit 854 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Anzahl Unterschriften zeigt, dass das Thema Bautätigkeit, Zonen resp. Grünzonen die Bevölkerung beschäftigt. Inwieweit die Initiative notwendig ist, um die Beweggründe der Unterzeichner zu erfüllen, ist jedoch sehr fragwürdig. Die Initiative verlangt, dass der Stadtrat und der Einwohnerrat in den nächsten 15 Jahren Anträge zur Einzonung von Bauland nicht behandelt. Mit der Initiative soll verhindert werden, dass die letzten Grünflächen in und um Kriens herum auch noch eingezont werden. Die Stimmbürger werden über diese Initiative bestimmen können. Die gut gemeinte Initiative ist aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion überflüssig und schränkt die Handlungsfähigkeit der Stadt Kriens unnötig ein. Dies aus folgenden Gründen: Mit der bestehenden Strategie zur

räumlichen Entwicklung der Stadt Kriens wird bereits das Ziel verfolgt, das vorhandene Siedlungsgebiet nicht zu zerstückeln. Das strukturelle Wachstum soll mit qualitativer Verdichtung innerhalb des heutigen Siedlungsgebietes erfolgen. Die Anforderungen an Einzonungen sind bereits heute sehr streng. Einzonungen sind nur innerhalb des Siedlungsgebietes möglich und setzen voraus, dass bestehende Bauzonen weitgehend ausgeschöpft sind. Das ist in Kriens nicht der Fall. Ein möglicher Abtausch von Bauzonenflächen, wenn auch sinnvoll, wäre nicht mehr möglich. Jede Einzonung muss so oder so durch das Parlament bewilligt werden und unterliegt anschliessend dem fakultativen Referendum. Mehr Kontrollen einbinden kann man fast nicht mehr. Der Schutz von Grünflächen und auch die Verhinderung einer Zerstückelung der Landflächen in Kriens sind der CVP/JCVP-Fraktion wichtig. Das ist aber bereits heute gewährleistet. Die gut gemeinte Initiative ist ein bürokratischer Unsinn, der weder der Umwelt, der Lebensqualität, noch der Siedlungsentwicklung der Stadt Kriens etwas bringt. Sie wird daher das Initiativbegehren ablehnen.

Gemäss Peter Portmann bleibt die SVP-Fraktion auch bei diesem Geschäft eher gespalten. Für die einen ist die unkontrollierte Verkehrsentwicklung ein Problem. Für die anderen ist es eine Zwängerei mehr, welche dem Gewerbe und der lokalen Wirtschaft aufgezwungen wird. Ausserdem ist zurzeit das Raumplanungsgesetz 1 (RPG 1) in Kraft. Die Raumplanung umfasst alle räumlichen Planungen des Staates auf den Ebenen des Bundes, der 26 Kantone und der Gemeinden. Die strategische und konkrete Raumplanung ist Sache der Kantone und der Gemeinden. Auf Bundesebene ist diese im Raumplanungsgesetz (RPG) mit gültigen Grundsätzen und Zielen geregelt. Seit 1980 verlangt das RPG den haushälterischen Umgang mit dem Boden. Da man dieses Ziel in der Schweiz nicht im gewünschten Mass erreicht hat, wird das RPG in zwei Schritten revidiert. Die erste Revision (RPG 1) ist seit 1. Mai 2014 in Kraft. Die zweite Revision ist in Arbeit. Mit RPG 1 wurden bereits griffige Massnahmen eingeleitet, damit eine Aufstockung von Gebäuden leichter realisierbar wird und so Bauzonen in nützlicher Zeit effizienter ausgenutzt werden können. Ein Teil der SVP-Fraktion folgt dem Stadtrat und lehnt die Initiative ab. Sie sind auch der Meinung, dass diese Initiative dem Stadtrat den Handlungsspielraum einschränkt. Für Landabtausch am Siedlungsrand oder bei Neuansiedlungen von Firmen sollen die flexiblen Lösungen bestehen bleiben anstatt des Aufzwingens starrer Verbote. Man muss sich auf die Zeit nach der Corona-Krise fokussieren. Auch die Wirtschaft wird nicht wieder das gleiche Umfeld wie früher vorfinden und für die Erholung von Wirtschaft und Gewerbe muss man Flexibilität bieten und keine Verbote. Die SVP-Fraktion ist sich der grossen Verantwortung bewusst, dass der Schutz der Landschaft Priorität hat. Sie lehnt jedoch diese Initiative grossmehrheitlich ab.

Enrico Ercolani dankt dem Stadtrat im Namen der FDP-Fraktion für den ausführlichen B+A. Sie ist für Eintreten, lehnt aber die Initiative für ein Einzonungsmoratorium ab. Der Stadtrat zeigt im B+A eindrücklich und klar, dass die Anforderungen für neue Einzonungen bereits heute sehr streng sind. Unter Absatz 4.4 liest man, dass das eidg. Raumplanungsgesetz regelt, wie gross Bauzonen sein dürfen. Auch der Kanton kann seinen Einfluss massgebend geltend machen. Kriens braucht deshalb keine Extra-Wurst. Darin stehen auch die verschiedenen Bedingungen, was es braucht, um Land einzonen zu können. Noch mehr Regulierungen sind nicht notwendig. In der Würdigung des Stadtrates kann man lesen, welche Nachteile und Einschränkungen bei Annahme dieser Initiative für Kriens entstünden. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass für Einzonungen mehr als genug reguliert wurde. Der Hauptgrund für die Ablehnung des Einzonungsmoratoriums der FDP-Fraktion ist, dass jede Einzonung mit dem fakultativen Referendum bekämpft werden kann. Dazu genügen auch bereits 10 Stimmen des Einwohnerrates. Aus diesen Fakten ergibt sich folgendes Fazit: Bund und Kanton haben zusammen mit der Stadt alle Voraussetzungen geschaffen, dass in Kriens bezüglich zukünftigen Ein- und Umzonungen die Siedlungsentwicklung und -begrenzung nachhaltig geregelt sind. Unnötige oder zu viele Einzonungen sind deshalb nicht möglich. Aus Sicht der FDP-Fraktion war die Initiative «Einzonungsmoratorium» eine hervorragende Wahlpropaganda, aber absolut unnötig. Diese Feststellung, die Kosten für eine Volksabstimmung und die sehr problematische Finanzlage sollte für die Grünen Grund genug sein, diese Initiative zurück zu ziehen. Damit würden sie auch beweisen, dass sie in der heute

sehr schwierigen Zeit, nebst Umweltproblemen auch andere Bereiche wie gesunde Finanzen interessieren. Und sollte die Initiative angenommen werden, nimmt man dem neuen Stadtrat, bezüglich Ein- und Umzonungen, viel frischen Wind aus den Segeln.

Cla Büchi von der SP-Fraktion meint, dass der Stadtrat selber sagt, dass er grundsätzlich keine neuen Bauzonen mehr ausscheiden will. Und auch wenn er es wollte, würde der Kanton kaum dazu Hand bieten, weil die Baulandreserven von Kriens so gross sind, dass sie das erlaubte Bevölkerungswachstum von jährlich 0.9 % für die nächsten 15 Jahre bereits abdeckt. Das entspricht einer Zunahme von rund 5'900 Personen. Also eine Zunahme, die schon mit LuzernSüd abgedeckt wird. Dann gibt es noch die Entwicklung auf dem Bell-Areal und mit der Revision des Planungs- und Baugesetzes ist eine weitere Verdichtung nach innen möglich, was mit der Änderung von der Ausnützungsziffer zur Überbauungsziffer zu tun hat. Aber vor allem ist die SP-Fraktion der Meinung, dass Kriens erstmal seine Hausaufgaben innerhalb der bestehenden Bauzonen zu machen hat, bevor sie daran denkt, noch weiteres Land einzuzonen. Und in der momentanen Finanzlage ist das schon Herausforderung genug. Es stellt sich sowieso die Frage, ob Kriens sich das Wachstum überhaupt leisten kann. Auch darf man den nächsten Generationen durchaus noch Spielraum für Entwicklungen lassen. Die Argumente des Stadtrates in seiner Würdigung, dass eine Ansiedlung einer Firma auf dem ewl-Grundstück im Schlund verunmöglichlicht würde und, dass sich das Bauland und somit die Wohnungspreise verteuern würden, entbehrt jeder Logik. Das weil gerade in LuzernSüd genug Baulandreserve vorhanden ist, um jene Firmen anzusiedeln. Für die Höhe der Wohnungspreise gibt es noch ein paar andere Parameter, die dazu beitragen, dass die Mieten höher oder tiefer sind. Und wie gesagt, durch die hohen Baulandreserven und die grosse Bautätigkeit hat Kriens im Moment weitherum den höchsten Leerwohnungsstand, was die Preise eher sinken lässt als in die Höhe treibt.

Gemäss Erich Tschümperlin, Grüne/GLP-Fraktion wird in Kriens gebaut und es ist kein Ende in Sicht, immer mehr und immer weiter auch in die letzten Grünflächen hinein. Sie findet, es ist genug. Was in Kriens in den letzten paar Jahren gebaut wurde ist wahnsinnig. Es gab wohl noch nie eine Periode in der in so kurzer Zeit so viel und so gross gebaut wurde. Und wenn man sich vorstellt, was mit dem Nidfeld, der Fertigstellung des Schweighof-Areals, Eichhof-West und der Pilatusarena noch auf uns zukommt, dann kann man zweifellos sagen: das ist gigantisch. Kriens hat so viel gebaut wie noch nie und nun ist es Zeit für einen Marschhalt. Es ist wichtig, dass dieses Wachstum von der Stadt verkraftet und verdaut werden kann. Und verkraften bedeutet, dass man sich über verschiedene Aspekte des Wachstums klar werden muss. Was bedeutet dieses enorme Wachstum für die Identität als Stadt Kriens? Was bedeutet es für die Kultur und Bräuche, was für die Vereine? Was bedeutet es für die soziale Entwicklung? Wie entwickelt sich der neue Stadtteil rund um den Mattenhof, Schweighof und Nidfeld? Stimmt die Durchmischung der Bevölkerung und reicht die Infrastruktur? Wie passen Einzonungen ins Gesamtverkehrskonzept? Braucht es zusätzliche Buslinien, hat es Velo- und Fusswege? Wo braucht es wie viele Schulräume und wo muss man investieren? Welches sind die finanziellen Folgen des Wachstums für Kriens? Bisher gingen Stadtrat und Einwohnerrat von folgender Formel aus: mehr Wohnungen = mehr Einwohner und Einwohnerinnen = mehr Steuereinnahmen. Wie man weiss, funktioniert das nicht. Es sind zwar sehr viele neue Wohnungen entstanden, aber das Bevölkerungswachstum hinkt massiv hinten nach. Kriens lebt auf grösserem Fuss und hat eine hohe Leerwohnungsziffer. Bis jetzt hat das Wachstum vor allem Kosten verursacht. Kriens kann sich ein weiteres unkontrolliertes Wachstum gar nicht leisten, darum Hände weg von Einzonungen. Das Mengenwachstum der letzten Jahre ist gescheitert. Bevor Kriens weiterwächst und man umzont, muss man sich klar werden, was man will. Es braucht qualitative Rahmenbedingungen und Ziele für die Entwicklung von Kriens. Dabei ist die Einwohnerzahl nur einer der Punkte. In der „Strategie der räumlichen Entwicklung“ steht, dass Kriens mit dem aktuellen Bauland auf 35'500 Einwohner und Einwohnerinnen wachsen kann. Die Frage ist aber: Will man das überhaupt? Will man in Kriens 30'000, 35'000 oder 40'000 Einwohner und Einwohnerinnen? Zuerst sollte man sich Gedanken machen, wohin sich Kriens entwickeln soll, bevor man weiter einzont oder umzont und sich einfach treiben lässt. Darum braucht es jetzt einen Marschhalt. Und es braucht auch eine Zurückhaltung bei den anstehenden Projekten. Zu den

35'500 möglichen Einwohner und Einwohnerinnen kommen dann noch zusätzlich diejenigen der Weinhalde und des Grundstücks der Talmudschule dazu. Auch das ewl-Areal könnte gemäss Stadtrat noch eingezont werden. Das ist eine Art Bauerwartungsland. Wenn man sagt, dass es keine Einzonungen mehr gibt, dann stimmt das nicht ganz. In den letzten Jahren im Einwohnerrat hat der Sprechende erlebt, dass der Stadtrat praktisch mit jeder Zonenplanrevision da und dort ein Stück Land eingezont hat. Dies wurde zum Beispiel begründet mit „Begradigung der Siedlungslinie“. Solche Begründungen zeigen exemplarisch das bisherige Verständnis der Siedlungsentwicklung in Kriens. Hier hofft die Grüne/GLP-Fraktion auf einen Wandel. Und dann möchte die FDP mit ihrer Initiative sogar Wald abholzen und als Gewerbeland einzonen. Enrico Ercolani hat den Grünen Wahlkampfpropaganda vorgeworfen. Sie haben aber eine echte Motivation. Er möchte gleich der FDP zurückgeben, dass sie ihre Initiative auch zurückziehen soll. Dann gibt es auch keine Abstimmung. Aber er hat das Gefühl, man darf in Kriens Abstimmungen machen, auch wenn es etwas kostet. Dies einfach als Wahlkampfespektakel abzustempeln ist einfach. Er hat lieber inhaltliche Argumente. Die FDP möchte also abholzen und Gewerbeland einzonen, um einen Ökihof aufzustellen und das obwohl Kriens bereits 40 ha eingezontes Land hat, welches brach liegt. Einfach weil es billiger ist. Auch das ist eine Strategie, aber die ist weder nachhaltig noch vereinbar mit Bundesrecht. Die Grüne/GLP-Fraktion hat den Eindruck, dass es nicht aufhört und es immer so weitergeht. Jetzt ist der Moment für einen Marschhalt. Der Stadtrat schreibt im B+A, dass mit dem Moratorium die *„Ansiedlung einer Firma verhindert wird, die Arbeitsplätze nach Kriens bringt“*. Auch hier wird einmal mehr deutlich, dass wenn ein Investor kommt, dann spielen all die schönen Argumente und Kriterien, auf die sich der Stadtrat in der „Strategie der räumlichen Entwicklung“ beruft, keine Rolle mehr. Dann zont man für den Investor einfach ein. Wenn man das Wachstum weiterhin den Investoren überlässt, dann geht es so weiter wie bisher. Das Resultat sieht man im Mattenhof und bald auch im Nidfeld und der Pilatusarena aber auch bei Eichhof-West. Und man wird es auch andernorts sehen, wo nach bisherigem Verständnis Baulücken geschlossen werden müssen. Für die Grüne/GLP-Fraktion sind dies aber vielfach grüne Inseln im grauen Siedlungsbrei und keine Baulücken. Ein erster Schritt ist das Einzonungsmoratorium. Es hat mehr als genügend Landreserven, das Moratorium schränkt Kriens nicht ein. Am 31. Januar 2019 konnte man in der Luzerner Zeitung lesen, dass die Gemeinde Kriens noch über 42,6 Hektaren eingezontes Bauland verfügt. Das entspricht fast der Fläche des Rotsees. Das reicht für 35'500 Einwohner. Dass Kriens mit diesen Baulandreserven noch zu den Einzonungsgemeinden im Kanton gehört, erstaunt doch sehr. Die Grüne/GLP-Fraktion will auch keine Einzonungen mehr am Siedlungsrand und auch keinen Landabtausch mehr. Es reicht nun. Die Stadt soll nicht weiter in die Grünzonen und Erholungsgebiete hinauswuchern. Im März 2013 nahm die Stimmbevölkerung das neue nationale Raumplanungsgesetz an. Die wichtigsten Änderungen betrafen die Beschränkung neuer Einzonungen. Einzonen darf man nur noch, wenn verdichtet wird und die bestehenden Bauzonen nicht mehr ausreichen. Das Gesetz wurde national mit 63 % und in Kriens mit 71.5 % angenommen. Nun noch ein paar Worte zu den Ausführungen der CVP/JCVP-Fraktion. Umzonungen sind nicht betroffen von dieser Initiative. Es sind trotz allen Beteuerungen noch weitere Einzonungen im Köcher, sogenanntes Bauerwartungsland, wie z.B. das ewl-Areal. Diese Initiative braucht es. Es ist Zeit für einen vernünftigen Marschhalt in Kriens. Überlässt man der kommenden Generation auch noch etwas Spielraum und verbaut sich nicht die ganze Zukunft. Der Krienser Talkessel ist nicht unendlich. Erich Tschümperlin bittet darum die Initiative zu unterstützen, denn die Bevölkerung wird es ihnen danken.

Martin Zellweger wiederholt seine persönliche Position nochmals. Es gibt keinen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum in Kriens. Die bisherige Bautätigkeit ist bereits an seine, wenn nicht über die Grenzen des verkraftbaren gestossen. Weder Verkehr noch schulische Infrastruktur oder auch Verwaltungskapazitäten wurden dem bereits initialisierten Wachstum angepasst. Jegliche dringendst notwendigen Anpassungen können von der Krienser Finanzen im Moment in keiner Weise verkraftet werden. Man hat das Resultat gesehen. Kriens hat sich mit seiner konzentrierten und geklotzten Bautätigkeit in eine finanzielle Sackgasse gefahren. Die Steuerstruktur und die Steuereinnahmen entsprechen in keiner Weise den zu erwarteten Mehrkosten, welche das Wachstum mit sich bringt. Auch ein paar etwas schönere und teurere Eigentumswohnungen am Sonnenberg werden die finanzstrukturellen Probleme auf der Einnahmeseite der Stadt Kriens nicht ändern, dazu bräuchte es andere Brocken. Alles andere

ist Illusion und Wunschdenken, und dies kennt man ja inzwischen zur Genüge. Diese Thematik wird in der nächsten Sitzung sicher diskutiert. Genau heute vor 3 Jahren, am 7. Mai 2017, hat der Sprechende mit seiner Motion verlangt, dass der Gemeinderat für 2019 ein Sparprogramm von über 5 Mio. Franken prüft. Diese wurde abgelehnt. Diese Woche hat der Stadtrat ein finanzielles Loch von ziemlich genau diesem Betrag für genau dieses Jahr 2019 bekanntgegeben. Man darf den Aussagen des Sprechenden also zukünftig ruhig auch Glauben schenken. Unter den gegebenen Umständen unterstützt er die Gemeindeinitiative „Einzonungsmoratorium für 15 Jahre“. Er steht somit auch allen diesbezüglichen Themen der weiteren Traktanden kritisch gegenüber.

Gemäss Matthias Senn ist das Ziel dieser Initiative durchaus deckungsgleich mit der Haltung und der Strategie des Stadtrates. Wenn es darum geht die Initiative gutzuheissen oder auch nicht, geht es nur um die Frage, ob man die Handlungsfreiheit des Stadtrates, des Parlamentes und vom Stimmvolk einschränken möchte. Mit der Gutheissung dieser Initiative wird in der Gemeindeordnung stehen, dass man 15 Jahre lang keine Einzonung machen darf. Hier gibt es dann keine Ausnahmemöglichkeit. Es ist auch eine Einschränkung der Handlungsfreiheit des Parlamentes. Auch dieses könnte in ein paar Jahren der Meinung sein, dass das Grundstück X aus irgendeinem Grund eingezont werden sollte. Dies kann man grundsätzlich mit einer Motion vom Stadtrat verlangen. Bei einer Annahme dieser Initiative ist dies jedoch nicht mehr möglich. Das Hauptargument des Stadtrates ist, dass ja alle politischen Instrumente vorhanden sind, um eine Einzonung zu verhindern. Wenn der Stadtrat im Parlament den Vorschlag bringt oder mit einer Motion eine Einzonung verlangt wird, braucht es immer noch die Zustimmung des Parlaments, damit es überhaupt eine öffentliche Auflage gibt und ins weitere Verfahren geht. Bei jeder Einzonung kann auch das fakultative Referendum ergriffen werden. Entweder erfolgt dies mit 10 Unterschriften vom Parlament oder 500 Unterschriften vom Stimmvolk. Es stellt sich wirklich die Frage, ob man sich so politisch selber einschränken möchte und einen Maulkorb für eine Frist für 15 Jahre verpasst. Das ist eine relativ lange Zeit. Die Initiative kommt in jedem Fall vors Stimmvolk, unabhängig ob der Einwohnerrat die Annahme oder Ablehnung empfiehlt, weil es eine direkte Änderung der Gemeindeordnung zur Folge hat. Es wurde gesagt, dass wenn die Initiative zurückgezogen wird, kann man sich Kosten sparen. Weil aber auch heute noch die Ökihof-Initiative beraten wird, liegen zwei Initiativen vor. Die Kosten können erst gespart werden, wenn beide Initiativen nicht mehr dem Volk vorgelegt werden müssen.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Antrag Grüne/GLP zu Beschlusstext

Erich Tschümperlin hat zwei kleine Sachen. Matthias Senn hat gesagt, dass es keine Ausnahmen mehr gibt. Das stimmt so nicht. Im Initiativtext steht: «*Ausgenommen davon sind Einzonungen für die Schaffung von Flächen für öffentliche Nutzung von Bund, Kanton und Stadt*». Wenn man also das Bedürfnis oder Notwendigkeit hat für die Stadt eine öffentliche Nutzung zu realisieren, kann man auch mit dieser Initiative noch einzonen. Ganz so schlimm ist es nicht. Auch ist es die Strategie der Stadt. Zum Zweiten möchte er den Antrag stellen den Beschlusstext wie folgt anzupassen:

2. Die Gemeindeinitiative wird angenommen.

Abstimmung Antrag Stadtrat (Ablehnung), gegenüber Antrag Grüne/GLP (Annahme)

Mit 15:12 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht, Michèle
Bienz, Viktor

StR, abgelehnt
StR, abgelehnt

Binggeli, Michèle	StR, abgelehnt
Büchi, Cla	Grüne, anzunehmen
Burkhardt-Künzler, Anita	StR, abgelehnt
Camenisch, Räto	Grüne, anzunehmen
Ercolani, Enrico	StR, abgelehnt
Fluder, Hans	StR, abgelehnt
Gisler, Kurt	StR, abgelehnt
Gomer-Beacco, Bettina	Grüne, anzunehmen
Hunziker, Manuel	Grüne, anzunehmen
Kobi, Tomas	Grüne, anzunehmen
Koch, Patrick	StR, abgelehnt
Niederberger, Raoul	Grüne, anzunehmen
Nyfeler, Nicole	Grüne, anzunehmen
Portmann, Michael	Grüne, anzunehmen
Portmann, Peter	StR, abgelehnt
Purtschert, Bruno	StR, abgelehnt
Rösch, Daniel	StR, abgelehnt
Schwarz, Erwin	StR, abgelehnt
Spörri, Raphael	Grüne, anzunehmen
Stofer, Peter	Grüne, anzunehmen
Tanner, Beat	StR, abgelehnt
Tschümperlin, Erich	Grüne, anzunehmen
Vonesch, Andreas	StR, abgelehnt
Wendelspiess, Ursula	StR, abgelehnt
Zellweger, Martin	Grüne, anzunehmen

Roger Erni liest den **Beschlussestext** vor:

1. Die Gemeindeinitiative „Einzonungsmoratorium für 15 Jahre“ ist gültig.
2. Die Gemeindeinitiative wird abgelehnt.
3. Der Beschluss gemäss Ziffer 2 unterliegt dem obligatorischen Referendum.
4. Mitteilung an den Stadtrat zur Ansetzung der Volksabstimmung.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 289/20:

Der Beschlussestext wird mit 14:13 Stimmen genehmigt.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein

Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	nein

5. Bericht und Antrag: Bebauungsplan, Teilzonenplanänderung und Erschliessungsrichtplan Weinhalde, 2. Lesung Nr. 240/19

Laut Viktor Bienz erklärte der Bauvorsteher in der KBVU was alles neu ist. Die Neuerungen betreffen vor allem die Einsprache Behandlungen. Es gingen insgesamt fünf Einsprachen ein, zwei davon konnten miteinander bereinigt und gütlich geregelt werden. Drei Einsprachen gingen aus dem Oberhusrain ein und waren eher generell gegen das Projekt. Diese Einsprachen brachten das juristische Argument der Rodung. Sie wurden in Zusammenarbeit mit der Dienststelle lawa, welche die Rodung als verantwortbar betrachtet, bearbeitet und abgelehnt. Bei der Detailberatung wurde erwähnt, dass eine Studie betreffend Parkplätze des Büros Trafiko gemacht wurde. Dabei ist herausgekommen, dass 0.8 Parkplätze pro Wohnung machbar sind. Ein entsprechender Antrag wird gestellt. Der Bauvorsteher stellt fest, dass dies eine geringfügige Änderung ist und der Antrag in der zweiten Lesung ohne eine erneute Auflage gestellt werden kann. Es wurde gefragt, ob die Entscheidung zur Rodung wirklich durch das lawa erfolgte, was klar bestätigt wurde. Beim Fussweg wurde inhaltlich etwas geändert. Der Weg ist kein Wanderweg mehr, aber man kann trotzdem durchlaufen. Weiter wurde gefragt, ob eine Dachbegrünung gemacht werden muss, wenn keine Photovoltaikanlage realisiert wird. Dies wurde bestätigt. Diese Auflage wird vom Bau- und Umweltdepartement geprüft, verlangt und kontrolliert. Der Beschluss text wurde mit 5:1 Stimmen angenommen.

Andreas Vonesch führt aus, dass anlässlich der 1. Lesung dieser Vorlage im Einwohnerrat vom 7. November 2019 die CVP/JCVP-Fraktion bekräftigt hat, dass sie hinter dem Bebauungsplan, der Teilzonenplanänderung und dem Erschliessungsplan Weinhalde steht. Die beschlossenen Anpassungen auf die 2. Lesung durch den Einwohnerrat, die Projektüberarbeitung durch die Vertretung der Grundeigentümer sowie die erst vorgestern kommunizierte Rechnung 2019 der Stadt Kriens hat sie in dieser Haltung bestärkt. Die CVP/JCVP-Fraktion wird also dem Beschlusstext zustimmen. Im Einwohnerrat hat man in der 1. Lesung verschiedene Bereiche intensiv diskutiert. Es waren dies insbesondere die Bereiche der Zufahrt mit der Waldrodung, die Mobilität und der Verkehr mit der Anzahl von Parkplätzen, der Energiestandard der Gebäude sowie die Ausgestaltung der Umgebung mit der öffentlichen Durchwegung. In allen Bereichen haben der Stadtrat und die Vertreter der Grundstückeigentümer nach Optimierungen und Lösungen gesucht und aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion auch gefunden. Diese sind nun in das Projekt eingeflossen. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass diese Verbesserungen durch Expertenberichte aus den Bereichen Mobilität, Energie und Umgebung schlüssig dargestellt sind. Und auch der Kanton mit dem Bau-, Umwelt und Wirtschaftsdepartement, die Dienststelle Landwirtschaft und Wald sowie verschiedene Umweltverbände haben das Projekt positiv beurteilt. Zum Schluss noch dies: Ob die Einzonung generell und insbesondere der Zeitpunkt dafür richtig ist, hat man im Einwohnerrat ebenfalls kontrovers diskutiert. Aus aktueller Situation ist eine Einzonung aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion genau an diesem Ort und jetzt richtig. Kriens schreibt in der Rechnung von 2019 ein Minus. Um 5.9 Mio. Franken liegen die Steuererträge hinter den budgetierten Beträgen zurück. Der Stadtrat spricht von einem strukturellen Problem. Kriens fehlen potente Steuerzahler. Mit dieser Überbauung von 45 Einheiten im Wohneigentum - was in Kriens absolute Mangelware ist - an bevorzugter, zentrumsnaher Lage schliesst man eine Baulücke, kann Mehrwert abschöpfen und holt zahlungskräftige Steuerzahler nach Kriens. Mit der Einzonung der Weinhalde kann man das strukturelle Defizit nicht beheben, aber man kann es positiv beeinflussen.

Gemäss Räto Camenisch, SVP-Fraktion, ist dies ein dornvolles Projekt für die Bauherren. Fünf Jahre lang wurde daran gearbeitet und sie haben Auflage um Auflage erfüllt. Fünf Jahre lang haben sie sich mit Planungen und Expertisen auseinandergesetzt. Schlussendlich hat man den noch zu überbauenden Teil auf dem Sonnenberg so gestaltet, dass es offenbar für die Meisten akzeptabel ist. Sein Vordredner hat es bereits gesagt, dass es für Kriens wichtig ist, dass es Wohnungen für Steuerzahler mit einem höheren Einkommen gibt. Die wenigen Auflagen, welche in der 1. Lesung gemacht wurden, wurden auch erfüllt. Damit kann die SVP-Fraktion diesem Vorhaben zustimmen.

Die FDP-Fraktion tritt gemäss Beat Tanner auf das Geschäft «Bebauungsplan, Teilzonenplanänderung und Erschliessungsrichtplan Weinhalde ein und stimmt dem B+A ohne Unterstützung des Antrags der SP zu. Sie ist immer noch für diese Einzonung, da dieses Gebiet schon vor 2001 bereits in der Wohnzone zugeteilt und mit der Zonenplanrevision 2001 teilweise aus der Wohnzone entlassen wurde. Da das Grundstück nicht genügend und zweckmässig erschlossen ist, wurde das Grundstück vorerst nicht in die Wohnzone eingezont, dies ist aber nun geklärt. Aus ihrer Sicht würde man gegen Treu und Glaube verstossen, wenn der Einwohnerrat diese Teilzonenplanänderung ablehnen würde. Es braucht für Investoren eine Rechts- und Planungssicherheit. Insbesondere hier, weil die Stadt Kriens, das Fachgremium und der Kanton Luzern dieses Vorgehen definiert hat. Es kann nicht sein, dass Investoren in Absprache mit der Stadt Kriens hohe Vorinvestitionen auf sich nehmen. Wenn dies nicht gewünscht wird, hätte zuvor von der Stadt Kriens eine entsprechende Rückmeldung erfolgen müssen. Hier hätte die Stadt Kriens bei einer nicht Einzonung ein latentes Risiko, dass sich der Investor bei den Gerichten das Recht auf Treu und Glauben erkämpfen würde. Es wäre widersprüchlich und undemokratisch, wenn die Grünen nun die Volksinitiative Einzonungsmoratorium der Weinhalde vorziehen wollen, obwohl in der Gesamtrevision Ortsplanung 2013/14 festgelegt wurde, dass die Einzonung der Weinhalde zu den Schlüsselaufgaben der Ortsplanung Kriens gehört. Weiter stellt die FDP-Fraktion fest, dass sich die beiden Umweltorganisationen WWF und Pro Natura nicht gegen die Einzonung wehren. Die FDP-Fraktion begrüsst es auch, dass für die Erstellung 318 m² weniger gerodet werden muss. Für sie war immer klar, dass sie den bestmöglichen Energiestandard an einer solchen Lage unterstützen. Der FDP-Fraktion ist es auch unabhängig von den Wahlen sehr wichtig einen Beitrag an eine umweltfreundliche Stadt Kriens zu leisten. Aufgrund des Antrags der Grüne/ GLP-Fraktion Minergie P auszuführen, wurde die FDP-Fraktion unsicher. Aufgrund der Aufarbeitung eines Experten ist sie aber nun zum Schluss gekommen, dass der vorgeschlagene Minergiestandard für diese Überbauung der Richtige ist. Den Antrag der SP zur Reduktion von Parkplätzen hingegen wird die FDP-Fraktion nicht unterstützen. Sie ist klar der Meinung, dass nicht jeder Parkplatz automatisch mehr Verkehr generiert. In der Überbauung wo Beat Tanner wohnt werden auch Elektroautos, E-Bikes und Velos auf den Parkplätzen abgestellt, weil es im Veloraum viel zu wenig Platz gibt. Zum einen erfordert die Wohnlage eine erhöhte Mobilität, zum anderen gibt es Einsprachen von Nachbarinnen und Nachbarn, welche das tiefe Parkplatzangebot bemängeln. Weiter gibt es auch noch andere Aspekte auf Seite der Gemeinde. In der Stadt Kriens gibt es viele neue Mietwohnungen, aber zu wenig Eigentumswohnungen. Für einen guten Mix braucht es verschiedene Angebote. Mit dieser Überbauung könnten gut nachgefragte Eigentumswohnungen erstellt werden. Auch die finanzielle Seite darf bei der desolaten Finanzlage nicht ausser Betracht gelassen werden. Dank dem, dass das Grundstück erst jetzt in die Wohnzone umgezont wird, fliesst ein Teil der Mehrwertabschöpfung in die Stadtkasse von Kriens. Auch bei den Sondersteuern wie Handänderungs- und Grundstücksgewinnsteuern führt die Umsetzung dieser Überbauung zu Mehrerträgen für die Stadtkasse. Aber leider erhält die Stadt Kriens nur noch 30 %, denn der höhere Anteil geht seit der AFR18 zum Kanton. Nachhaltig werden sich auch die Steuereinnahmen von natürlichen Personen erhöhen, was bei Wohneigentum tendenziell über dem Durchschnitt liegt. Und letztlich ist zu hoffen, dass auch Unternehmungen in der Stadt Kriens von Aufträgen profitieren können. Aus all diesen Gründen stimmt die FDP-Fraktion dem B+A zu.

Cla Büchi ist noch immer der Meinung, dass man einen Bauträger, der einen korrekten und aufwändigen Planungsprozess mit hohen Auflagen auf sich genommen hat, nicht nach fünfjähriger Planungszeit abstrafen darf. Das würde gegen Treu und Glauben verstossen, was Beat Tanner bereits gesagt hat.

Er verzichtet jetzt darauf, alle Vorzüge vom Projekt wieder aufzuzählen, denn das hat er bereits in der 1. Lesung gemacht. Der Sprechende unterstützt die Initiative Einzonungsmoratorium und ist selber im Initiativkomitee. Aber er findet es nicht richtig, wenn die Initiative ein Projekt verhindern soll, das seit mindestens fünf Jahren in Bearbeitung und jetzt einfach baureif ist. Dass der Projektentwickler umsichtig handelt, zeigt er unter anderem, dass er dem Antrag aus der 1. Lesung zur Reduzierung der Anzahl Parkplätze, obwohl vom Einwohnerrat abgelehnt, ernst genommen hat. Er hat das Mobilitätsbüro Trafiko beauftragt, eine Reduktion von Parkplätzen zu prüfen und geeignete Massnahmen zur Kompensation aufzuzeigen. Das Büro Trafiko sieht die Möglichkeit die Parkplatzzahl auf einen Faktor von 0.8 des Normbedarfs herunterzusetzen und schlagen einen ganzen Strauss von begleitenden Massnahmen wie Car- und Rollersharing, Cargovelo, Nextbike-Standort, Paketbox-Angebot und anderes vor. Die SP-Fraktion begrüsst den Vorschlag sehr und anerkennt die Bemühungen der Projektentwickler. Darum hat sie auch wieder einen Antrag gestellt, um die Reduktion der Parkplätze auf max. 80 % des Normbedarfs zu verlangen, wie das vom Büro Trafiko vorgeschlagen wird. Sie würde sich auch freuen, wenn die empfohlenen Massnahmen zur Kompensation umgesetzt werden. Übrigens weiss Werner Baumgartner von diesem Antrag und unterstützt ihn auch. Betreffend Energiestandard teilt die SP-Fraktion die Einschätzung vom Büro Amstein+Walthert und unterstützt den Standard Minergie A. Besser wäre der erhöhte Gebäudestandard nach dem Merkblatt SIA 2040, aber nach Aussage Amstein+Walthert ist der im Fall Weinhalde nicht zu erreichen. Der Standard Minergie A ist aber der Nächst höchste und darum sicher der Richtige. Die SP-Fraktion ist mehrheitlich für Genehmigung.

Peter Stofer stellt fest, dass der Stadtrat die Einsprachen ablehnt. Die Grüne/GLP-Fraktion hat die Argumente geprüft und kam zum Schluss, dass aus zwei Gründen die Argumente an einer richterlichen Prüfung nicht standhalten können. Die Voraussetzungen für die Einzonungen sind trotz der langen Planungsphase zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr gegeben. Im soeben diskutierten B+A «Einzonungsmoratorium für 15 Jahre» zeigt der Stadtrat auf, dass als Vorbedingung für Einzonungen die Nutzungsreserven der Bauzonen weitgehend ausgeschöpft sein müssen, innerhalb der Bauzonen keine für das Vorhaben geeigneten Reserven in Form von unüberbauten Flächen oder in Form von Umnutzungs- oder Verdichtungsmöglichkeiten vorhanden sind. Wie im vorherigen Traktandum besprochen, ist dem nicht so. Deshalb ist die Meinung der Grüne/GLP-Fraktion, dass hier nicht einzuzonen ist. Es gibt aber noch einen zweiten Grund, weshalb das Projekt so nicht gutgeheissen werden kann. Es ist die Erschliessung. Die Erschliessung soll durch den Mittelhubstobel-Schutzwald erfolgen. Es müssen 133 m² dauerhaft und noch weitere Flächen temporär gerodet werden. Das Entzweischneiden des Mittelhubstobelwaldes schwächt seine Schutzfunktion in Bezug auf Rutschungen und Erosion gegenüber den weiter unten liegenden Nutzungen. Die Rodung für Siedlungszwecke stellt eine grosse Hürde dar. Gerodet darf nur werden, wenn wichtige Gründe bestehen, die das Interesse an der Walderhaltung überwiegen. Die Dienststelle lawa hat zwar eine Rodungsbewilligung in Aussicht gestellt. Ob diese einer richterlichen Beurteilung standhalten würde, wagt die Grüne/GLP-Fraktion zu bezweifeln. Ein wichtiger Grund wäre beispielsweise, wenn es keine Alternative zur Erschliessung durch den Wald gibt. Dem ist aber nicht so. Das Roden einer Waldschneise mag vielleicht die billigste und am einfachsten zu realisierende Variante sein. Eine alternative Erschliessung über die steile und enge Waldheimstrasse ist durchaus eine Herausforderung, aber keine unlösbare. Die Grüne/GLP-Fraktion beantragt die Einsprachen 2.1, 2.2 und 2.3 sind, zumindest was die Erschliessung betrifft, gutzuheissen. Dazu folgt noch ein Antrag. Das Gebiet ist mit dem ÖV schlecht erreichbar. Nach der ARE Güteklasseneinteilung handelt es sich um eine mittelmässige Erschliessung C. Wegen seiner Lage an der 33 Grad steilen Sonnenberg-Südwand ist es auch für den Langsamverkehr ungeeignet. Hanglage, keine Bushaltestelle in Gehdistanz, keine direkte Busverbindung nach Luzern: Der Bebauungsplan liegt an einer klassischen Autoverkehrs-Lage. Dies führt zu einem weiteren Anstieg des Autoverkehrs im bereits stark mit Verkehr belasteten Zentrum, was den von der Stadt postulierten Einzonungsanforderungen ebenfalls widerspricht. Dies ist der Bauherrschaft sehr wohl bewusst. Sie macht in ihrer Scharmoffensive an die Fraktionschefs geltend, dass sie nur 66 Parkplätze beansprucht und zählt in einem umfassenden Katalog auf, was man sonst noch alles machen könnte, wie beispielsweise Carsharing, E-Roller-, E-Cargovelo, Steckdosen, Velopumpen etc. Es ist jedoch nirgends verbindlich festgelegt. Es ist nicht

auszuschliessen, dass das während der Projektrealisierung in Vergessenheit gelangt. Sind 1.5 Parkplätze pro Wohnung viel oder wenig? Die nicht aus grüner Feder stammende VSS-Norm «Parkieren» sieht pro Wohnung 1 Parkplatz vor, oder 1 Parkplatz pro 100 m² anrechenbare Geschossfläche. Es gibt 46 Wohneinheiten und dafür sind 66 Parkplätze nicht wenig, aber ist noch in dieser VSS-Norm drin. Für die Grüne/GLP-Fraktion sind die zusätzlichen über 200 Fahrten pro Tag durch das stark verkehrsbelastete Stadtzentrum zum heutigen Zeitpunkt und solange nicht mit der Umsetzung des GVVK begonnen wurde, zu viel. Das hohe Verkehrsaufkommen ist auch der Grund, warum sich die Bauherrschaft nicht in der Lage sieht, den Gebäudestandard nach dem «SIA-Effizienzpfad Energie für 2000-Watt-kompatibles Bauen» einzuhalten, wie es das Bau- und Zonenreglement vorsieht. Es werden Erleichterungen beantragt. Neben den rechtlichen und ökologischen Vorbehalten ist es aber auch aus staatspolitischer Sicht nicht legitim, kurz vor dem Volksentschied zur «Gemeindeinitiative Einzonungsmoratorium für 15 Jahre» noch schnell «Tatsachen zu schaffen». Schlussendlich war es die Besitzerfamilie, auf deren Begehren hin das Areal 2001 wieder aus der Bauzone entlassen wurde. Innerhalb von zwei Generationen brauchen die Alten den Boden auf, belasten das Wasser und bringen das Klima an den Rand des Absturzes und berauben so der jungen Generation ihre Lebens- und Entwicklungsgrundlagen. In den letzten 50 Jahren wurde gleich viel Land überbaut, wie in der ganzen Menschheitsgeschichte zuvor. Das geht den Krienserinnen und Kriensern viel zu schnell. Sie haben ihr Unbehagen in vielfältiger Weise im Rahmen der Unterschriftensammlung Kund getan. Vor 20 Jahren war die Grundeigentümerschaft nicht bereit, das Areal zu überbauen. Heute ist es Kriens nicht mehr. Die Grüne/GLP-Fraktion ist für Eintreten. Sie beantragt jedoch, die Einsprachen 2.1, 2.2, 2.3 sind, zumindest was die Erschliessung via dem Mittelhustobel-Schutzwald betrifft, gutzuheissen und lehnt in der Folge den Bebauungsplan, die Teilzonenplanänderung und den Erschliessungsrichtplan entgegen dem Antrag des Stadtrates ab.

Matthias Senn stellt fest, dass die Fraktionen ihre Haltung zur 1. Lesung behalten haben und die Meinungen unverändert sind. Er dankt für die mehrheitlich positive Zustimmung zum Bebauungsplan und der Teiländerung des Zonenplans. Das freut den Stadtrat. Der Sprechende geht nicht mehr erneut auf die einzelnen Argumente ein. Wichtig zu sagen ist, dass hier ein politischer Entscheid zur Genehmigung dieses Bebauungsplanes gefällt wird. Dies erfolgt auch aufgrund der Fachbeurteilung der Dienststelle lawa, welche hohe Hürden an den Nachweis der Erschliessung gestellt hat. Sie kam dann zum Schluss, dass es machbar ist und eine Rodung in Aussicht gestellt werden kann. Schlussendlich ist es auch die Dienststelle lawa, welche den Antrag an den Regierungsrat stellen wird. Bekanntlich erlässt heute der Einwohnerrat diese beiden Planungsverfahren und genehmigt wird es durch den Regierungsrat. Zuerst muss jedoch die Beschwerde- und Referendumszeit abgewartet werden. Der Stadtrat anerkennt die Bemühungen der Grundeigentümerschaft, dass sie nach der 1. Lesung ein Mobilitätskonzept in Auftrag gab. Dieses kam zum Schluss, dass die Parkplatzzahl auf 80 % des Normbedarfs reduziert werden kann.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Sonderbauvorschriften

Antrag SP zu Art. 11 Abs. 1

Cla Büchi beantragt im Namen der SP-Fraktion den Art. 11 Abs. 1 wie folgt zu ändern:

Das Parkplatzangebot für den motorisierten Individualverkehr (MIV) inkl. Besucherparkplätze beträgt im ~~Maximum 80 % Minimum 70 % und im Maximum 90 %~~ des Normbedarfs gemäss VSS-Norm 640 281. Die genaue Bemessung erfolgt im Baubewilligungsverfahren.

Der Projektentwickler hat in Zusammenarbeit mit den Verkehrs- und Mobilitätsplanern der Trafiko AG ein Umsetzungskonzept erarbeitet, das zum einen ein reduziertes Parkplatzangebot von neu Maximum 80% vorsieht und zum anderen genügend Alternativen zur Verfügung stellt, damit die künftigen Bewohnenden möglichst auf einen Zweitwagen verzichten können. Sie begrüsst und anerkennt die Bemühungen des Bauträgers und möchte mit dem Antrag die Reduktion der Anzahl Autoabstellplätze auf 80 % des Normbedarfs sicherstellen. Das Umsetzungskonzept mit den Kompensationsmassnahmen ist überzeugend, innovativ und hat Pioniercharakter. Die SP-Fraktion hofft, dass die Umsetzung der Massnahmen auch gelingt.

Laut Enrico Ercolani soll wieder einmal eine innovative Bauherrschaft eingeschränkt werden, indem man ihr vorschreiben möchte, wie wenig Parkplätze gebaut werden dürfen. Er möchte nicht auf Details eingehen, denn Beat Tanner hat bereits gesagt, für was man Parkplätze baut. Aber er möchte einen anderen Aspekt zeigen. Jeder Parkplatz der nicht erstellt wird, schädigt Arbeitsplätze. 10 Parkplätze sind ungefähr 150 Arbeitstage. Dafür gibt es Lohn mit welchem man Sozialleistungen, Versicherungen, Mieten und den täglichen Bedarf bezahlen kann. Es kann nicht sein, dass der Einwohnerrat vorschreibt, ob 10 Parkplätze mehr oder weniger gebaut werden. Manchmal kommt er sich vor wie in einer Diktatur. Der Bauherr soll dies doch selber bestimmen können. Es ist nämlich auch möglich, wenn zu wenig Parkplätze vorhanden sind, dass er eine Wohnung gar nicht verkaufen kann. Dieses Gebiet ist verkehrstechnisch nicht sehr optimal angeschlossen. Mit dem Antrag der SP-Fraktion könnte der Sprechende vielleicht noch leben, wenn sich die Überbauung im Dorfzentrum befinden würde, weil hier alles vorhanden ist. Das kann es einfach nicht sein. Enrico Ercolani bittet darum den Antrag abzulehnen und dies dem Bauherrn zu überlassen. Derjenige der zahlt, soll das machen können, was innerhalb dieser Norm liegt. Er kann freiwillig auch weniger erstellen. Wie gesagt bedeuten 10 Parkplätze 150 Tage Arbeit für Planer, Bauarbeiter, Stromer etc.

Laut Raoul Niederberger gehört die Grüne/GLP-Fraktion nicht zu den grössten Befürwortern für dieses Projekt, aber trotzdem unterstützt sie den Antrag, weil hier geht es darum einen Schritt in die richtige Richtung zu machen und das Projekt zu optimieren. Wenn Enrico Ercolani sagt, dass man mit Parkplatzbau Arbeitsplätze schafft, dann gilt dies auch wenn ein paar Veloparkplätze mehr erstellt werden oder auch mehr Velos verkauft werden. Die Gesetze schreiben ohnehin schon vor, wie viel Parkplätze man bauen darf. Völlig frei ist der Bauherr ohnehin nicht. Zuletzt möchte er anfügen, dass er in der Nähe dieser geplanten Siedlung aufgewachsen ist und zwar noch ein Stück weiter oben. Auch dort kommt man sehr gut ohne Auto aus, denn es hatte immer freie Parkplätze in der Garage. Diese Wohnungen wurden auch alle problemlos verkauft. Das sind auch nicht die schlechtesten Steuerzahler in der Stadt Kriens. Darum bittet er diesen Antrag zu unterstützen.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag SP (max. 80 %)

Mit 17:10 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht, Michèle	StR: gemäss Antrag
Bienz, Viktor	StR: gemäss Antrag
Binggeli, Michèle	StR: gemäss Antrag
Büchi, Cla	SP: max. 80 %
Burkhardt-Künzler, Anita	StR: gemäss Antrag
Camenisch, Räto	StR: gemäss Antrag
Ercolani, Enrico	StR: gemäss Antrag
Fluder, Hans	StR: gemäss Antrag
Gisler, Kurt	StR: gemäss Antrag
Gomer-Beacco, Bettina	SP: max. 80 %
Hunziker, Manuel	SP: max. 80 %
Kobi, Tomas	SP: max. 80 %
Koch, Patrick	StR: gemäss Antrag
Niederberger, Raoul	SP: max. 80 %

Nyfeler, Nicole	SP: max. 80 %
Portmann, Michael	SP: max. 80 %
Portmann, Peter	StR: gemäss Antrag
Purtschert, Bruno	StR: gemäss Antrag
Rösch, Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz, Erwin	StR: gemäss Antrag
Spörri, Raphael	SP: max. 80 %
Stofer, Peter	SP: max. 80 %
Tanner, Beat	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin, Erich	SP: max. 80 %
Vonesch, Andreas	StR: gemäss Antrag
Wendelspiess, Ursula	StR: gemäss Antrag
Zellweger, Martin	StR: gemäss Antrag

Antrag Grüne/GLP zu Beschlusstext

Peter Stofer beantragt im Namen der Grüne/GLP-Fraktion den Beschlusstext wie folgt zu ändern:

2. *Folgende Einsprachen sind teilweise gutzuheissen:*

- 2.1 *Einsprache der Erbgemeinschaft Rolf Helfenberger sel. sowie Yves Wymann und Sabine Brühlhart Wymann, vertreten durch Rechtsanwalt und Notar Peter Möri*
- 2.2 *Einsprache von Robert Brun, Muriel Tinner, Beat Spinatsch, Paul Bättig und Ursula Bättig, vertreten durch Rechtsanwalt und Notar Tobias Bättig*
- 2.3 *Einsprache von Nicole-Regli-Freivogel, Simon Regli, Adrian Lindenmann, konzeptform gmbh, Maria Meier-Gassmann und Björn Futterer*

Abstimmung Antrag Stadtrat (Ablehnung), gegenüber Antrag Grüne/GLP (teilweise Gutheissung)

Mit 21:6 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht, Michèle	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Bienz, Viktor	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Binggeli, Michèle	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Büchi, Cla	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Burkhardt-Künzler, Anita	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Camenisch, Rätö	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Ercolani, Enrico	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Fluder, Hans	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Gisler, Kurt	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Gomer-Beacco, Bettina	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Hunziker, Manuel	Grüne; Gutheissung/Ablehnung
Kobi, Tomas	Grüne; Gutheissung/Ablehnung
Koch, Patrick	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Niederberger, Raoul	Grüne; Gutheissung/Ablehnung
Nyfeler, Nicole	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Portmann, Michael	Grüne; Gutheissung/Ablehnung
Portmann, Peter	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Purtschert, Bruno	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Rösch, Daniel	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Schwarz, Erwin	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Spörri, Raphael	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Stofer, Peter	Grüne; Gutheissung/Ablehnung
Tanner, Beat	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Tschümperlin, Erich	Grüne; Gutheissung/Ablehnung
Vonesch, Andreas	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Wendelspiess, Ursula	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung
Zellweger, Martin	Stadtrat; Abweisung /Genehmigung

Roger Erni liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Der Bebauungsplan Weinhalde sowie das Bau- und Zonenreglement mit den dazugehörigen Teilzonenplänen werden genehmigt.*
2. *Folgende Einsprachen werden abgewiesen:*
 - 2.1 *Einsprache der Erbegemeinschaft Rolf Helfenberger sel. sowie Yves Wymann und Sabine Brühlhart Wymann, vertreten durch Rechtsanwalt und Notar Peter Möri*
 - 2.2 *Einsprache von Robert Brun, Muriel Tinner, Beat Spinatsch, Paul Bättig und Ursula Bättig, vertreten durch Rechtsanwalt und Notar Tobias Bättig*
 - 2.3 *Einsprache von Nicole-Regli-Freivogel, Simon Regli, Adrian Lindenmann, konzeptform gmbh, Maria Meier-Gassmann und Björn Futterer*
3. *Der Bebauungsplan sowie das Bau- und Zonenreglement mit den dazugehörigen Teilzonenplänen sind dem Regierungsrat des Kantons Luzern zur Genehmigung zu unterbreiten.*
4. *Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.*
5. *Der Stadtrat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen und den Entscheid des Einwohnerrates Kriens über die nicht gütlich erledigten Einsprachen mitzuteilen.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 240/19:

Der Beschlussestext wird mit 20:6 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	nein
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	Enthaltung

Roger Erni begrüsst die Anwesenden zum. 2. Teil dieses Tages. Rund 200 eindeutig identifizierbare Besucher schauen lange, bis zu einer Stunde, dem heutigen Live Stream zu. Zwischen 11:00 – 12:00

Uhr waren es ca. 130 Zuschauer. Zum Start in den Nachmittag kommt er zu einem weiteren Wasserkraftwerk. Im Engadin sind nun während dem aktuellen Lockdown noch ca. 7 von 300 Hotels geöffnet. Schon seit 50 Jahren gibt es dort ein überragendes Projekt. Es gibt fast keinen Höhenunterschied. Wieso ist das Pradella das mit Abstand grösste Laufkraftwerk in der Schweiz? 40 km weiter oben in S-chanf befindet sich die Wasserfassung des Inns auf 1'300m Höhe. Von dort fliesst das Wasser durch einen 40 km Stollen auf die Turbinen von Pradella nach unten. Pradella gehört zu Scuol. Die Thermenanlage, die vielen Skigebiete und tiefen Steuern sind den Wasserzinsen geschuldet. Weiter hat er den Lago di Livigno aufgeführt. Das Wasser läuft eigentlich in den Inn. Aufgrund eines Staatsvertrages hat Italien das Recht Millionen von Liter Wasser pro Jahr oberhalb des Lago di Livigno durch einen Freispiegelstollen auf die Seite der Adria abzuleiten. In den 50er Jahren hat die Schweiz die Zustimmung erhalten auf italienischem Boden das Wasser stauen zu dürfen und in den Schweizer Kraftwerken in Pradella, Martina und Ova Spin zu nutzen.

6. Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative «Einzonung zu Gunstem neuem Ökihof mit Forsthof» Nr. 271/20

Gemäss Viktor Bienz war in der KBVU das Eintreten unbestritten. Grundsätzlich gibt es zwei Entscheide zu treffen. Ist die Initiative gültig? Will man die Initiative überweisen oder nicht? Fakt ist, dass es noch nicht entschieden ist, ob die Einzonung rechtlich machbar ist. Besonders die Standortgebundenheit ist umstritten. Absolute Klarheit gibt es erst in einem Ortsplanungsverfahren. Während die einen Kommissionsmitglieder die Initiative unterstützen, meinen andere, dass das ganze Prozedere sinnlos ist, wenn der Kanton die Umzonung nicht in Aussicht stellen kann. Nach der Detailberatung wurde der Beschlusstext mit 4:3 Stimmen abgelehnt.

Viktor Bienz meint, dass die CVP/JCVP-Fraktion diesen B+A kontrovers diskutiert hat. Sie ist klar der Meinung, dass bei dieser Frage in naher Zukunft eine Lösung erarbeitet werden muss. Auf der einen Seite ist der Vorschlag ein idealer Standort. Eine Waldrodung ist nicht ausgeschlossen in Anbetracht, dass die Waldfläche im Kanton und auch in der Schweiz dauernd am Wachsen ist. Es ist weiterhin keine Alternative in Aussicht. Verkehrstechnisch ist es machbar, aber man muss dafür kämpfen. Auf der anderen Seite ist man der Meinung, dass eine Waldrodung nicht in Aussicht gestellt wird. Man möchte einen Umbau am jetzigen Standort bevorzugen. Es wäre sonst nur eine Verlagerung des Verkehrsproblems nach Kriens. Die CVP/JCVP-Fraktion ist zu diesem B+A geteilter Meinung, daher wurde Stimmfreigabe beschlossen.

Laut Patrick Koch, SVP-Fraktion, gibt es vor allem zwei Kennzahlen in Bezug auf die Schweiz, die stetig wachsen. Einerseits die Bevölkerung dank der ungebremsten Zuwanderung und andererseits die Waldfläche. Die SVP-Fraktion hat sich intensiv mit der Materie auseinandergesetzt und der Sprechende hat vor Ort einen Augenschein genommen. Die Situation am bestehenden Ökihof-Standort ist aus platz- und verkehrstechnischen Gründen seit längerem nicht mehr zufriedenstellend. Seit Jahren suchen die involvierten Amtsstellen nach einem alternativen Standort. REAL prüfte insgesamt 24 Standorte. Es ist ein absolutes Armutszeugnis, dass insbesondere die drei betroffenen Gemeindeweisen sich nicht für einen gemeinsamen Standort durchringen konnten. Wenn man im B+A liest, dass es an der Zusammenarbeit der drei Kommunen Horw, Kriens und Luzern mangelte, stehen einem ja die Haare zu Berge. Zweckverbände wurden gerade auch deshalb geschaffen, um schneller ans gemeinsame Ziel zu kommen und gesamtheitliche, gemeindeübergreifende und nachhaltige Lösungen zu schaffen. Die involvierten Stellen haben total versagt. Gerade eine Zusammenarbeit zwischen der Stadt Kriens und Horw scheint nicht möglich zu sein. Seit Jahren wird gegeneinander anstatt miteinander gearbeitet. Patrick Koch hofft, dass der neue Krienser Stadtrat dieses Problem erkennt und einen besseren Austausch mit Horw pflegt. Somit wartet man immer noch auf einen neuen Ökihof. Die Politik

muss also aktiv werden. Es ist der FDP hoch anzurechnen, dass sie sich für eine Lösung in dieser verzwickten Situation einsetzt. Die SVP-Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass die Gemeindeinitiative mit dem vorgeschlagenen Standort trotz den rechtlichen Unsicherheiten die angestrebte Lösung für die leidgeplagten Güselentsorger bringen kann. Man will schliesslich die Entsorgung fördern und nicht behindern. Der vorgeschlagene Standort Grüt ist verkehrstechnisch bestens erschlossen. Das Siedlungsgebiet ist nicht von Mehrverkehr betroffen. Auch ist es möglich genügend Parkplätze zu erstellen. Die Entsorgung erfolgt ja schliesslich nicht mit dem ÖV oder dem Fahrrad. Das betroffene Waldstück ist ein junger Laubwald. Der Grüngürtel entlang des Steinibaches ist ökologisch zweifelslos sehr wertvoll. Er erfreut sich einer grossen Artenvielfalt. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass dieser Bereich – wie auch von den Initianten vorgeschlagen – unbedingt erhalten werden soll. Diese Vernetzungsachse liegt übrigens auf Horwer Gemeindegebiet. Als Ersatz für die Teilrodung schlagen die Initianten vor, in der nahen Umgebung eine doppelt so grosse Fläche zur Neubewaldung anzubieten. Dies ist wohl eher ein Wunschtraum. Denn hätte es in der Nähe ein so grosses Stück freies Land, könnte ja der Ökihof gleich darauf errichtet werden. Aufgrund der zunehmenden Waldfläche in der Schweiz findet die SVP-Fraktion dies den falschen Ansatz. Ökologische Aufwertungen des bestehenden Krienser Waldes und die Schaffung von zusätzlichen Dornenhecken auf dem Gemeindegebiet wäre für die Biodiversität unter dem Strich ein Gewinn. Erst mit dem Ortsplanungsverfahren kann rechtsverbindlich festgestellt werden, ob es trotzdem eine Möglichkeit für eine Einzonung gibt. Es wäre sehr schade, wenn eine gute Idee nur wegen eines starren Rodungsgesetzes nicht umgesetzt werden kann. Dieses Gesetz hinkt der Zeit hinterher. Ökologische Aufwertungen müssen das Ziel sein. Weniger Wald kann gerade für bedrohte Tiere auch mehr Wald bedeuten. Die SVP-Fraktion ist für Gültigkeit der Initiative und für das Anliegen der Initianten.

Beat Tanner meint, dass die FDP mit der Unterschriftensammlung zu einem neuen Ökihof im Grütwäldli zur besten Lösung für die Bevölkerung von Horw, Kriens und Luzern beitragen will. Diese Initiative beantragt eine Änderung des Bau- und Zonenreglements für das Grundstück Nr. 1294, Grundbuch Kriens. Dieses soll in die Arbeitszone A eingezont werden. Die im Zonenplan als Kompensation vorgesehene Ersatzaufforstung in der nahen Umgebung, soll mindestens die doppelte Fläche der zu rodenden Waldfläche von Grundstück Nr. 1294 GB Kriens betragen. Auch die Horwer favorisieren das Grütwäldli. Der Sprechende selbst ging auf Unterschriftensammlung und er hat es bisher noch nie erlebt, dass wirklich fast jeder unterschrieben hat. Dieses Problem brennt der Bevölkerung unter den Nägeln. Die Stadt Kriens versuchte in den letzten Jahren konstruktiv zu sein, in dem der Standort Grosshof neben dem Gefängnis und Asylzentrum ins Spiel gebracht wurde. Die Anfrage beim Kanton als Grundeigentümer wurde mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Anders sieht die Rolle von REAL beim Ökihof aus. REAL ist sehr bemüht, eine Alternative zu suchen und zu finden. Und hier beginnt die Kritik an der Gemeinde Horw. Von den alternativen Standorten in der engeren Auswahl ist kein einziger Standort auf Gemeindegebiet von Horw. Das Verhalten von Horw ist nicht konstruktiv. Der Standort der alten Ziegelei an der Technikumstrasse sei für Besseres vorgesehen. Das führte auch dazu, dass die Stadt Luzern den Standort Eichwaldstrasse aus ähnlichen Gründen ablehnte. Auf Gebiet der Stadt Luzern (rechtes Ufer) gibt es nur einen Ökihof im Gebiet Ibach. Auf der linken Reussuferseite entsorgen auch viele Stadtluzerner ihren Abfall im Ökihof Horw/Kriens. Fazit: Niemand will Land für einen neuen Ökihof zur Verfügung stellen, da diese zu keinem Steuerertrag führt. Sämtliche möglichen Standorte sind gescheitert, so bleiben auf Krienser Gemeindegebiet nur noch die des Grütwäldli neben dem Pilatusmarkt. Die FDP-Fraktion ist sich sehr bewusst, dass es sich hier um eine ganz schwierige Umsetzung und begrenzter Realisierungschance handelt, da das lawa bereits Stellung bezogen hat. Hier geht es um die Einzonung von Wald in die Bauzone. Das braucht die Zustimmung von lawa, rawi, des Stadtrates, des BUWD, Einwohnerrat, und allenfalls der Stimmbevölkerung, des Regierungsrates und unter Umständen Kantonsgericht und Bundesgericht. Das Vorhaben hätte noch weitere Vorteile:

1. Der Standort ist mit den bestehenden Zu- und Wegfahrten zum Pilatusmarkt ideal erschlossen, ohne dass die Verkehrsinfrastruktur gross ausgebaut werden muss. Er liegt neben der Autobahn Ein- und Ausfahrt und verursacht keinen zusätzlichen Verkehr ins Siedlungsgebiet.
2. Die zu rodende Fläche würde an einer anderen Stelle mit der doppelten Fläche wieder aufgeforstet.

-
3. Die FDP-Fraktion unterstützt den Schutz des Waldes sehr. Die Waldfläche der Schweiz nimmt jedoch durch die fehlende Bewirtschaftung jährlich zu. Es sollte doch mit einer Ausnahmeregelung möglich sein, eine Fläche zwischen Autobahn und Einkaufszentrum zu roden, wenn das doppelte wieder aufgeforstet wird und man so weniger Verkehr generiert.
 4. Der neue Ökihof könnte grosszügiger und sicherer gebaut werden, sodass noch mehr Personen ihren Abfall korrekt entsorgen und einen Beitrag an die Umwelt leisten.

Das eine Rodung mit den heutigen gesetzlichen Vorschriften geht, zeigt das Beispiel aus Muntelier. Die neue Kläranlage braucht mehr Land als gedacht und kann nicht vollständig in der Bauzone realisiert werden. Folglich braucht es eine Anpassung der Zonengrenze. Weil sich dort heute Wald befindet und wegen den vorgeschriebenen Abständen vom Gebäude zum Wald muss 1'848 Quadratmeter Wald definitiv gerodet werden. Dabei handelt es sich um Wald im Naturschutzgebiet. Offenbar handeln und beurteilen andere Kantone die Sachlage anders. Dies zeigt aber auch, dass eine Chance auf eine Ausnahmegewilligung in Takt ist. Man muss aber nicht einmal in einem anderen Kanton schauen. Beim Bau des neuen Kinderspitals in Luzern müssen sage und schreibe 40 Bäume gefällt werden. Die Hälfte davon betrifft grössere Bäume, für die Ersatzpflicht gilt. Diese müssen also andernorts ersetzt werden. Dies konnte man auch in der NLZ lesen. Also sind auch im Kanton Luzern solche Lösungen möglich, wenn diese im Gesamtinteresse der Bevölkerung stehen. Es ist der FDP-Fraktion klar, dass die Chance einer Umsetzung klein sind. Deshalb appelliert sie an den Einwohnerrat dem Begehren der Initiative zuzustimmen. Lehnt der Einwohnerrat diese Initiative wie vom Stadtrat vorgeschlagen ab, muss eine Volksabstimmung mit Kosten von zirka Fr. 50'000.00 durchgeführt werden, was kaum Sinn macht. Bei der Unterschriftensammlung hatte die FDP eine sehr grosse Sympathie für das Anliegen über die Parteigrenzen hinaus. Man geht deshalb davon aus, dass die Bevölkerung der Initiative zustimmen würde. Die FDP-Fraktion bittet der Initiative zuzustimmen und einen Befreiungsschlag für einen neuen Ökihof zu versuchen. Der Sprechende stellt noch den Antrag, dass der Beschlusstext angepasst wird. Das Begehren der Initiative soll angenommen werden.

Gemäss Cla Büchi, SP-Fraktion, ist es eine verzwickte Sache. Einerseits kann man durchaus der Meinung sein, dass der Standort Grütwäldli ein guter und der Verlust eines Stückes Wald zu verkraften ist, insbesondere da das Stück Wald an einem anderen Ort mit der doppelten Fläche wieder aufgeforstet werden soll. Andererseits ist das Argument von der naturräumlichen Vernetzung ebenso nachvollziehbar und wichtig. Der Sprechende hat bereits heute bei der Teilzonenplanrevision auf die Wichtigkeit vom Schutz von Naturräumen hingewiesen. Auch die Standortgebundenheit ist nicht gegeben und nur, weil Horw, Kriens und Luzern nicht fähig sind, eine gemeinsame Lösung auf einem der vielen Areale in LuzernSüd zu finden, versucht man jetzt auf Kosten der Natur auf eine Waldparzelle auszuweichen. Und ein weiteres wichtiges Argument gegen den Standort Grütwäldli ist die geringe Aussicht auf eine Bewilligung von Kanton und Bund zur Umzonung. Darum kann man sich fragen, wie viel Sinn es macht, den ganzen Aufwand für eine Umzonung auf sich zu nehmen, wenn die Aussicht auf Erfolg so klein ist. Die SP-Fraktion findet es auch problematisch, die Bevölkerung über etwas abstimmen zu lassen, das eigentlich gar nicht bewilligungsfähig ist. Die drei Gemeinden betonen immer wieder, wie gut und wichtig die Zusammenarbeit ist. Folglich muss es doch möglich sein, gemeinsam eine Lösung in der Bauzone zu finden. Die SP-Fraktion ist für Eintreten, lehnt aber das Begehren der Initiative ab.

Peter Stofer, Grüne/GLP-Fraktion meint: *«Jahrelang 24 Standorte evaluiert, dabei viel Kosten generiert, schlussendlich eine Lösung präsentiert, die einen Wald abrasiert»*. Das ist die Kurzzusammenfassung dieser Initiative aus Sicht der Grüne/GLP-Fraktion. Er geht trotzdem nun noch etwas vertiefter darauf ein. Es wurde mehrmals gesagt, dass der Wald wächst und es daher absolut verkraftbar ist diesen Wald abzuräumen. Er möchte aber schon darauf hinweisen, dass der Wald nicht im Siedlungsraum wächst, wo er eigentlich nötig ist, sondern in mittleren und höheren Lagen, wo in der Regel niemand wohnt. So ist der ökologische Nutzen nicht derselbe, wie im Siedlungsraum. Es ist schon fast symptomatisch: Heute wird schon die dritte Vorlage behandelt, in der es um Um- und Einzonungen geht. Der Stadtrat sagt immer, dass möglichst nichts mehr eingezont wird. Jetzt sieht man aber, dass

trotz der 42 ha grossen freien Bauzonenfläche der Druck auf die Einzonung erhalten bleibt. Die Gemeindeinitiative der FDP zeigt vor allem eines: wie klein doch der Handlungsspielraum der Stadt Kriens ist, wie arm man an Optionen und letztlich an guten Ideen ist. So arm, dass sogar das Umhacken von Wald für einen Ökihof in Betracht gezogen wird. Dabei weiss doch jedes Schulkind, dass der Wald geschützt und roden verboten ist. Die Standortgebundenheit ist nicht gegeben. Der Grütwald stellt zusammen mit dem Steinibach eine wichtige Vernetzungsachse für Wildtiere zwischen Pilatus und dem Vierwaldstättersee dar. Diese ökologische Funktion wäre durch den Bau des Ökihofs in Frage gestellt. Die Rodung würde zu einer erheblichen Gefährdung der Umwelt führen. Der Stadtrat und die Fachleute von lawa und rawi sind sich einig. Eine Ausnahmegewilligung kann vorliegend nicht in Aussicht gestellt werden. Unter dieser Voraussetzung stellt sich die Frage, ob der Stadtrat die Initiative nicht hätte als ungültig erklären müssen. Sollte die Initiative im Rat oder vor dem Volk angenommen werden, müsste im nachgelagerten Ortsplanungsverfahren rechtsverbindlich festgestellt werden, ob die Voraussetzungen für die Rodung und die Einzonung gegeben sind. Es ist aber heute schon absehbar, dass die Chance oder je nach Standpunkt das Risiko gering ist, dass die Rodung als umweltrechtskonform beurteilt würde. Mit diesem Vorgehen werden die Stimmbürger, welche in gutem Glauben sind sie hätten hier die Wahl und der Einzonung zustimmen, dupiert. Und der Kanton müsste das Vorhaben im Nachhinein für ungültig erklären. Jahre lang hat es die Stadt versucht und ist jedes Mal gescheitert einen neuen Ort zu finden. Einmal ist die Stadt Luzern dagegen, dann der Kanton und zwischendurch stellt sich immer wieder Horw quer. Man muss aber auch mit einer gewissen Selbstkritik festhalten, dass Kriens auch nicht ganz unschuldig ist. Mit der Planungszone auf dem Areal LuzernSüd der Stadt Luzern hat man es verhindert, allenfalls dort eine solche Entsorgungsstelle zu realisieren. Und auf dem Höhepunkt der «Entsorgungsnot» kommt REAL mit seiner Fr. 5.00 Lenkungsabgabe und zeigt allen ein zweiter Ökihof ist, zumindest vorläufig, gar nicht nötig. Seit Einführung dieser Lenkungsabgabe hat sich der Besucherstrom am Samstag im Ökihof Kriens/Horw drastisch, um gut die Hälfte reduziert. Mit dieser missratenen Initiative und dem Vorgehensvorschlag des Stadtrates generiert man letztlich nur Verlierer und Kosten. Die Grüne/GLP-Fraktion wird Eintreten, aber die Initiative aus den oben genannten Gründen ablehnen.

Erwin Schwarz muss ein Argument von Peter Stofer widerlegen. Er arbeitet nun auch im Homeoffice und das gibt einem die Möglichkeit, dass man einmal während dem Arbeiten den Ökihof aufsuchen kann. In den letzten sechs Wochen war er drei Mal im Ökihof, nämlich an einem Dienstag, Mittwoch und Donnerstag Vor- oder Nachmittag. Er musste jedes Mal bis über den Pilatusmarkt-Kreisel hinaus anstehen. Das Argument zu bringen, dass es sich nun selbst geregelt hat und es keinen zusätzlichen Ökihof braucht, ist falsch. Man steht nun einfach unter der Woche an. Es braucht also einen neuen Ökihof. Deshalb bittet der Sprechende diesem Anliegen zuzustimmen.

Erich Tschümperlin kommt noch kurz zum Argument von Erwin Schwarz. Wie es so in der Corona-Zeit nun üblich ist, kann man im Moment auch in die Migros gehen und muss draussen anstehen. Auch im Ökihof müssen die Abstände eingehalten werden, was zu Schlangen führt. Dass jetzt die Krise gross ist oder man den Ökihof Corona-conform ausbauen will, ist das Geld nicht richtig eingesetzt. Da hat nun etwas für seine Argumentation in die Hände gespielt, was sich nach der Corona-Zeit wieder auflösen sollte. Die neusten Zahlen des Ökihofs vor der Corona-Zeit zeigten, dass der Ansturm viel besser bewältigt werden kann. Den Sprechenden stört einfach das rechtliche Vorgehen. Man sagt, dass es beim Kanton vielleicht nicht durchkommt oder vielleicht auch schon, weil es an anderen Orten auch schon gemacht wurde. Dass man eine Kläranlage nicht einfach irgendwo hinstellen kann, ist Erich Tschümperlin schon klar, denn diese braucht ein gewisses Mass an Platz. Der Ökihof ist schlichtweg nicht standortgebunden. In Kriens gibt es 40 ha unüberbautes Land, man findet nichts und muss deshalb den Wald abholzen. Das ist nicht kreativ und entspricht auch nicht dem, was die letzten Wahlen zeigten. Man müsste auf die Ökologie und gewachsene Ökologie mehr Rücksicht nehmen. So kann es nicht gehen. Deshalb wird es die Grüne/GLP-Fraktion auch nicht unterstützen. Wenn man Kosten sparen möchte, sollte man nicht eine Abstimmung durchführen und den Kanton und das Gericht beurteilen lassen, ob es rechtens ist. Wenn man dann den Bürgern mitteilen muss, dass der «böse» Kanton es

verboten hat, ist das nicht korrekt, denn es wurden Gesetze missachtet. Es sollte vorher abgeklärt und etwas vorgelegt werden, was auch rechtlich verhält. Der Sprechende glaubt, dass dies nicht der Fall ist. Die Chancen sind minim und deshalb ist dieses Vorgehen nicht sauber.

Martin Zellweger kommt auch auf eine Aussage von Peter Stofer zurück. Fr. 5.00 motivieren die Leute wie auch den Sprechenden dazu etwas mehr in den normalen Container zu werfen, als in den Ökihof zu fahren. Das ist nicht gut, aber ist leider Realität. Weiter verträgt sich die Initiative mit dem Einzugsstopp, weil eine öffentliche Nutzung ausgeschlossen ist. Hier gibt es also keinen Widerspruch. Wenn das Grütwäldli tatsächlich für den Wildwechsel gebraucht wird, sind es wahrscheinlich die Tiere, welche ins Restaurant Eule etwas trinken gehen, bevor sie zum See wollen.

Matthias Senn denkt, dass die Frage der Standortgebundenheit ein typisches Beispiel dafür ist, dass das Recht nicht immer schwarz oder weiss ist, sondern man verschiedene Auslegungen machen muss. Diese Diskussionen gab es im Einwohnerrat schon mehrmals. Die Grüne/GLP-Fraktion sagt, dass die Initiative nicht einmal für gültig erklärt werden darf, weil diese ihrer Meinung nach nicht rechtens ist. Gerade die Frage der Standortgebundenheit muss fachlich, politisch und allenfalls auch gerichtlich beurteilt werden. Es ist durchaus möglich, dass nicht alle Instanzen zum gleichen Schluss kommen. Das ist auch nicht die erste Rodung, welche heute besprochen wird. Bei einer Rodung müssen einfach zwei Punkte erfüllt sein und das sind das öffentliche Interesse und die Standortgebundenheit. Der Stadtrat ist klar der Meinung, da die Standortgebundenheit erst in einem Ortsplanungsverfahren abschliessend geregelt werden kann, ist es auch richtig, dass diese Initiative gültig ist. Die Initiative leitet erst das Verfahren ein und entscheidet noch nicht darüber. Trotz allem stützt der Stadtrat die Haltung des lawa, welche sagt, dass solange es alternative Standorte gibt, ist die Standortgebundenheit nicht gegeben. Das hat nichts mit den 40 ha unüberbautem Bauland zu tun, denn es muss in einer Arbeitszone sein und sich von der Erschliessung eignen. Es wurden ja andere Standorte geprüft und es kommen durchaus auch andere in Frage. Darum schliesst sich der Stadtrat der Aussage an, dass hier die Standortgebundenheit trotzdem nicht gegeben ist und empfiehlt deshalb die Ablehnung der Initiative. Es gibt aber auch ökologische Aspekte. Klar wurde schon diskutiert, wie ökologisch wertvoll dieses Wäldli ist. Eine Waldzone im Siedlungsgebiet ist für die Biodiversität natürlich wertvoller, als dass ein bestehender Wald aufgeforstet wird. Das ist für den Stadtrat auch ein wichtiger Punkt. Der heutige Betrieb wurde angesprochen. Es ist tatsächlich so, dass die Fr. 5.00, welche samstags bezahlt werden müssen, zu einer Reduktion der Frequenz um 2/3 geführt hat. Das liest man im Jahresbericht von REAL. Das Problem vom Samstagmorgen scheint nun gelöst zu sein. Ob es auch während der Woche gelöst ist, bezweifelt der Sprechende fast. Mit der Corona-geschuldeten Mehrzeit haben die Leute auch sehr viel aufgeräumt und deshalb hat der Ökihof während der Corona-Zeit sehr hohe Frequenzen. Das muss man beobachten, wenn dann wieder normale Verhältnisse herrschen. Dann kann der Wochentag mit dem Samstag verglichen werden. Nächste Woche findet eine Videokonferenz der Arbeitsgruppe Ökihof statt, worin verschiedene Gemeinden beteiligt sind. Die Situation wird neu analysiert und das weitere Vorgehen besprochen. Der Stadtrat ist klar der Meinung, dass der heutige Standort gut ist. Es gab auch ein Projekt über den Ausbau. Das Problem war die Verkehrserschliessung. Vielleicht besteht durchaus die Chance, dass es dort gelöst werden kann.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Antrag SVP/FDP zu Beschlusstext

Beat Tanner stellt den Antrag die Ziffer 2 des Beschlusstextes wie folgt zu ändern:

2. Das Begehren der Initiative wird angenommen.

Abstimmung Antrag Stadtrat (Ablehnung), gegenüber Antrag SVP/FDP (Annahme)Mit 14:13 Stimmen wird der Antrag der SVP/FDP angenommen.

Albrecht, Michèle	StR; Ablehnung
Bienz, Viktor	StR; Ablehnung
Binggeli, Michèle	SVP, FDP; Zustimmung
Büchi, Cla	StR; Ablehnung
Burkhardt-Künzler, Anita	SVP, FDP; Zustimmung
Camenisch, Räto	SVP, FDP; Zustimmung
Ercolani, Enrico	SVP, FDP; Zustimmung
Fluder, Hans	SVP, FDP; Zustimmung
Gisler, Kurt	SVP, FDP; Zustimmung
Gomer-Beacco, Bettina	StR; Ablehnung
Hunziker, Manuel	StR; Ablehnung
Kobi, Tomas	StR; Ablehnung
Koch, Patrick	SVP, FDP; Zustimmung
Niederberger, Raoul	StR; Ablehnung
Nyfeler, Nicole	StR; Ablehnung
Portmann, Michael	StR; Ablehnung
Portmann, Peter	SVP, FDP; Zustimmung
Purtschert, Bruno	SVP, FDP; Zustimmung
Rösch, Daniel	SVP, FDP; Zustimmung
Schwarz, Erwin	SVP, FDP; Zustimmung
Spörri, Raphael	StR; Ablehnung
Stofer, Peter	StR; Ablehnung
Tanner, Beat	SVP, FDP; Zustimmung
Tschümperlin, Erich	StR; Ablehnung
Vonesch, Andreas	StR; Ablehnung
Wendelspiess, Ursula	SVP, FDP; Zustimmung
Zellweger, Martin	SVP, FDP; Zustimmung

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. Die Gemeindeinitiative „Einzonung zu Gunsten neuem Ökihof mit Forsthof“ ist gültig.
2. Das Begehren der Initiative wird angenommen.
3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 271/20:Der Beschlussestext wird mit 16:9 Stimmen bei zwei Enthaltungen genehmigt.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Portmann, Peter	ja

Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	Enthaltung
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	Enthaltung
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

7. Planungsbericht: Sozialräumliche Entwicklung LuzernSüd – Stadtgebiet Kriens

Nr. 281/20

Die KFG hat laut Martin Zellweger den Planungsbericht in der Februarsitzung behandelt. Der Stadtpräsident hat als verantwortlicher Stadtrat für die Gemeindeentwicklung den Bericht vorgestellt und Fragen beantwortet. Im Grundsatz wird der Bericht als sehr umfassend, ausführlich aber auch sehr kritisch, akademisch und theoretisch wahrgenommen. Das Vorhandensein einer gesamtheitlichen Sicht wird generell positiv aber auch kritisch gewertet. Es handelt sich hier um eine langfristige Betrachtung der Entwicklung von 5 Handlungsräumen im Raum LuzernSüd Stadt Kriens. Sie bezieht sich auf einen Horizont der Arealentwicklungen von bis zu 15 oder mehr Jahren. Der Bericht ist allerdings nicht als verbindlich zu werten. Konkrete Massnahmen müssten im Bau- und Zonenreglement Eingang finden, um verbindlich zu sein. Es ist also im Wesentlichen in Zukunft die Aufgabe der Stadt die hier entworfenen Handlungsansätze in geeigneter Form und zum richtigen Zeitpunkt bei den richtigen Partnern einzubringen. Um dies auch geordnet und geplant anzugehen ist ebenso ein solcher Planungsbericht als Leitinstrument wichtig und angebracht. Zu Diskussionen geführt hat in der Kommission ein weiteres Mal die Bezeichnung LuzernSüd. Zum einen scheint die Bezeichnung „Luzern“ nicht wiederzugeben was mit dem Konzept abgedeckt wird, nämlich 5 Handlungsräume resp. Quartiere in Kriens. Zum anderen, wenn man schon im grossen Rahmen LuzernSüd als Entwicklungsraum betrachtet, dann müssten ja auch die Potentiale der angrenzenden Gebiete mitberücksichtigt werden. Beispielsweise das Gebiet der Allmend in unmittelbarer Nähe der betrachteten Handlungsräume. Der Sprechende verzichtet an dieser Stelle aber auf die Wiedergabe weiterer Diskussionsthemen aus der KFG, da diese von den einzelnen Fraktionen in deren Eintretensvoten oder in der entsprechenden Detaildiskussion genannt werden können. Ein Antrag der SP den Bericht als positiv zur Kenntnis zu nehmen wurde mit 6:3 Stimmen abgelehnt. Mit einem Verhältnis von 7:2 stimmen die Mitglieder dem Antrag zur „einfachen“ Kenntnisnahme zu.

Laut Viktor Bienz, Präsident KBVU, wurde in der Vergangenheit immer argumentiert, dass die Sozialräume bei der Planung von LuzernSüd vergessen gingen. Man legte aber Bau-, Verkehrs- und Grünräume fest. Im vorliegenden Papier möchte man das Leben innerhalb dieser Räume regeln. Der Bericht ist sehr theoretisch und nun geht es darum, dass die Ansätze darin mit praktischem Inhalt gefüllt werden. Ansonsten bleibt es ein Wunschkatalog. Grundsätzlich wird er als sehr wichtiger und guter Bericht wahrgenommen und wird den Investoren helfen. In der KBVU ist man einstimmig für Eintreten auf diesen Planungsbericht. Auf die Frage, was der Stadtrat mit diesem Papier gedenkt zu machen, wurde geantwortet, dass die Umsetzung nicht bestritten ist. Der Beschlusstext wird in der KBVU einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt gemäss Kurt Gisler diesen sehr theoretischen Bericht und Antrag zur Kenntnis. Sie ist überrascht vom Umfang dieses Berichtes und fragt sich, ob die angrenzenden Gemeinden wie Stadt Luzern und Horw auch so fundierte Berichte zu diesem Thema und zu diesem Sied-

lungsgebiet gemacht haben. Falls ja, müsste ein Quervergleich und eine Kompatibilität hergestellt werden. Es wird im Bericht von einer Steuerungsgruppe gesprochen, die sich zu Kickoff und Workshop getroffen haben. Diese Steuerungsgruppe beauftragte das Institut Soziokulturelle Entwicklung der Hochschule Luzern zusammen mit freiraumarchitektur GmbH einen Projektbeschrieb und eine Offerte zu erstellen. Zu den Handlungsebenen sind folgende Gedanken zu berücksichtigen:

Prozess:

Für Bauprojekte werden in Zukunft alle Beteiligten transparent in die Prozesse eingebunden.

Zusammenleben:

Gerade in den Zeiten von Corona, die wir hinter uns haben, wurde uns bewusst, welche Wichtigkeit die sozialen Infrastrukturen haben. Auch die Identifikation mit dem Wohnort oder dem betroffenen Quartier kann durch solche Einrichtungen gefördert werden.

Freiraum:

Das Stadtklima wird durch solche Freiräume stark gefördert. Das hörte man heute schon viel von Seiten der Grünen. Auch die CVP/JCVP-Fraktion hat sich immer wieder für solche Freiflächen eingesetzt. Diese können aber auch kreativ gestaltet werden, wie beispielsweise auf Dachterrassen oder an Gewässerräumen, die keine zugewiesene Nutzung erhalten. Mit dem Auftrag an die Soziokulturelle Entwicklung der Hochschule Luzern zusammen mit freiraumarchitektur GmbH hat die Stadt Kriens die Initiative ergriffen in Freiraumentwicklung zu intensivieren.

Nutzung:

Wie im Bericht beschrieben sind Erdgeschosse optimale Nutzungsräume, die einen gesunden Mix erhalten sollen. Für die CVP/JCVP-Fraktion sind nicht nur grosse Einkaufsmöglichkeiten zielführend, sondern einen kleinen Branchenmix der auch Arbeitsplätze im Quartier anbietet. Ganz wichtig sind Quartierläden die aus dem Kleingewerbe entstehen, auch diese haben seit den letzten Wochen wieder eine ganz andere Bedeutung erhalten. Grundversorgung im Quartier ist Lebensqualität für Alt und Jung und bietet auch da wieder sozialer Begegnungsraum.

Verbindungen:

Die Durchlässigkeit im Quartier ist unumgänglich Kleingewerbe wie Quartierläden usw. verursachen auch Verkehr und diese Anlieferungsmöglichkeiten müssen jederzeit gewährleistet werden. Zudem müssen Dienstleistern und Handwerkern auch Möglichkeiten geboten werden ihre Transporte tätigen zu können. Diese werden in dichtbebautem Gebiet aber meist vernachlässigt. Ganz nach dem Motto: Verkehrsfrei heisst nicht zugemauert und mit Steinschikanen zugesperrt.

Orientierung:

Identifikation mit der Umgebung ist eine schwierige Angelegenheit. Kunst kann ein Element sein. Siehe dazu die Fassadenbilder im Schweighofpark, welche sich aber leider nicht alle leisten können. Mögliche Investoren sollten nicht mit solchen Auflagen, die kaum finanzierbar sind, abgeschreckt werden.

In den verschiedenen Handlungsebenen ist immer wieder von einer Anlauf- und Koordinationsstelle die Rede. Eine verwaltungsinterne Anlauf- und Koordinationsstelle soll sich etablieren, welche ein fester Bestandteil des Budgets werden soll. Für die Kommunikation der Inhalte des Berichtes sollen finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden. Kann sich Kriens das leisten? Fünf Handlungsräume wurden definiert. Für jeden Handlungsraum wurden alle Handlungsebenen definiert. Man soll sich vorstellen, dass man mit privaten Mittel einen solchen Handlungsraum bebauen und eine Investition für die Nachwelt oder als Anlage tätigen könnte. Man wird aber mit diesen beschriebenen Massnahmen in seiner gesamten Kreativität beraubt und mit diesen Auflagen und Einschränkungen wird einem die Lust an einer Investition sehr schnell vergehen.

Konsequenz dieser «Gebietsbebauungsdiktatur» ist, dass nur noch institutionelle Anleger Möglichkeiten erhalten solche Gebiete zu bebauen. Was heisst institutionelle Anleger für die heimische Wirtschaft? Projekte werden mit Generalunternehmer bebaut und diese sind überhaupt nicht interessiert ortsansässige Unternehmen mit kleinen Anfahrtswegen zu berücksichtigen. Da werden nur über das Preisgefüge Arbeiten vergeben. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen wie beispielsweise die LUPK, die klar auf einheimische Unternehmen setzt. Wenn aber ausserkantonale Investoren mit ausserkantonalen Generalunternehmern Projekte entstehen lassen, sieht alles ganz anders aus. Zudem findet man in den Definitionen im Punkt Verbindungen immer wieder die gleiche Beschreibung «Längs- und Querverbindungen für den Veloverkehr» sollen konsequent gefördert werden. Der Sprechende persönlich hat nichts gegen diese Verbindungsart, wenn die Möglichkeiten der Autofahrer auch gefördert werden, sei es mit oberirdischen Kurzparkplätzen oder kostenlosen Parkmöglichkeiten für Dienstleister und Handwerker. Man soll sich einmal vorstellen, wie dieser Bericht aussehen würde, wenn die Berichterstattung im Stadtrat durch einen Unternehmer im Autogewerbe stattfinden müsste und nicht von einem Velohändler. Das vorliegende Kartenwerk zeigt die Grundlagen und orientiert über den Stand der Entwicklungsplanung in LuzernSüd. Sie dient der Abschätzung des Handlungsspielraumes für die Arealentwicklung. Kriens verhindert Zersiedelung und begrenzt sein Baugebiet auf das heute vorhandene Siedlungsgebiet. Selbstverständlich unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion diese Vision gerne. In Zukunft sollte man grosszügig mit dieser «Gebietsbebauungsdiktatur» sein und die investitionswilligen Anleger auf allen Handlungsebenen unterstützen. Für Kurt Gisler persönlich wäre noch interessant, welche Kosten dieser Bericht ausgelöst hat, denn mit diesem Bericht werden künftige Kosten zementiert. Leider findet man keine konkreten Zahlen, die die Kosten dieses Berichtes und die Auftragserteilung vor Auge führen. Die CVP/JCVP-Fraktion bedankt sich bei den Autoren dieses Berichtes für die interessanten Ausführungen und nimmt diesen zur Kenntnis.

Martin Zellweger bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion beim Stadtrat für die Erarbeitung des B+A zur sozialräumlichen Entwicklung von KriensSüd, vermarktet unter dem Label LuzernSüd. Es handelt sich hier um eines der am meisten wachsenden Stadtgebiete von Kriens. Sie begrüsst im Grundsatz das Vorhandensein eines gesamtheitlichen Konzeptes zur Quartierentwicklung. Es handelt sich bei diesem Bericht tatsächlich um ein sehr strukturiert und methodisch verfasstes Grundlagenpapier, welches aber auch ein bisschen an eine Studienarbeit erinnert. Dies ist nicht abwertend gemeint, allerdings deutet es darauf hin, dass es eher schwer lesbar und fassbar bleibt, aber auch einen theoretischen Eindruck vermittelt und zum Teil konkretes misst. Für eine greifbare und breit verständliche Kommunikation muss hier wahrscheinlich noch einiges geleistet werden. Ebenso ist zu hoffen, dass die Mitarbeit der Hochschule dazu geführt hat, dass die Kosten dafür nicht überborden. Grundsätzlich fokussiert sich das Konzept auf folgende 5 Handlungsräume: Südpol/Rösslimatt, Mattenhof, Schweighof/Schällenmatt, Grabenhof/Schlund und Eichhof. Mit sogenannten Handlungsebenen werden zwar übergeordnete Ansätze proklamiert, im Wesentlichen handelt es sich für ihn um die unabhängige Betrachtung von 5 Quartieren ohne eine erkennbare übergeordnete Abhängigkeit. Die Handlungsebenen sind mehr oder weniger eine allgemeine Strukturabhandlung, welche so aus der Schublade genommen werden können. Diese unterstützen aber ein strukturiertes Vorgehen. Auch fehlt ein Bezug des gesamten Entwicklungsgebietes zu Kriens, beispielsweise zum bestehenden Zentrum. Es ist wirklich eher eine Einzel-Quartierbetrachtung einfach gleichartig strukturiert. Es ist nachvollziehbar, dass im Raum Süd aufgrund der rasanten Entwicklung dieser Gebiete dringenderer Handlungsbedarf besteht. Im Legislaturprogramm wird auch der Fokus auf die Zentrumsentwicklung und LuzernSüd gesetzt. Dies nicht nur zur Zufriedenheit der SVP-Fraktion, wie sie schon an anderer Stelle proklamierte. Deshalb muss man Acht geben, dass man nach den abgeschlossenen Zentrumsprojekten nicht nur noch Luzern-Süd im Fokus behält. Alle Krienser Quartiere spielen eine wesentliche Rolle in der Sozialräumlichen Entwicklung der Stadt. Was mitunter fehlt ist also die gesamtheitliche Sicht auf Kriens in Bezug auf diese Entwicklung und wie sich jetzt welche Quartiere in den genannten Handlungsebenen einordnen. Der Einbezug des „alten“ Kriens ist also ein wichtiger weiterer Schritt. Grundsätzlich erachtet die SVP-Fraktion den vorgelegten Planungsbericht also als einen guten Ansatz nicht planlos Puzzlesteine zu bauen, ohne der sozialräumlichen Entwicklung das nötige Gewicht zu geben. Der echte Wert wird sich an der konkreten Umsetzung messen, nämlich dort wo der Stadtrat dann Einfluss nimmt und konkrete

Massnahmen einfordert oder budgetiert und wozu der Einwohnerrat zu den konkreten Schritten unterschiedliche Meinungen hat. Die SVP-Fraktion tritt ein und wird den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Laut Daniel Rösch, FDP-Fraktion, hat sich Kriens in den letzten Jahren massiv verändert. Rund um die Gebiete Mattenhof und Schweighof ist ein neuer Stadtteil entstanden. Die Entwicklung ist aber noch lange nicht abgeschlossen. So soll beispielsweise im Mattenhof II die Pilatusarena entstehen, aber auch im Eichhof-West sind schon die Bagger aufgefahren, um das dortige Projekt voranzutreiben. Die Projekte haben allesamt gemeinsam, dass sie durch eine übergeordnete Planung beeinflusst wurden. Zusammen mit der Gemeinde Horw und der Stadt Luzern hat man das Entwicklungsgebiet LuzernSüd definiert. Es handelt sich bei LuzernSüd um ein Zusammenarbeitsprojekt, welches auch schweizweit entsprechend Anerkennung findet. Die Konsequenz daraus ist, dass sich der Einwohnerrat in der Vergangenheit beispielsweise mit dem Grundkonzept Verkehr LuzernSüd befassen durfte oder die entsprechenden Vertiefungsgebiete zur Kenntnis nehmen konnte. Der heute vorliegende Planungsbericht befasst sich nun mit sozialräumlichen Aspekten des Entwicklungsgebietes «LuzernSüd» innerhalb des Krienser Stadtgebiets. An der Erarbeitung dieses Berichtes waren unter anderem diverse Fachexperten und Begleitgruppen beteiligt. Dementsprechend kommt der Bericht akademisch daher und weist einen grossen sowie detaillierten Umfang auf. Der Aufbau des Dokumentes ist klar strukturiert und erleichtert den Nachvollzug der methodischen Vorgehensweise. Die im Bericht definierten Handlungsräume orientieren sich an den entsprechenden Vertiefungsgebieten, nun aber mit dem primären Fokus auf den sozialräumlichen Aspekten. Die FDP-Fraktion begrüsst es, dass der Bericht auch den Begriff der sozialräumlichen Entwicklung definiert und so für Transparenz sorgt. Der Bericht zeigt mit diversen Handlungsbedarfen auf, wie die Aufenthaltsqualität sowie das Zusammenleben im neuen Stadtteil positiv gefördert werden kann. So wird auch ersichtlich, dass nicht nur die Stadt Kriens gefordert ist, sondern auch die entsprechenden Investoren in der Pflicht sind. Positiv empfindet sie auch, dass der Bericht Handlungsbedarf bei der Schaffung von Kulturräumen entlang der Südallee sowie des Freigleises aufzeigt. Hier sieht die FDP-Fraktion aber auch primär das Kulturzentrum Südpol sowie Hochschule Luzern mit dem Departement Musik in der Pflicht. Der Bericht bestätigt ihre Meinung, dass eine Carparkplatz-Zwischennutzung auf dem Hinderschlund Areal nicht angebracht ist und auch gegen jegliche übergeordnete Planung vom Entwicklungsgebiet LuzernSüd widersprechen würde. So heisst es im Bericht, dass die Ringstrasse als siedlungsorientierte Strasse angemessen zu gestalten ist, um zusätzliche sichere Quersungsmöglichkeiten für Velo- und Fussverkehr zu schaffen. Dieser Aussage kann die FDP-Fraktion nur beipflichten. Der Stadtrat hält auch in seiner Würdigung fest, dass der Planungsbericht nicht verbindlich ist und dass der Einarbeitung entsprechender Beschlüsse ins Bau- und Zonenreglement eine hohe Bedeutung zukommt. Da darf der Sprechende anfügen, dass er mit seiner Motion bezüglich Hinderschlund vorbildlich agiert hat. Was die FDP-Fraktion erstaunt ist, dass der Bericht nicht mehr Bezug auf die kleinräumigen Quartierstrukturen nimmt. In der Vergangenheit wurde jeweils argumentiert, dass man mit kleinräumigen Quartierstrukturen, sogenannten Waben, die Quartiere beleben will, sowie die Identifikation steigern will. Dementsprechend fehlen im Bericht auch verbindliche Aussagen bezüglich Quartiervereinen in den neu erstellten Gebieten. Gemäss Informationen bezüglich Quartierstrukturen auf der Webseite der Stadt, ist ein Grossteil der Handlungsräume dem Quartierverein Kuonimatt angeschlossen. Wie sollen die Quartierstrukturen gestaltet werden und welche Rolle spielt dabei das Quartiermanagement? In der Verwaltung gibt es neu eine Koordinationsstelle für sozialräumliche Entwicklung. Gemäss Bericht soll allgemein die interdepartementale Zusammenarbeit intensiviert werden, um die Expertisen innerhalb der Verwaltung zu garantieren. Die FDP-Fraktion fragt sich, ob diesbezüglich mit einem Zuwachs des Verwaltungsapparates zu rechnen ist. Als sehr störend hat sie die inflationäre Verwendung des Begriffes «LuzernSüd» im Planungsbericht empfunden. Zur Einordnung: Auf 48 Seiten wird der Begriff ganze 91 Mal verwendet. Die FDP-Fraktion findet es zwar sinnvoll, wenn «LuzernSüd» als Marketingbegriff auf nationaler Ebene verwendet wird. Auch hat sie nichts dagegen einzuwenden, dass das Entwicklungsgebiet «LuzernSüd» genannt wird. Sie stört viel eher, dass der Begriff «LuzernSüd» als Bezeichnung für den neuen Stadtteil von Kriens definiert wird. Man hat sich in der Vergangenheit schon mehrmals negativ über diesen Umstand geäussert, aber scheint auf taube Ohren gestossen zu sein. Man kann mit der Bezeichnung «LuzernSüd» in der Stadt Kriens nur bedingt positive Emotionen zum neuen Stadtteil assoziieren. Der Stadtteil verfehlt mit dieser

Bezeichnung seine charakterisierende Wirkung und trägt auch nicht zur Stärkung der Identität bei. Der Begriff wirkt innerhalb der Stadt Kriens separierend und widerspricht somit dem sozialräumlichen Aspekt des Zusammenlebens. Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein, wird aber aus den vorher genannten Gründen den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme stellen.

Raphael Spörri von der SP-Fraktion meint, dass es anscheinend Corona-Zeit geschuldet ist, dass man Zeit hat in einem 48-seitigen Bericht nach Wörtern wie LuzernSüd zu suchen. Ob dies ein Grund ist die Sitzungen zu verlängern oder sonstiges, sei dahingestellt. Die SP-Fraktion ist erfreut und auch stolz über diesen Bericht. Zum einen darf die SP-Fraktion dies als Zeichen sehen, dass ihre jahrelange politische Arbeit und Mitwirkung in verschiedenen Gremien Früchte trägt und zum anderen, dass sich stetiges Nachbohren und einbringen von Hinweisen, manchmal trotz Gegenwehr, im Bericht Einfluss genommen haben. Danken ist also angesagt. Vor allem dem Präsidialdepartement und seinen Mitarbeitenden und allen Mitwirkenden, welche eine umfassende, gut strukturierte Arbeit gemacht haben. Es ist rundum eine gelungene Sache. Aber, und das geht dem Sprechenden doch etwas unter die Haut, war von diktatorischen Abhandlungen die Rede. Raphael Spörri darf aber daran erinnern, dass der Bericht mehrheitlich partizipativ und in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung erarbeitet wurde, also in Transparenz und Zusammenarbeit. Zudem wurde vom Stadtrat schon oft gefordert, er solle mehr Strategiearbeit machen. Dieser Bericht ist ein Strategiepapier und es ist darin zu lesen, dass es eine Grundlage sein soll und jede Anwendung wieder neu angesehen werden muss. Warum ist dieser Bericht nach Meinung der SP-Fraktion gelungen? Es liegt ein Papier vor, welches nicht nur wahllos sagt, was man machen müsste, sondern mit konkreten Handlungsfeldern Lösungen für spezifische Gebiete aufzeigt. Der Aufbau ist einfach und simpel. Aufgrund der folgenden Punkte ist der Bericht gut strukturiert:

- Was ist überhaupt sozialräumliche Entwicklung?
- Was wurde bis heute erarbeitet?
- Wie geht es weiter?

Es ist sogar farblich hinterlegt was Sache ist und was zu tun ist. Es ist also keine akademische Arbeit, aber sie verlangt das Einarbeiten ins Thema und der Wille sich damit zu beschäftigen. Und da sieht der Sprechende eher das Problem von jenen, die den Bericht als zu komplex oder kompliziert beurteilen. Er möchte nichts absprechen, aber da braucht es auch den Willen sich damit auseinandersetzen zu wollen. Die SP-Fraktion ist zusätzlich erfreut, dass die Mitwirkung der Bevölkerung weitergehen soll. So wird mit dem online stellen und dem Nachtragen von Merkpunkten weiterhin der Bevölkerung die Möglichkeit geboten sich aktiv einzubringen. So ist die Transparenz und Partizipation gewährleistet. Abschliessend hofft Raphael Spörri, dass der Bericht nicht zum Papiertiger wird und die guten Ansätze auch umgesetzt werden. Ebenso hofft die SP-Fraktion, dass die angedachten Prozesse und Abläufe sowie das „Controlling“ auch funktionieren. Dies kann und muss vom zuständigen Departementsleiter aktiv angegangen werden und die Abteilungsleiter sind in der Verantwortung die nötigen Personalressourcen auch einzufordern. Ist Kriens aber auch in der Lage diesen Strauss an Wünschen, nein sorry, Bedingungen umzusetzen? Da hat der Sprechende doch ein bisschen Angst, dass dies alles wieder an den Finanzen oder den Personalressourcen scheitert. Denn die Sparwütigen und Entwicklungshemmer sitzen unter uns. Nun liegt uns also innerhalb weniger Jahre schon ein zweites, gut fundiertes Papier in den Händen. Genau wie dieser Bericht wurde auch das Gesamt-Verkehrskonzept partizipativ erarbeitet. Dieses gibt auch Handlungsspielräume, welche in den nächsten Jahren und Jahrzehnten angegangen werden müssen. Es gilt nun diese beiden Papiere umzusetzen und so Stück für Stück Kriens lebenswert zu gestalten. Es wäre fahrlässig, ja sogar dumm, wenn man diese Tipps, Ratschläge und Hinweise nicht ernst nimmt. All diese im Bericht erwähnten Themen brennen den Krienser Einwohner und Einwohnerinnen unter den Nägeln und wurden in Workshops und Treffs genau von ihnen auch eingebracht. Setzt man sie nun für ein lebenswertes Kriens um.

Die Grüne/GLP-Fraktion begrüsst laut Erich Tschümperlin den B+A zur sozialräumlichen Entwicklung. Dass die enorme Bautätigkeit im Gebiet KriensSüd eine sozialräumliche Begleitung braucht, steht für sie ausser Frage. Nachdem sich der Stadtrat intensiv um Baulinien, Architektur, Energie und Strassen gekümmert hat, kümmert er sich nun auch noch um die Menschen, die in diesem Gebiet leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Die Grüne/GLP-Fraktion findet, dass die sozialräumliche Entwicklung um Jahre zu spät kommt. Sie müsste gleichberechtigt mit den anderen Planungsinstrumenten angewandt werden. Im Nachhinein etwas zu entwickeln in einem Gebiet, das gerade zu grossen Teilen fertig gebaut wurde, ist wohl viel schwieriger als diese Entwicklung zu begleiten und auch zu steuern. Und eine Steuerung ist notwendig, denn die einzelnen Bauherren kümmern sich vor allem um ihre Gebäude und sehen es nicht als ihre Aufgabe an, sich um Themen wie Freiräume, Verbindungen, Orientierungen oder Nutzungen zu kümmern. Hier braucht es die Stadt damit die Teile zu einem Ganzen zusammenwachsen. Nur so entsteht etwas, was man dann als einen vielseitigen und attraktiven Ort wahrnimmt. Und das ist für die Entwicklung von Kriens von grosser Bedeutung, denn es braucht attraktive Quartiere. Nur eine attraktive Stadt kann längerfristig seine finanziellen Probleme lösen. Die sozialräumliche Entwicklung ist vielschichtiger als dies auf den ersten Blick scheint und zahlt sich auch finanziell aus. Oder sie kostet, wenn sich Ghettos entwickeln sollten. Der Bericht stellt die verschiedenen Handlungsfelder übersichtlich dar. Die Grüne/GLP-Fraktion findet den Bericht gut strukturiert und die farbliche Gliederung vereinfacht die Lesbarkeit. Was ihr in diesem B+A fehlt ist die Verbindlichkeit für die weitere Planung und die rechtliche Absicherung. Der Stadtrat hat schon öfters gute Konzepte und Planungsberichte vorgelegt. Diese wurden dann später bei der Umsetzung von konkreten Projekten öfters mal ignoriert oder schlicht vergessen. Deshalb möchte die Grüne/GLP-Fraktion vom Stadtrat wissen, wie er diese erarbeiteten Vorschläge in seine künftigen Projekte einfließen lässt und ob er diesen Bericht als verbindlich erachtet. Im Hinblick auf die Wechsel im Stadtrat ist dies besonders wichtig. Die Grüne/GLP-Fraktion vermisst wie die Freiräume, beispielsweise der Autobahndeckel und die erwähnten Rückbauten, gesichert werden. Das Konzept reicht dafür nicht aus. Der Stadtrat schreibt in seiner Würdigung, dass die Massnahmen ins Bau- und Zonenreglement aufgenommen werden müssten. Sie hofft, dass der Stadtrat dies noch auf den Weg schickt, damit die Nachfolger von dieser Arbeit profitieren können. Ohne diesen Schritt werden viele der wirklich guten Massnahmen und Ideen vermutlich Makulatur bleiben. Die Grüne/GLP-Fraktion nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Die CVP spricht von Bebauungsdiktatur und interessiert sich vor allem für die Kosten des Berichts. Da zeigt sich, dass man glaubt, dass der Markt schon alles regelt, dass die Investoren bereit sind über ihre Gebäude und Rendite hinauszudenken und zu investieren. Dass die FDP den Bericht nur wegen dem Namen LuzernSüd ablehnt, findet der Sprechende schon fast kindisch. Man hat hier einen qualifizierten Bericht zu einem wichtigen Thema. Das wichtigste Kriterium der FDP ist der Name des Gebiets, den man hier im Rat schon mehrfach diskutiert hat, ohne Resultat. Diese Haltung wird der Wichtigkeit des Themas nicht gerecht.

Bettina Gomer-Beacco spricht hier als Einwohnerin. Als Kuonimättlerin sozusagen, denn sie lebt selbst in LuzernSüd. So nennt sie diesen Teil, wenn sie Besuch von weiter her erwartet. Eine klare Ansage, wo auf der Landkarte dieses Gebiet zu finden ist. Die Sprechende ist also eine Betroffene. Was hatte sie Freude an diesem Bericht. Endlich einmal eine Quartierentwicklung, wie sie es sich vorstellt. Natürlich hofft sie auf eine gewisse Verbindlichkeit, ansonsten macht es keinen Sinn. Der Bericht enthält ganz gute Ideen. Beim Lesen sind ihr schon ein paar Sachen aufgefallen, denn es war schon sehr theoretisch. Das kann sie sagen, denn sie lebt ja dort. Ganz wichtig sind sichere Wege und Querungen. Ganz speziell möchte sie den Übergang oder eben den nicht vorhandenen Übergang «Motelstrasse» zwischen Schällenmatt und Schweighof erwähnen. Es handelt sich um eine 50er-Zone ohne Zebrasteifen. Die Sprechende selber weiss nicht, wo sie diese Strasse queren soll. Dank Corona war es nun einfacher. Wer jedoch zu Stosszeiten dort entlang schlendert stellt fest, dass es sehr gefährlich ist. Es war noch die Rede von Räumen für Vereinsleben. Ihr ist aufgefallen, dass vor allem die neuen Überbauungen erwähnt werden. Als Kuonimättlerin findet sie dort drin ihren Platz nicht. Die neuen Gebiete müssen zuerst bewohnt werden und die Leute zuziehen. Mit welcher Bevölkerung wird das besprochen? Eigentlich müsste man es mit denjenigen machen, welche bereits dort wohnen. Ansonsten fällt die Kuonimatt zwischen Stuhl und Bank. Das führt dazu, dass die Neuen nicht akzeptiert werden, sich

die Alten vergessen fühlen und keine Durchmischung stattfindet. Aber eine Durchmischung möchte man ja eigentlich. Aber auch das kann man sicher noch umsetzen. In der neuen Schulraumplanung steht bereits, dass man so etwas in Angriff nehmen möchte. So kann man einbringen, dass es in Zukunft auch Gruppenräume für Vereine gibt. Bei der Nutzung des Freiraums hatte es ganz spannende Ideen. Beispielsweise ist ein Vita Parcours auf dem Autobahndeckel Richtung Wald aufgezeigt. Bettina Gomer-Beacco läuft diesen Weg oft. Dieser ist sehr anstrengend und sportlich. Einen Vita Parcours braucht es fast gar nicht mehr. Die Ringstrasse ist echt laut. Dort muss etwas passieren und die Stadt sollte den Kanton für besseren Lärmschutz auffordern. Es kann nichts entwickelt werden, wenn es dort so laut ist. Während den Stosszeiten kann man kaum mit den Kindern sprechen, weil es so laut ist. Das sind alles super Ideen, aber die Geräuschkulisse muss noch weniger werden. Dann hat die Sprechende vom Rückbau Burri Ackermann gelesen. Sie weiss nicht, ob dieses Geschäft dortbleiben möchte oder nicht. Dieses Gewerbe stört dort niemanden. Es ist schattig, laut und ist beim Schlundkreisel und man kann dort nicht viel Anderes machen. Man kann nicht einmal die Kühe grasen lassen, weil das Gras zu wenig gut ist. Aber Kinder möchte man dort spielen lassen? Das Gewerbe hat sich dort bewährt. Wenn man am gleichen Ort leben und arbeiten möchte, dann muss zum Gewerbe auch Sorge getragen werden. Es muss auch produzierendes Gewerbe und nicht nur dienstleistungsorientiertes Gewerbe vorhanden sein. Das ist der Sprechenden bei all den Grünen Aspekten schon auch wichtig, weil so können Pendlerströme auch etwas reduziert werden. Grundsätzlich hat es der Sprechenden sehr gefallen und sie freut sich überaus.

Räto Camenisch wollte eigentlich gar nichts sagen. Aber nun kam der Begriff LuzernSüd zur Sprache, welcher von der FDP zu recht aufgegriffen wurde. Als Erich Tschümperlin sagte, dass der Begriff bereits im Einwohnerrat diskutiert wurde, man aber zu keinem Schluss kam, hat es dem Sprechenden schon etwas den Hut gelüpfert. Er hat vor ca. 2 Jahren ein Postulat eingereicht, dass sich der Gemeinderat aktiv um die Namensgebung von LuzernSüd kümmern muss. Der Einwohnerrat hat diesen Vorstoss praktisch einstimmig überwiesen. Die Antwort war sehr kleinlaut. Man sagte, dass die Quartiernamen aufgewertet werden sollen. Jetzt hat der Stadtrat die Frechheit das Wort LuzernSüd für einen Plan von Kriens zu verwenden, wie wenn nichts gewesen wäre. Hier ist ein Protest fällig und deshalb wird er diesen Planungsbericht ablehnen.

Cyryll Wiget dankt, dass man sich so intensiv mit dem Konzept der Sozialräumlichen Entwicklung auseinandergesetzt hat. Der Einwohnerrat hat dies mehrfach gefordert und gewünscht. Der Stadtrat gibt zu, dass es gar nicht so einfach war, ein solches Konzept herzustellen. Es steckt keine Methodik dahinter, welche in der Schweiz schon mehrfach erprobt ist. Es war wirklich eine spezielle Aufgabe an ein Gebiet heranzugehen, bei welchem man in den letzten Jahren bei der Planung sicher vieles richtig gemacht hat, aber nicht an alles gedacht hat. Wie Bettina Gomer-Beacco gesagt hat, musste man an ein Quartier heran, bei welchem die Bewohnenden noch gar nicht vorhanden sind und es so entwickelt werden muss, wie es die zukünftigen Bewohnenden gerne hätten, um sich dort wohl zu fühlen. Der Sprechende hat gestaunt, wie vertieft man sich damit auseinandergesetzt hat und wie viele Elemente einzeln erwähnt wurden, worauf man nun einzeln zurückkommen und weiterdiskutieren könnte. Eigentlich brennt Cyryll Wiget darauf dies zu diskutieren, gleichzeitig ist es sehr wahrscheinlich nicht angemessen, noch lange darüber zu reden. Dies wurde in den Fraktionen bereits gemacht. Ein paar Sachen möchte der Sprechende nun trotzdem noch aufnehmen. Ihm sind zwei Hauptelemente aufgefallen. Mit dem Inhalt kann man mehrheitlich gut leben, aber es wird als eine sehr akademische Herangehensweise angesehen. Der zweite Punkt war der Begriff LuzernSüd. Es wurde gefragt, wie eine Krienser Identität geschaffen werden kann. Das Gebiet heisst nicht LuzernSüd, sondern Kriens Mattenhof. Der Stadtrat war immer der Überzeugung, dass dies eine Planungszone ist. In der Entwicklung hat man vermutlich nicht so viel falsch gemacht. In diesem Gebiet hat man sich von Anfang an bemüht, ganz viele Strukturen zu analysieren. Man schaute, wo die Autos und Velos durchfahren, wo eine gute Stadtentwicklung stattfinden kann und wie diese erfolgen soll, wo richtigerweise das Zentrum mit dem Bahnhof und dem öffentlichen Verkehr ist. Diese Sachen hat man gut analysiert. Während den 10 Jah-

ren seit Erstellung des Leitbildes ist aufgefallen, dass man sich um das Zentrale erst am Schluss kümmern. Das Zentrale sind die Menschen die dort wohnen, Steuerertrag bringen, an Kriens angebunden werden sollen und auch die Möglichkeit haben das Leben mitbestimmen zu können. Damit dies passieren kann, braucht es etwas ganz Wichtiges. Man muss wissen, wo sich die Quartierzentren befinden. Wo werden sich die Menschen in Zukunft treffen? Wo werden sie sich aufhalten? Wo sind ihre Sozialräume? Bei der früheren Stadtplanung stellte man fest, dass es im Oberrau ein solches Zentrum braucht. Die Langmatt wurde nun zu diesem Zentrum, denn dort können sich an einem Wochenende schon einmal 300 Leute treffen. Aber auch schon vor 100-150 Jahren, als die Neustadt in Luzern entstanden ist, haben die Stadtplaner festgestellt, dass es ein Treffpunkt braucht. Dies zeigt wie beliebt solche Punkte sind. Darum wurde es mit Restaurants beseelt, mit Kinderspielplätzen aufgewertet und es wurden kommerzielle Nutzungen ermöglicht. Das ist, was eine Stadt ausmacht. Weil gesagt wurde, dass es so wahnsinnig furchtbar intellektuell ist, möchte er es nun kurz zusammenfassen. Er gibt zu, dass es nicht ganz einfach zu lesen ist. Aber es war auch nie die Idee es wie ein Kochbuch zu lesen, dass man vorne beginnt und beim Dessert endet. Man wollte ein Werk für spätere Planungen haben, um Analysen für die Quartieraufwertungen und Sicherung der Sozialräume zu erhalten. Als ein Element wurden die sechs Handlungsebenen ausgemacht. Wenn man beispielsweise die Verbindungen anschaut, hat dies überhaupt nichts mit der Priorisierung von Velos zu tun. Es geht einfach darum, wenn in einem solchen Quartier die sozialräumlichen Aspekte analysiert werden, dann spielen die Möglichkeiten für eine Aufenthaltsqualität, wie Fusswege, Langsamverkehrswege und Alleen auch eine Rolle. Eine grosse Strasse, welche rein nur zur Verbindung dient, spielt dort keine grosse Rolle. Die Handlungsebenen sind auch wichtig, weil man merken musste, dass es nicht einfach nur eine Sorte von Freiräumen gibt. Jeder Planer, der ein Projekt vorstellen möchte, macht zuerst einmal einen Skaterpark hin, weil er so die Jungen auf seiner Seite hat. Oder er macht noch eine Schaukel für die Kinder hin. Sozialräume sind jedoch viel breiter zu verstehen. Es gibt Sozialräume, welche bis zur EG-Nutzung eine hohe Bedeutung für die Belegung der Städte haben. Es geht eben darum zu sehen, dass es verschiedene Handlungsebenen gibt. Das Zweite ist, dass das Gebiet in die fünf Handlungsräume unterschieden wurden. Wenn man ein Gebiet untersuchen möchte, wie es funktioniert, ist wichtig zu wissen, dass es kein uniformes Gebiet ist, sondern es verschiedene Profile und Cluster hat. Hier fand man heraus, dass man gar nicht so schlecht unterwegs ist. Man hat verschiedene Cluster, wenn man beispielsweise um den Südpol herumschaut. Dort siedelt sich viel Kulturelles an. Das Kulturelle zieht die entsprechenden Restaurants an und das Profil zieht die entsprechenden Leute an. So beginnt es zu leben. Das Bild mit dem urbanen Zentrum um den Mattenhof herum ist eine Erklärung des Gebietes. Dort ist es richtig, dass es viele Firmen, intensive EG-Nutzungen und grosse Restaurationen hat und vielleicht etwas weniger grün ist, als in einem Schweighof, welches eher ein Familienprofil hat. Die CVP/JCVP-Fraktion sprach vorhin von diktatorischen Abhandlungen. Das ist überhaupt nicht der Fall, sondern man hatte eine umgekehrte Herangehensweise. Es wurde ein Workshop veranstaltet, zu dem ungefähr 50 Leute kamen. Es waren Quartiervereinspräsidenten und Leute aus verschiedenen Planungsbereichen, welche sich eingebracht haben. Es erfolgte nicht von oben herab, sondern von den Planern und Nutzern entstand die Analyse. Das dritte Element sind die Merkmale. Der Sprechende geht hier auf einen Hinweis der FDP ein. Selbstverständlich hat man bei konkreten und klaren Orten, wo etwas Bestimmtes passiert und wo ein Hinweis für die spätere Umsetzung gemacht werden muss, unter diesen Handlungsebenen Merkmale hergestellt. Nun noch ein Wort zur unglaublichen Aversion des Begriffs LuzernSüd. Der Stadtrat hat sich immer wieder damit auseinandergesetzt, weil der Einwohnerrat diesen Wunsch immer wieder geäussert hat. Der Sprechende verweist auf das Bild, welches seitens regionalem Entwicklungsträger auch an die Haushalte in Kriens verschickt wurde. Dieses zeigt, dass es sich beim Begriff um einen Planungssperimeter handelt. Man wollte für all diejenigen Leute aus der ganzen Schweiz aufzeigen, wo man sich hier befindet und um was es geht. Mit diesem Begriff weiss man vermutlich auch über die Schweizer Grenzen hinaus, um was es hier geht und wo sich dieses Gebiet befindet. Es ist weder eine Anlehnung an die Stadt Luzern, noch eine Planung von nur den betroffenen drei Gemeinden. Man hat diesen Perimeter zusammen mit den Planern, Eigentümern, Entwicklungsträger LuzernPlus zusammen entwickelt. Es ging nie darum die Entwicklung dieser Quartiere zu unterminieren. Die FDP hat dies auch bemängelt und gefragt, was denn für diese Quartiere gemacht wird. Selbstverständlich ist der Stadtrat sehr interessiert und nimmt gerne jeden kleinsten Faden

auf, wenn irgendwo das Bedürfnis entsteht die Quartiervereine neu zu gründen oder neue Quartiervereine zu entwickeln. Im klassischen Sinne muss es ja auch nicht immer ein Quartierverein sein, sondern beispielsweise ein Detaillistenverband rund um die Detaillisten des Gebiets Mattenhof. So etwas unterstützt der Stadtrat immer gerne, auch wenn manchmal die Zeit und Möglichkeit gefehlt hat viel in die Quartierentwicklung zu investieren. Es wurde bereits ein paar Mal gefragt, wie es nun weitergeht. Die Leitsätze und Leitideen wollte man immer auf die Horwer und Luzerner Seite erweitern. Das wurde auch so akzeptiert, aber es wurde nicht so vertieft vollzogen, wie es sich der Stadtrat gewünscht hat. Die Leitsätze gelten auch für unsere Nachbarn. Die Leitsätze aus diesem Konzept werden auch in die anderen historischen Quartiere übernommen. Die grosse Aufgabe des Einwohnerrates, der Quartiervereine und der Politik ist es die neuen Bewohnenden der neuen Quartiere so an Kriens anzubinden, dass sie das Gefühl bekommen, dass sie hier willkommen sind. Sie sollen auch sehen können, dass Kriens einen attraktiven Lebensraum hat, sich als Krienser ansehen und auch einbringen möchten. Man soll nun nicht noch wahnsinnig lange darüber streiten und sich gegen den Planungsbericht auflehnen, nur weil man den Begriff des Planungsperrimeters falsch findet. Mit dem Süden kann man eigentlich glücklich sein, weil dieser Begriff ist normal positiv behaftet. Die anderen Himmelsrichtungen tönen nicht so gut. Man muss einfach schauen, dass die Quartierentwicklung effektiv weitergetrieben wird. Das wollte dieses Konzept eigentlich sagen. Viel wurde über den Leerwohnungsbestand diskutiert. In der Zeitschrift Birdlife Schweiz wurde eine Analyse erstellt die besagt, dass über 60 % der Leute, welche eine Wohnung suchen, sich eine Umgebung wünschen, welche Umgebungsgrün hat und in der sie sich wohlfühlen. Wenn man den Raum einmal beleben möchte und Leute möchte, die sich engagieren und hierbleiben möchten, ist der Umgang mit dem Raum extrem wichtig. Der Sprechende meint überhaupt nicht nur den Umgang in Richtung grün, sondern den Umgang in Richtung Freiräume und Sozialräume. Weil dann kann man mit diesen Diskussionen aufräumen, dass etwas immer als zu ökonomisch, sozial oder ökologisch betrachtet wird. Das ist immer mehr der Fall und er findet dies einen falschen Ansatz. Im Legislaturprogramm steht, dass sich Kriens nachhaltig entwickelt. Zur Nachhaltigkeit gehört schlussendlich bei jedem Gedanken die Verbindung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Wenn dieses Konzept einen kleinen Beitrag zu sozialen Aussenräumen und angenehmerer Aufenthaltsqualität leisten konnte, dann gibt es in diesem Gebiet auch Menschen. Das ist das was Kriens braucht, wenn man aus dieser Entwicklung etwas Positives machen will. Das Thema Verbindlichkeit wurde noch zu wenig beleuchtet. Das ist tatsächlich eine Sorge, welche sich der Stadtrat auch macht. Die Verbindlichkeit ist ein grosses Problem. Heute wurde bereits viel diskutiert, wie viel eine strategische Raumentwicklung von Kriens verbindlich ist. Die Verbindlichkeit steht und fällt mit dem Einwohnerrat und sagt, dass der eine oder andere Gedanke daraus gewonnen werden konnte und in die Anpassung des Bau- und Zonenreglementes auch eingebracht wird. In den Konzepten heisst es, dass es einen Autobahnpark oder eine Grünfläche gibt. Das nützt tatsächlich erst dann, wenn es auch verbindlich gemacht wird. Die Sozialräume sind in der Regel auf den ersten Blick ökonomisch uninteressant. Sie werden erst ökonomisch interessant, wenn sie im Kontext mit den Nutzungen stehen, was gewinnbringend ist.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Antrag FDP und Grüne/GLP zu Beschlusstext

Die FDP-Fraktion beantragt laut Daniel Rösch, den Bericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen.

Erich Tschümperlin beantragt im Namen der Grüne/GLP-Fraktion den Text zur Kenntnisnahme zu ändern, dass der Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen wird, denn der Bericht ist sehr gut und wichtig für die Entwicklung von Kriens.

Viktor Bienz hat es gewurmt als Cyrill Wiget den Flyer zu LuzernSüd gezeigt hat. Auf der Karte ist weder Horw noch Kriens ersichtlich. Das findet er absolut daneben.

Gemäss Daniel Rösch wurde der FDP-Fraktion vorhin unterstellt, dass sie sich mit dem Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme kindisch verhält und engstirnig ist, wenn es um den Begriff LuzernSüd geht. Im Planungsbericht heisst es beispielsweise, dass es unterschiedliche Blickwinkel braucht. Dafür ist das Parlament auch da, um die unterschiedlichen Blickwinkel einzubringen. Zum Begriff LuzernSüd gab es nun auch verschiedene Voten. Die linke Seite hat immer auf eine sozialräumliche Entwicklung gepocht. Gemäss Bericht wurde bereits Anfangs 2018 damit begonnen, somit vor gut zwei Jahren. Während dieser Zeit hat sich der Einwohnerrat immer wieder gegen den Begriff LuzernSüd für die Benennung auf Krienser Gemeindegebiet negativ geäussert. Das letzte Mal war dies beim Kulturleitbild der Fall. Damals wurde ein Bemerkungsantrag überwiesen, dass dieser Begriff entfernt wird. Der Sprechende war überrascht, dass sich der Stadtrat sogar darangehalten hat und das Kulturleitbild entsprechend angepasst hat. Die Grüne/GLP-Fraktion hat sich damals auch für diesen Bemerkungsantrag ausgesprochen. Heute muss sich die FDP-Fraktion anhören, dass sie sich kindisch verhält, weil sie sich daran stört. Das ist nicht zielführend.

Bemerkungsantrag: Umbenennung in Gebiet Kriens Mattenhof

Michael Portmann hat ausserordentlich Freude an der Sozialräumlichen Entwicklung. Er teilt aber auch die Meinung zur unglücklichen Namensgebung. Deshalb stellt er den Antrag, dass der Titel des Berichts gerändert wird. Er nimmt die Idee von Cyrill Wiget auf. Das Zentrum dieser gesamten sozialräumlichen Entwicklung ist der Bahnhof am Krienser Mattenhof. Er beantragt deshalb den Bericht wie folgt umzubenennen: «*Sozialräumliche Entwicklung Kriens Mattenhof*». Das ist das neue Zentrum und der neue Stadtteil. Dort findet die Entwicklung statt und dorthin orientieren sich die Leute, wenn sie nachher Richtung Luzern oder Sarnen wegfahren.

Abstimmung Bemerkungsantrag Michael Portmann

Mit 23:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

Albrecht, Michèle	Enthaltung
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	Enthaltung
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Niederberger, Raoul	Enthaltung
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja

Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	Enthaltung

Abstimmung Antrag Stadtrat (neutral), gegenüber Antrag FDP (ablehnend), gegenüber Grüne/GLP (zustimmend)

Mit 11:6:10 Stimmen fällt der Antrag der FDP(ablehnend) weg.

Aufgrund eines technischen Fehlers, sind die Details nicht ersichtlich.

Abstimmung Antrag Stadtrat (neutral), gegenüber Grüne/GLP (zustimmend)

Mit 17:10 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht, Michèle	StR; neutral
Bienz, Viktor	StR; neutral
Binggeli, Michèle	StR; neutral
Büchi, Cla	Grüne; zustimmend
Burkhardt-Künzler, Anita	StR; neutral
Camenisch, Räto	StR; neutral
Ercolani, Enrico	StR; neutral
Fluder, Hans	StR; neutral
Gisler, Kurt	StR; neutral
Gomer-Beacco, Bettina	Grüne; zustimmend
Hunziker, Manuel	Grüne; zustimmend
Kobi, Tomas	Grüne; zustimmend
Koch, Patrick	StR; neutral
Niederberger, Raoul	Grüne; zustimmend
Nyfeler, Nicole	Grüne; zustimmend
Portmann, Michael	Grüne; zustimmend
Portmann, Peter	StR; neutral
Purtschert, Bruno	StR; neutral
Rösch, Daniel	StR; neutral
Schwarz, Erwin	StR; neutral
Spörri, Raphael	Grüne; zustimmend
Stofer, Peter	Grüne; zustimmend
Tanner, Beat	StR; neutral
Tschümperlin, Erich	Grüne; zustimmend
Vonesch, Andreas	StR; neutral
Wendelspiess, Ursula	StR; neutral
Zellweger, Martin	StR; neutral

Guido Solari liest den **Text zur Kenntnisnahme** vor:

Der Planungsbericht Sozialräumliche Entwicklung LuzernSüd – Stadtgebiet Kriens wird zur Kenntnis genommen.

Folgende Bemerkung wird an den Stadtrat überwiesen:

- Änderung des Titels des Berichts auf «Sozialräumliche Entwicklung Kriens Mattenhof»

Gemäss Roger Erni findet keine Abstimmung statt.

8. Planungsbericht: Schulraumplanung 2020 und Folgejahre**Nr. 290/20**

Die KBSG hat sich laut Erwin Schwarz von Judith Luthiger und insbesondere vom Rektor, Markus Buholzer, über den vorliegenden Planungsbericht im Detail informieren lassen. Zum ersten Mal wurden im Planungsbericht für das Gebiet Schweighof, Schellenmatt und auch Matthof effektive Zahlen bezüglich Kinder verwendet. Der Trend von 3.5-Wohnungen bemerkt man nicht nur im Krienser Finanzhaushalt, sondern auch in der Entwicklung der Anzahl Kinder. Aktuell gibt es in diesem Gebiet viel weniger Kinder, als im letzten Planungsbericht als Datengrundlage verwendet wurde. Das heisst, es braucht auch viel weniger Schulraum in diesem Gebiet, als in den letzten Jahren geplant und diskutiert wurde. Per Ende 2019 standen im Schweighof noch 40 % der Wohnungen leer. Im ganzen Mattenhof-Quartier gibt es aktuell 1 Kind. Bezüglich dem Gebiet Eichhof West und Nidfeld geht man im Planungsbericht von den gleichen Voraussetzungen aus, was die Anzahl Kinder betrifft. Der Sprechende will nicht länger mit Zahlen unterhalten, die Interessierten können die Details im Planungsbericht studieren. Fakt ist, es braucht in diesem Gebiet weniger Schulraum, als bisher angenommen. Bezüglich Schulhaus Kuonimatt gibt es eine Entlastung, weil die Kinder aus dem Schweighof neu dem Schulraum Roggern zugeteilt werden. Dies macht auch Sinn, weil der Schulweg über die Ringstrasse wegfällt. Auch bezüglich Sporthallen-Planung hat es mehr Spielraum gegeben. Verhandlungen mit der Pilatus-Arena bezüglich Sporthallen-Belegung für Turnunterricht der Schulen Kriens sind nicht mehr notwendig. Diskutiert wird auch die Möglichkeit, den Mittwoch-Nachmittag für das Turnen zu verwenden. Das gäbe nochmals 44 zusätzliche Turn-Lektionen. Als zusätzliche Entlastung des Schulraumes Kuonimatt hat der Stadtrat entschieden als Sofortmassnahme das hintere Modul auf der Krauerwiese auf das bestehende Modul im Roggern aufzubauen. Die KBSG unterstützt diese Sofortmassnahme. Natürlich hat die KBSG auch die anderen Schulgebiete diskutiert, aber das Schwergewicht lag für einmal eindeutig beim Schulraum Roggern und Kuonimatt. Auf jeden Fall muss man die langfristige Entwicklung in diesem Schulraum speziell im Auge behalten. Deshalb macht eine rollende Planung alle zwei Jahre sicher Sinn. Die KBSG hat den Planungsbericht Schulraum 2020 und Folgejahre einstimmig und positiv zur Kenntnis genommen. Er dankt allen Beteiligten für die Ausarbeitung dieses Berichts.

Laut Ursula Wendelspiess findet die CVP/JCVP-Fraktion den Bericht über die Schulraumplanung 2020 spannend. Er erhält aber auch sehr viel Zahlenmaterial und Statistiken, über die man sich zuerst einmal einen Überblick verschaffen muss. In der Nachführung 2020 sind nun auch plötzlich zum Teil ganz andere Zahlen enthalten als noch im 2018. Am auffälligsten zeigt sich dieses sicher bei der Verschätzung im Gebiet LuzernSüd, welche mit der Überbauung Schweighof und Mattenhof mit weniger Kindern ins Gewicht fällt, als noch im 2018 angenommen wurde. Für die CVP/JCVP-Fraktion stellt sich die Frage, wie eine solche Verschätzung zu Stande kam. Im Bericht 2018 steht bereits, dass gerade im Mattenhof mit seinem urbanen Charme kaum mit Familien zu rechnen ist. Im Schweighofareal gilt es aber noch 40 % Leerwohnungen zu berücksichtigen. Der Sprechenden ist aufgefallen, dass in der jetzigen Schulraumplanung enorm viele Wohnungen entstehen werden, welche auf den Schulkreis Amlehn/Bleiche/Gabeldingen fallen werden. So sind dies ein Plus von 300 Wohnungen in diesem Gebiet. Das ist das 10fache von der Planung 2018. Alleine das Eichhof West fällt mit 370 Wohnungen stark ins Gewicht. Auch im Kuonimatt rechnet man mit einem Plus von 150 Wohnungen. Im 2018 waren es noch 35. Im Gebiet Zentrum/Brunnmatt/Krauer ist es ein Plus von 160 und im 2018 wurden noch 50 angegeben. Es findet also ein Wachstum statt, auch wenn man dieses im Moment noch besser bewältigen kann, als noch bei der letzten Schulraumplanung angenommen. Dieses Wachstum muss stark beobachtet und begleitet werden. Auch gilt es aktuelle Strategien und Modelle eventuell neu zu überdenken und zu hinterfragen. Sind die Quartierstrategien noch richtig? Gilt es später längere Schulwege zu absolvieren? So kann man zwischen den Schulhäusern flexibel bleiben und freie Räume anderen Gebieten mit fehlendem Platzbedarf zur Verfügung stellen. Mehrmals im Bericht wird darauf hingewiesen, dass diese Wege denn auch genug sicher sein müssen. Im Gebiet Amlehn/Bleiche/Brunnmatt ist die Überquerung der Luzernerstrasse erwähnt. Es ist sogar von einer Schulwegsicherheitsoptimierung die Rede. Gerade speziell in Bezug auf ihre hängige Motion, lässt dies Ursula Wendelspiess aufhorchen.

Im Obernau fehlen leider immer noch Gruppenräume sowie Räume für die Tagesstruktur und IF-Unter-richt. Viele Fragezeichen gibt es auch noch in Bezug auf das weitere Vorgehen im Kuonimatt und der Modulstrategie. Die Module werden mehrmals im Bericht erwähnt. Es ist eine wichtige Reserve auf der hinteren Krauerwiese, um im Zentrum flexibel bleiben zu können. Die Wiese wird also nur teilweise frei. Welches wird die richtige Strategie sein? Im Moment hat man sicher etwas Zeit gewonnen, um genau diese Strategie zu überdenken und gut zu planen, um das Wachstum in Zukunft gut abdecken zu können. Auch bezüglich der Turnstunden ist der CVP/JCVP-Fraktion aufgefallen, dass ihr Hinweis mit den Turnstunden am Mittwochnachmittag guten Anklang gefunden hat und umgesetzt wird. Diesbezüglich muss man nun etwas umdenken. Gerade ältere Schülerinnen und Schüler können flexibel zwischen den Quartieren verschoben werden und der Mittwochnachmittag kann bei grösseren Kindern eingesetzt werden. Etwas vorsichtig gilt es ihrer Meinung nach mit der Aussage bezüglich Turnstunden umzugehen, dass mit den bestehenden Hallen der Bedarf für die nächsten 10 Jahre abgedeckt werden kann. Gespannt erwartet die CVP/JCVP-Fraktion das weitere Vorgehen. Wie geht man mit dem Wachstum um? Welche Strategie wird gewählt? Die CVP/JCVP-Fraktion wird dies gespannt verfolgen und auch auf die Quartierstrategie ein Augenmerk legen. Sie bedankt sich für die Erarbeitung der Schulraumplanung 2020 und nimmt diese positiv zur Kenntnis.

Hans Fluder bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion beim Stadtrat für den ausführlichen Bericht. Auch sie hat sich speziell mit den Überbauungen Schweighof und Mattenhof auseinandergesetzt. Laut GIS Analyse der Überbauungen Schweighof und Mattenhof sind die Anzahl Kinder pro Wohnung deutlich tiefer, als in der Schulraumplanung der letzten Jahre. Diese Schulraumplanung ist ein wichtiges Ventil, um die Kinderzahlen einigermaßen zu berechnen. Es macht ja auch nichts, wenn die Kinderzahlen tiefer sind als angenommen. Das gibt Luft nach oben. Die Kindergartenkinder werden sich in den nächsten zehn Jahren bei rund 500 Kindern bewegen. Auch für die nächsten zehn Jahre wird es keine grossen Veränderungen geben. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler der Primarschule wird sich bis Mitte der Zwanzigerjahre von heute gut 1'500 auf 1'750 erhöhen und sich dann auch einpendeln. Somit wird die Anzahl der Lernenden in der Primarschule weit weniger hoch ansteigen als 2018 berechnet wurde. Bei der Sekundarschule wird die Lernendenzahl wieder ansteigen. Wie in der letzten Kommissionssitzung vorgeschlagen, kann man die Seksschüler auch im Kirchbühl oder Meiersmatt zusammenziehen und dort unterrichten. Die Schüler sind erwachsen genug, um auch weitere Wege in Kauf zu nehmen. Meistens besitzen diese Schüler sowieso ein Fahrrad. Der Sprechende denkt an das Kuonimatt- und Roggernschulhaus, wo nur Primarschulen unterrichtet werden. Vielleicht ergibt sich noch eine Möglichkeit ein Modul von der Krauerwiese auf das Areal vom Kuonimatt zu versetzen. Mit den bestehenden Turnhallen ist man soweit abgedeckt. Das Positive ist, dass die Seksschüler ihre Turnstunden über den Mittag und am Mittwochnachmittag durchführen. Das ergibt wieder freie Kapazität. Die geplante Pilatus Arena wird nicht gebraucht und das Geld für die Miete bleibt in der Stadtkasse. Hans Fluder hat auch noch einen Vergleich mit der Stadt Luzern gemacht. Mit Stand 2018 gibt es in Luzern 24 Schulhäuser und 81'670 Einwohner und in Kriens 16 Schulhäuser und 27'440 Einwohner. Man muss vorsichtig sein, dass man nicht plötzlich auf Vorrat Schulhäuser aufstellt. Das wäre Geld, das die angeschlagene Krienser Stadtkasse nicht vertragen würde.

Wenn Erwin Schwarz, FDP-Fraktion, den Planungsbericht Schulraumplanung 2018 und seine Erkenntnisse mit den Erkenntnissen des vorliegenden Planungsberichtes vergleicht, muss er an die Bibel denken. In der Bibel findet die wunderbare Brotvermehrung statt, in Kriens die wunderbare Reduktion von notwendigem Schulraum. Man schüttelt zuerst ungläubig den Kopf, aber beim Studium der zugrundeliegenden Zahlen kommt dann etwas Klarheit auf. Die FDP-Fraktion nimmt den Planungsbericht positiv zur Kenntnis. Die sofortige Verlegung des hinteren Modules auf der Krauerwiese in die Schulanlage Roggern nimmt sie auch positiv zur Kenntnis. Auch die Gesamtstrategie der Schulraumplanung hat sie aufmerksam gelesen. Der FDP-Fraktion ist bewusst, dass die Schulanlagen Gabeldingen und Kuonimatt heilige Kühe sind, bittet aber den Stadtrat, sich über die Anlage Bleiche sehr schnell Gedanken zu machen, ob es die noch braucht. Es hat leeren Schulraum im Zentrum. Ob das unter der aktuellen Finanzsituation der Stadt sinnvoll ist, erübrigt sich zu fragen. Langfristig stellt sich die Frage, wie sich

der Stadtteil Kriens Mattenhof entwickelt. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass sich in diesem Gebiet ein gemeinsames Oberstufen-Zentrum mit der Stadt Luzern und allenfalls Horw lohnen würde. Sie dankt dem Stadtrat für den Planungsbericht, welchen sie positiv zur Kenntnis nimmt.

Michael Portmann, SP-Fraktion fragt, wie die Entwicklung einer Stadt und ihren Quartieren die Schule und auch umgekehrt beeinflusst. Welche Interessen teilen sich Bauwirtschaft, Investoren, Schule, Wirtschaftsförderung, Immobilienplanung und Stadt- und Quartierentwicklung? Welche Auswirkungen hat es, wenn diese Interessen gemeinsam statt einzeln betrachtet werden? Welche grundlegenden Daten müssen idealerweise vorliegen, damit aus einer Planung konkrete Massnahmen entstehen und dann über deren Finanzierung nachgedacht werden kann? Das sind alles Fragen, die sich mit der vorliegenden Schulraumplanung 2020 heute für die Stadt Kriens wenigstens teilweise beantworten lassen. Erstmals seit Erstellen der Schulraum-Planung wird deutlich sichtbar, dass dieses Instrument mehr macht als nur Schulraum zu planen. Wie das? Das will der Sprechende aufzeigen, indem er vier Fragen beantwortet:

Wie sieht man die Sofortmassnahme mit den Modulen?

Bis vor kurzem schien die Schulraum-Situation in der Kuonimatt unlösbar. Zu viele Interessen prallten aufeinander und führten zu allerlei interessanten Kurzschluss-Handlungen. Ergebnis war eine hoffnungslose Situation, die sich erst zu klären begann, als der Stadtrat konsequent das Gespräch mit allen Beteiligten gesucht hat. So gab es einen runden Tisch mit allen Parteien sowie eine Begleitgruppe in der Kuonimatt, in denen wichtige Anliegen eingebracht werden konnten. Dieser Austausch war ein Puzzlestein, der schliesslich zur Lösung beigetragen hat. Der zweite Baustein war die konsequente Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung. Das Baudepartement liefert Daten und Fakten zur Bautätigkeit. Wie viele Wohnungen sind geplant? Wie viele sind bereits bezogen? Das Einwohnermeldeamt klärt, wie viele Kinder und Jugendliche jetzt wo wohnen. Wird noch die Sicherheit auf den Schulwegen in die Betrachtungen mitberücksichtigt und angeschaut, wie sich die Verteilung der Altersgruppen in den einzelnen Überbauungen entwickelt, so entstand ein Gesamtbild der Situation. Mit diesem Gesamtbild wird dann aus Sicht der Immobilienabteilung berechenbar, welche Kosten entstehen, wenn man beispielsweise Modulbauten zu verschieben beginnt. In diesem Sinne ist die SP-Fraktion froh, dass hier eine kostengünstige, zukunftssträchtige Lösung für eines der Module auf der Krauerwiese gefunden wurde. Sie bietet Lösungen für viele Probleme und entlastet insbesondere die Situation in der Kuonimatt.

Sind die Schulkreise sinnvoll eingeteilt?

Aktuell wird mit drei grossen zentralen Schulkreisen im Zentrum und zwei peripheren Klein-Schulkreisen gearbeitet. Der Schulkreis Obernau hat sich historisch als ein in sich stimmiges, eigenes Dorf-Quartier entwickelt. Der Schulkreis Kuonimatt dagegen ist durch die Ringstrasse, einer Kantons- und Entlastungsstrasse für die ganze Gegend LuzernSüd, vom restlichen Kriens abgeschnitten. Auch aus Sicht des Sprechenden macht es keinen Sinn, Schulkinder über die stark befahrene Ringstrasse, durch ein Industriequartier hindurch zur Schule gehen zu lassen. Eine sinnvolle Durchwegung für Schulkinder fehlt im Bereich der Industriestrasse vollständig. Die drei grossen zentralen Schulkreise im Zentrum dagegen ermöglichen viel Flexibilität, so dass die Auslastung der Schulhäuser optimiert werden kann. Auch in diesen Schulkreisen gilt es auf die Sicherheit auf den Schulwegen zu achten. Besonders für die Kindergarten-Kinder gilt es hier von Seiten des Baudepartements her endlich auch eine Karte zu erstellen und systematisch unsichere Stellen zu entschärfen.

Ist unser Schulraum quartierverträglich?

Aufgrund der heute bekannten Anzahl Schüler und Schülerinnen wird sichtbar, dass man in der Stadt Kriens über genügend Schulraum verfügt. Woran man arbeiten muss ist die Einteilung der Quartiere in der Stadt Kriens. Die Quartiere passen nämlich nicht zu den Schulkreisen. Warum? Die Quartierschulhäuser sind natürlicherweise Treffpunkte für die Kinder und Jugendlichen, aber auch für ihre Eltern. Deshalb wäre es mehr als sinnvoll, wenn die Quartierschulhäuser auch als Treffpunkte für die Quartiere genutzt werden. Was aber dann, wenn das Kind gar nicht im eigenen Quartier zur Schule geht?

Was, wenn das Quartierfest in einem anderen Schulhaus stattfindet, in welchem man weder Eltern noch Lehrpersonen noch Kinder kennt? Dann hat man ja gar keinen Anschluss. Hier hofft der Sprechende sehr, dass die Kinder und Jugendlichen nicht einfach nur kostengünstig und finanzverträglich auf den bestehenden Schulraum verteilt werden, sondern dass sich die Stadt Kriens auch um natürlich entstandene Sozialräume und Quartiertreffpunkte kümmert. Hoffnung macht nun ja auch die integrale Quartieranalyse, welche in der Schulraumplanung angekündigt wird.

Welche Interessen hat die Bauwirtschaft?

In letzter Zeit suchen viele Investoren regelmässig den Kontakt mit uns. Sie informieren umfangreich über ihre Projekte und sind durchaus auch offen für Ideen, Anregungen oder Meinungen. Zuerst empfand Michael Portmann das als störend, heute ist er froh, dass der Austausch derart offen stattfindet. Schliesslich sind Investoren ebenso wie die Stadt daran interessiert, dass ihre Bauwerke und Überbauungen in lebenswerten und lebendigen Quartieren stehen und da auch hineinpassen. Umgekehrt ist die Stadt auch daran interessiert, dass sich die Quartiere optimal entwickeln. Der Sprechende findet es sehr wichtig, dass dieser Austausch breit stattfindet, damit bessere Projekte entstehen.

Zum Schluss noch spricht er die Resilienz oder Krisenfestigkeit einer Schulraumplanung an. Eine Schulraumplanung muss dazu führen, dass man mit schwierigen und unerwarteten Ereignissen umgehen und auch dann noch Lösungen sehen kann. Situationen wie in der Kuonimatt zeigen hier Defizite in der Quartier- und Stadtplanung auf, vor allem in der Partizipation. Hier muss auf dem eingeschlagenen Weg zu mehr Partizipation im richtigen Moment konsequent und gründlich weitergearbeitet werden. Neue unerwartete Situationen gab, gibt und wird es immer wieder geben: 2 Jahre Kindergarten, Lehrplan 21, Tagesstrukturen, die in die Schule integriert werden müssen, Naphthalin in Schulräumen, oder vielleicht einen zukünftigen Babyboom im Schweighofpark oder Mattenhof. In diesem Sinne nimmt die SP-Fraktion die Schulraum-Planung sehr positiv zur Kenntnis und dankt allen Beteiligten für die gute und eingespielte Zusammenarbeit in diesem für Kriens wichtigen Stadtentwicklungs-Thema.

Die Grüne/GLP-Fraktion hatte laut Raoul Niederberger gespannt auf den Bericht zur Schulraumplanung gewartet. So erweist er sich doch als richtungsweisend für verschieden Fragen, die in diesem Rat zu einigem Diskussionsbedarf geführt haben, wie beispielsweise Kuonimatt, Krauerwiese oder Schulsport in der geplanten Pilatus Arena. Das Gute vorweg: Auf einige dieser Fragen liefert der Bericht Antworten. So kann auf Schulsport in der Pilatus Arena verzichtet werden. Das Hallenpotenzial ist genügend gross, um die Bedürfnisse des Schulsportes abzudecken und dies bereits ohne die Hinzurechnung von Lektionen am Mittwochnachmittag. Dies sind gute Nachrichten in Zeiten von knappen Finanzen, die nota bene in den nächsten Jahren aufgrund der aktuellen Lage sicherlich nicht rosiger wird. Auf eine teure Hallenmiete kann also verzichtet werden. Auch die Entwicklung der Schülerzahlen stimmt aus finanziellen Überlegungen positiv. In den neuen Überbauungen im Gebiet Mattenhof sind die Anzahl wohnhafter Kinder wesentlich tiefer als erwartet. Der aktuell bestehende Schulraum reicht grundsätzlich bis ins Jahr 2031. Zwar fehlt es im Schulbereich Kuonimatt bis ins Jahr 2025 an 4 Klassenzimmern. Indes kann dem aktuellen Platzmangel für das Schuljahr 2020/21 begegnet werden, in dem man zwei Klassen ins Roggernschulhaus verschiebt und dazu an diesen Standort mit einer Modulbaute der Krauerwiese erweitert. Damit kann man zwei weitere Probleme entschärfen, die bereits angesprochen wurden. Zum einen ist dies die Erweiterung der Schulanlage Kuonimatt und zum anderen die Befreiung der Krauerwiese von Modulbauten. Für die Grüne/GLP-Fraktion ist dies ein Schritt in die richtige Richtung bei der Lösung dieser beiden Probleme. Warum aber der Stadtrat erst jetzt zu einem solchen Umdenken bereit war, nachdem noch bis Anfangsjahr auf eine Verschiebung einer Modulbaute oder zwei auf die Schulanlage Kuonimatt gepocht wurde, ist für sie nicht ganz klar. An dieser Stelle möchte der Sprechende den Stadtrat auch nochmal an seine Antwort auf die Petition «Bauprojekt Modularer Schulraum Roggern, Kriens» aus dem März 2016 erinnern. Darin hält er fest, dass die Modulbauten Übergangslösungen sind, die Fragen der Aussenräume in der nächsten Schulraumplanung geklärt werden und schliesslich langfristig ein neues Schulhaus notwendig wird. Zu diesen Punkten fehlen Aussagen im vorliegend B+A. Vielleicht kann der Stadtrat im Anschluss noch kurz dazu Stellung nehmen. Raoul Niederberger möchte nun noch einmal auf die Entwicklung der Schülerzahlen zu

sprechen kommen. Nachdem diese bereits in der letzten Schulraumplanung von 2016 auf 2018 massiv nach unten korrigiert werden mussten, zeigt sich dieses Mal dasselbe Bild. Bis anhin wurden diese grossen Unterschiede damit begründet, dass der Wohnungsmix in den neuen Überbauungen in LuzernSüd noch unbekannt war. Jetzt steht dieser zumindest für die Überbauungen Schweighof und Mattenhof fest. Die Grüne/GLP-Fraktion erhofft sich deshalb für die Zukunft kleinere Schwankungen. Für sie stellt sich aber doch auch die Frage, warum bei dieser unklaren Datenlage bis anhin nicht mit verschiedenen Prognosen gerechnet wurde. Für die Grüne/GLP-Fraktion stellt sich generell die Frage, ob für eine nächste Schulraumplanung nicht ein Neustart angebracht wäre, da diese in die integrale Quartier- und Stadtentwicklung integriert werden soll. In der «neuen» Schulraumplanung soll die Schule nicht mehr nur als «Schulraum» betrachtet werden, sondern in ihren weiteren Funktionen als Quartier-treffpunkt, Hort mit Tagesstrukturen, Spiel- und Freizeittfläche, etc. Diese Transformation ist extrem wichtig, damit die Schulanlagen ihren wichtigen Teil bei der Entwicklung lebenswerter und lebendiger Quartierstrukturen in der Stadt Kriens beitragen können. Die Grüne/GLP-Fraktion nimmt den Bericht Schulraumplanung - Nachführung 2020 zur Kenntnis.

Judith Luthiger-Senn freut sich sehr über die durchwegs positiven Rückmeldungen. Es stimmt auch positiv, dass im Moment keine neue Sekundar-Schulanlage und Turnhalle notwendig ist. Zu Recht fragt man sich, wieso man dies nicht bereits früher wusste. Auch warum man nicht mit verschiedenen Szenarien gerechnet hat. Der Grund dafür ist einfach. Die Stadt arbeitet mit einem externen Büro, Zeitraumplanungen AG, zusammen. Diese erheben datenbasierte Zahlen, welche auf Erfahrungswerte und Zahlen des Bau- und Umweltschweizerdepartementes basieren. Bei der Anzahl Wohnungen wird auf die Einheit herunter gerechnet. Die Erfahrungswerte werden nicht nur in Kriens, sondern schweizweit mit denselben Parametern gebraucht. Darum wurden diese verlässlichen Zahlen aufgenommen und es wurde immer mit gleichbleibenden Zahlen gerechnet, weil man möchte ja Äpfel mit Äpfel vergleichen. Seit 2010 gibt es diese Schulraumplanung. Es wurde bisher immer mit den gleichen Grundlagen gerechnet. Man rechnet nie mit einem hundert prozentigen Ausbaugrad, sondern höchstens mit 75 %. Es wird auch immer mit den gleichen Einflussfaktoren gerechnet. Kriens wächst jedes Jahr. Im 2019 gab es 247 Kinder mehr. Auch darum braucht es immer wieder eine Überarbeitung der Planung. 1'648 Wohnungen stehen in Kriens leer. Das kann mitunter ein Grund sein, weshalb man heute noch nicht so viele Kinder und Familien hier haben. In der Schulraumplanung 2018 wurde gesagt, dass man Planungszahlen und noch keine verlässlichen Ist-Zahlen hat. In der Schällematt ist eine einzige Wohnung frei. Im Schweighof sind erst 60 % der Wohnungen bezogen. Aufgrund von diesem Bestand wurden die Kinder angeschaut. Man schaute, wie viele Kinder von 0-6 Jahren in diesen beiden Überbauungen wohnen. Man kann zwischen diesen beiden Überbauungen einen deutlichen Unterscheid feststellen. Kinder zwischen 6-12 Jahren hat es im Schweighof gerade einmal vier. In der Schällematt gibt es einige mehr. Der Parameter, welcher zur GIS-Analyse immer wieder verwendet wurde, musste aufgrund der effektiven Zahlen nach unten korrigiert werden. Die Zahl von 0.25 Kind pro Wohneinheit musste auf 0.15 korrigiert werden. In der neuen Überbauung Mattenhof wohnen aktuell vier Kinder, obwohl rund 2/3 der Wohnungen vermietet wurden. Deshalb ist es richtig die Zahl nach unten zu korrigieren und mit den Erfahrungswerten weiterzurechnen. Dasselbe wird für Eichhof West gelten. In den letzten Jahren hat der Wohnungsmix gewechselt und man ging von 4.5-Zimmerwohnungen zu 3.5-Zimmerwohnungen. Beim Schweighof ging man davon aus, dass es eine familienfreundliche Umgebung wird. Es hat aber lediglich 59 4.5-Zimmerwohnungen und rund 600 3.5-Zimmerwohnungen. Es ist nicht wirklich familienfreundlich, weil der Wohnungsmix ganz anders ausfiel. Die tiefere Anzahl der Kinder hat vermutlich auch damit zu tun, dass nicht nur der Trend zu kleineren Wohnungen, sondern auch die sozialen Räume eine Rolle spielen. Will man in ein Quartier umziehen, welches noch nicht bereit ist, die Freiräume fehlen und noch keine Grünräume hat? Das sind Aspekte, weshalb das Wachstum viel geringer ist. 191 Kinder sind bereits auf der Welt, welche in den nächsten 6 Jahren eingeschult werden. Dieses Wachstum, ohne zusätzliche Zuzüge, hat man bereits und daraus entstehen Schulklassen. Darum ist es wichtig, dass die Schulraumplanung immer wieder angepasst wird. Nun kommt die Sprechende zur Prognose. Im Moment hat man 27 Kindergartenräume, welche für die nächsten Jahre auch ausreichen werden. Aufgrund der Sparmassnahmen mussten bereits weitere Kindergärten geschlossen werden,

weshalb man nun auf 25 ist. Die Kindergartenräume reichen aber aus. Bei der Primarschule ist es dasselbe. Es gibt ein moderateres Wachstum, als noch im 2018 angenommen wurde. Die Klassenräume reichen jedoch aus. Allerdings wurden die Modulbauten der Krauerwiese eingerechnet. Auch bei der Sekundarstufe reicht es, obwohl zu einem späteren Zeitpunkt ein paar Klassen mehr benötigt werden. Auch dies kann aufgefangen werden. Es gibt auch eine Übersicht, wo das Wachstum stattfindet. Allenfalls braucht es einen Kindergarten mehr in der Kuonimatt und im Obernau. Das wurde aber bereits schon erwähnt, wie dies gelöst werden kann. Wie bereits richtig festgestellt wurde, gibt es ein Wachstum im Amlehn, Bleiche und Gabeldingen. Heute hat man ein Klassenpotential von 15 Räumen, brauchen aber etwa 18 Räume. Man hat die Möglichkeit diese ins Zentrum oder Brunnmatt zu verschieben, weil man im Moment noch freie Kapazität hat. In der Kuonimatt sieht man auch, dass es Räume braucht. Deshalb wurde die Sofortmassnahme ergriffen, dass mit dem Roggern Lösungen angeboten werden können. Die jungen Kinder sollen im Kindergarten und Unterstufe vor allem in der Kuonimatt bleiben und die älteren Kinder ins Roggern verschoben werden. Das Meiersmatt reicht und im Obernau bleibt es auch konstant. An den Planungsgrundsätzen möchte man festhalten. Kindergärten und Primarschulen gehören zusammen. Primarschulen sollen in flexiblen Schulkreisen sein. Es ist wichtig, sichere Schulwege zu haben. Die Ringstrasse trennt das Kuonimatt vom Schweighof. Der Schweighof wurde vom Schulkreis Kuonimatt in den Schulkreis Roggern verschoben. So ist die Sicherheit mehr gewährleistet, als wenn die Kinder über die Ringstrasse gehen müssten. Das gibt auch eine Entlastung für das Kuonimatt. Bei der Sekundarschule gibt es einen Schulkreis, aber auch hier braucht es ein sicheres Velonetz. Die Sofortmassnahme zur Aufstockung im Roggern wurde von den Fraktionen als richtig erachtet. Das freut die Sprechende. Die Turnhallen sollen auch weiterhin für MUKI-Turnen, Seniorenturnen oder IS-Kitas während den Stundenplänen der Schule zur Verfügung stehen können. Diese Vereine sollen nach wie vor während den Schulstunden einen Ort für ihre sportlichen Tätigkeiten haben. Das Gesamtfazit ist, dass es eine Entspannung gibt. Es braucht tatsächlich keine neuen Hallen, denn es gibt eine kleine Reserve. Es besteht die Option, dass die Sekschüler am Mittwochnachmittag eingeplant werden können. In Zukunft soll die Schulraumplanung mit der Quartieranalyse verbunden werden. Letzte Woche fand die Kickoff-Sitzung für das weitere Vorgehen statt. Es soll eine breit abgestützte partizipative Analyse gemacht werden. Diese soll klare Entscheide geben, wo die kleinen Quartierschulhäuser und Quartiertreffpunkte wichtig sind. Wo gibt es nachhaltige Lösungen für die Quartierbewohnenden? Man hat mit einem Projektbeschrieb begonnen, welcher noch nicht vollständig ist. Alle Departemente arbeiten mit und es gibt einen partizipativen Prozess. Grün-, Frei- und Sportflächen sollen angeschaut werden. Sichere gute Verbindungen zu Fuss oder mit dem Velo, wie auch die Sozialräume für Jung und Alt sind wichtig. Nicht zuletzt muss eine BZR-Revision gemacht werden, in welche diese Analyse einfließen wird. Das gibt Antworten dazu, wo Quartierschulhäuser richtig sind und wo zukünftig gebaut werden soll. Muss eventuell das Kuonimatt ausgebaut werden? Oder ist es an einem anderen Ort? Die Sprechende freut sich auf diese Zusammenarbeit. Judith Luthiger-Senn dankt für die wohlwollenden Worte zur Schulraumplanung und freut sich die Sofortmassnahmen mit den Modulbauten einleiten zu können. So kann die Krauerwiese teilweise wieder freigespielt werden. Es wurde noch die Frage gestellt, weshalb man nicht schon früher darauf gekommen ist. Die Modulstrategie ist auch ein Bereich der erwähnten Quartieranalyse. Es gibt eine ökonomische Überlegung dazu, weshalb man das Roggern aufstockt. Es ist die wirtschaftlichste Lösung, dass ein Modul verschoben wird. So kann die Wiese freigespielt werden und hat eine Lösung für die Kuonimatt. Im Roggern gibt es ja noch das Problem von Naphthalin. Mit dem Modul hat man die Möglichkeit während der Sanierung die Kinder ins Modul zu verschieben. So kann die Sanierung parallel durchgeführt werden. Das sind wichtige Optionen, damit es gelingt.

Raoul Niederberger hat noch eine Frage zur Petition im Roggernschulhaus gestellt. Es ging um den Umgang mit Aussenräumen und das die Modulbaute eine Übergangslösung ist. Langfristig möchte man dort ein neues Schulhaus. Im Bericht steht, dass die Modulbaute kurzfristig zum Roggern verschoben wird. Wie man mit diesen Fragen im Zusammenhang mit der Verschiebung umgeht, hat er bisher nicht gehört. Vielleicht kann der Stadtrat dazu noch Auskunft geben.

Patrick Koch's Anliegen geht in die gleiche Richtung. Er stellt fest, dass die Stadt offenbar immer noch mit den modularen Bauten plant. Das ist für den Sprechenden absolut unverständlich. Weshalb wird nicht endlich die mögliche und notwendige Aufstockung des Oberstufenschulhauses vorangetrieben? Er fragt sich wirklich, ob es langfristig teurer ist, als das hin und her verschieben der Modulbauten. Er kann es kaum fassen, dass das hintere Modul der Krauerwiese auf das bestehende Modul im Roggern aufgebaut wird. So wird die Situation vor Ort für Jahre zementiert und die beliebte grüne Spielwiese steht für längere Zeit nicht mehr zur Verfügung. Es kann doch einfach nicht sein, dass das Problem von der Krauerwiese und Schulhaus Kuonimatt einfach ins Roggern abgeschoben wird. Der Sprechende weist daraufhin, dass der Einwohnerrat eine Bemerkung überwiesen hat, dass die Modulbaute der Roggernwiese möglichst bald wieder entfernt werden muss. Die Ausschreibung, sofern diese gesetzeskonform erfolgt, wird er genauestens verfolgen und das weitere Vorgehen anschauen. Die Schülerzahl beim Roggernschulhaus wird stark ansteigen. Es kann nicht sein, dass die Spielwiese nicht von den Schülern in ihrer vollen Grösse genutzt werden kann. Oberhalb des Militärmuseum wurde bereits schon der Hort auf die grüne Wiese gestellt. Dann gibt es nur noch einen Betonplatz, welcher als Handballplatz dient. Patrick Koch ist sehr gespannt auf den Planungsbericht der Modulstrategie, der aufzeigt welches Modul wie lange steht.

Gemäss Franco Faé wurde eine kurzfristige Entscheidung getroffen, dass das Modul ins Roggern geht. Wenn eine Entwicklung stattfindet, wird es in diesem Gebiet sein. Es ist schon angedacht, dass wenn das Modul verschoben wird, wird dieses über eine lange Zeit dort stehen bleiben. Man muss auch bedenken, dass finanziell sehr grosse Abschreibungen in Kauf genommen werden, wenn diese Module verkauft werden. 2015 wurde entschieden, dass die Module angeschafft werden und diese an andere Standorte verschoben werden können. So sieht auch momentan die Planung aus. Im Roggern wird es Bedarf geben, aber es ist auch nicht ausgeschlossen, dass dieses Schulhaus tatsächlich noch aufgestockt wird.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Roger Erni liest den **Text zur Kenntnisnahme** vor:

Der Planungsbericht Schulraumplanung 2020 und Folgejahre wird zur Kenntnis genommen.

Gemäss dem Sprechenden findet keine Abstimmung statt.

8a. Dringliches Postulat Camenisch: Ein Haus der Krienser Vereine als möglichen neuen Verwendungszweck für das bisher ungenutzte alte Gemeindehaus in Kriens Nr. 284/20

Gemäss Roger Erni ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Anita Burkhardt-Künzler opponiert der Überweisung.

Gemäss Räto Camenisch sieht man in der Geschichte von Kriens, dass es immer eine arme Gemeinde war. Schon im Spätmittelalter gab es bereits viele Abhängigkeiten. Es waren arme Leute und Kriens war landwirtschaftlich geprägt. Erst die Industrialisierung hat eine Erhöhung des sozialen Standards auf der einen Seite, aber auch sehr viel neue Armut auf der anderen Seite gebracht. Das war eine Zeit im vorletzten Jahrhundert als Kriens bis zu 70 % Armenlasten bezahlen musste. Dass muss man sich einmal vorstellen. Erst Anfang des letzten Jahrhunderts hat sich eine gewisse Verbesserung eingestellt und es gab einen Aufbruch. Man hat sich damals ein neues Gemeindehaus geleistet. Dieses war sehr teuer und war umstritten. Man leistete sich etwas Schönes, welches stets unterhalten wurde. Das war bisher das Herz und die Seele dieser Gemeinde. Ist es richtig, wenn dieses fast 100-jährige Haus einfach in ein Bürogebäude oder zu einem Sitz einer Firma umgewandelt wird? Soll man mit diesen Zeitzeugen so umgehen? Das Haus war immer für Krienser da und der Sprechende ist der Meinung, dass dieses auch weiterhin für Krienser da sein soll. Er hat dieses Postulat dringlich eingereicht, weil ein Umbau in Planung ist. Das ist teilweise für die Werterhaltung richtig. Man muss aber jetzt wissen, was man mit diesem Gebäude machen will. Wenn dieses den Vereinen zur Verfügung gestellt werden soll, braucht es keine teuren Umbauten. Die Vereine können die Räume auch selber gestalten. In der Gemeinde gibt es auch andere Beispiele wie die Villa Florida. Diese hat man zu einem Museum umgenutzt, was eine Erfolgsgeschichte ist. Vom Schössli möchte er gar nicht sprechen, denn auch das ist eine Erfolgsgeschichte sowie die Sonnenbergbahn auch. Gewisse Gebäude sollten nicht einfach so verscherbelt, sondern selber benutzt werden. Welchen Zweck kann man hier also vorsehen? Der Postulant hat es als Haus der Vereine bezeichnet. Dies meinte er jedoch nicht so streng. Es könnte auch das Haus für Kleinkünstler, für Kleinhandwerker, für Vereinsaktivitäten oder auch für politische Zwecke sein. Es hat einen Saal, der gut genutzt werden kann. Deshalb möchte er den Begriff nicht so auf Haus der Vereine beschränken, sondern beispielsweise ausweiten auf Haus für Kriens. Wenn man es richtig organisiert, kann es funktionieren. Für das Museum im Bellpark hat man auch eine Trägerschaft gefunden. So wäre es auch für die Nutzer erschwinglich, weil die Gemeinde vielleicht nur die laufenden Kosten und nicht die eigentlichen Gebäudekosten verrechnet. Das ist für die Gemeinde einerseits keine Belastung, generiert aber auch keinen Gewinn. Räto Camenisch denkt auch an den Vorstoss von Michael Portmann in Bezug auf Familien im Zentrum. Solche Familienräume könnten auch durchaus in diesem Haus realisiert werden. Raphael Spörri kam auf ihn zu und sagte, dass es im Appenzell ein Haus des lokalen Handwerkes gibt. Das ist eine Attraktion. Auch hier wäre dies durchaus machbar. Man hat die Möglichkeit Kleinschulungen durchzuführen. Er sieht somit viele Möglichkeiten für die Nutzung des alten Gemeindehauses. Das ist sicher besser als dies einer Firma für ihren Sitz zu übergeben. Es braucht keine grosse Sanierung, weil das Haus ist in einem guten Zustand. Bei Vereinen geht es ja grundsätzlich darum, dass die Miete nicht hoch ist. Ein hoher Komfort ist grundsätzlich auch nicht nötig. Will man wirklich dieses Haus für eine Firmennutzung freigeben? Will man es nicht für Kriens behalten und deren verschiedenen genannten Aktivitäten? Das wäre grandios. Mit diesem Postulat soll geprüft werden, ob eine solche Sache möglich und auch mit den Finanzen kompatibel ist. Zu prüfen ist, ob überhaupt ein Bedarf besteht. Er bittet deshalb das Postulat zu überweisen.

Die CVP/JCVP-Fraktion hat gemäss Anita Burkhardt-Künzler zwar die Dringlichkeit des Postulats gutgeheissen, sie ist jedoch gegen eine Überweisung. Es hat nichts mit der Idee zu tun, die eigentlich genial ist. Aber bei der Planung des Zentrums wurde ganz klar ausgewiesen, dass mit dem alten Gemeindehaus durch dessen Vermietung Einnahmen zu generieren sind. Hier nun einen Ort für Kultur oder Vereine zu schaffen wäre natürlich wunderschön, doch damit lassen sich leider keine Mieteinnahmen erzielen. Das Ersuchen des Postulanten ist zwar toll, erstaunt es sie jedoch, dass genau von dieser Seite ein solches Ansinnen kommt. Gerade die SVP bemängelt immer wieder zu hohen Kosten, zu wenige Einnahmen und bestimmt bei der nächsten Sitzung die finanzielle Situation der Stadt Kriens. Doch ausgerechnet beim alten Gemeindehaus zählen alle diese Einwände nicht mehr. Bei dem Objekt, das ganz klar zu Einnahmen für die Stadt Kriens führen soll, wird diese ursprüngliche Zuordnung weggeschickt. Lässt man doch der Stadt auch noch ein paar Möglichkeiten Einnahmen zu generieren. Der

CVP/JCVP-Fraktion ist es wichtig mit dem Gemeindehaus die angestrebte Nutzung umzusetzen, um die eingeplanten Mieteinnahmen herbeizuführen. Aus diesem Grund ist sie, wie zu Anfang erwähnt, gegen die Überweisung des Postulates.

Die FDP-Fraktion findet laut Enrico Ercolani das Ansinnen des Postulanten eigentlich edel. Für sie ist aber fraglich, ob es überhaupt nötig ist nebst den grossen Angeboten im Kulturquadrat, Schulhäusern, Sitzungszimmern im Stadthaus etc., die Vereine heute nutzen können, weitere Räume zur Verfügung zu stellen. Wurden Vereine angefragt oder sind Anfragen für zusätzlichen Raum vorhanden? Wäre es nicht sinnvoller, das Gebäude gut zu vermieten oder sogar zu verkaufen und damit gute Steuerzahler und Arbeitsplätze nach Kriens zu bringen? Die FDP-Fraktion meint, dass jetzt Strategien gefragt sind, die die Krienser Finanzlage verbessern. Für sie ist zu vieles unklar. Die FDP-Fraktion kann deshalb eine Umnutzung im Sinne des Postulanten nicht unterstützen.

Raphael Spörri von der SP-Fraktion meint, dass man diese Chance nutzen soll, wenn man sie schon hat. Diese Chance soll man am Schopf packen und prüfen lassen. Der Sprechende unterstützt den Postulanten in seinem Ansinnen, denn dies ist eine ganz tolle Sache. Er hat ganz klar gesagt, dass bei einem Postulat etwas zu prüfen ist. Ist es finanziell machbar? Welche Auswirkungen hat dies? Ist überhaupt ein Begehren da? All diese Fragen, Kritiken oder auch Zweifel versteht der Sprechende voll und ganz. Aber mit dem Überweisen dieses Postulats hat der Stadtrat zu prüfen, ob es überhaupt möglich ist. Wer noch nie auf der Seite des Appenzeller Zunfthauses war, dem kann er es wärmstens empfehlen. Man kann nachlesen, wie diese Idee umgesetzt wurde. Ob es nötig ist, soll nun geprüft werden. Darum bittet der Sprechende das Postulat zu überweisen.

Die Grüne/GLP-Fraktion unterstützt gemäss Raoul Niederberger das Anliegen des Postulanten. Die Nutzung des Gemeindehauses als ein Haus der Vereine ist eine attraktive Alternative zum Leerstand. Dies auch im Sinne einer Zwischennutzung, wenn der Stadtrat das Haus trotzdem langfristig vermieten möchte. Wie bereits gesagt wurde, geht es vorerst nur um die Prüfung einer solchen Möglichkeit. Die Vermietung hat sich ja bisher als schwieriger herausgestellt, als gedacht. Das Haus soll weiterhin für die Krienser Bevölkerung offenstehen und als Ort der Begegnung dienen. Heute hörte man bereits viel über Quartiere, Quartierstrukturen und die Identifikation mit diesen Quartieren. Das alte Gemeindehaus bietet die Chance auch als Begegnungsort eine solche identitätsstiftende Rolle zu spielen. Zu den fehlenden Mieteinnahmen muss man auch sagen, dass mit dem geplanten Umbau zuerst einmal Kosten entstehen. Diese Investitionen müssen mit den Mieteinnahmen zuerst einmal wieder gedeckt werden. Vielleicht ist es finanziell attraktiv, wenn man dieses Haus günstiger umbaut und schneller vermieten kann.

Abstimmung über die Überweisung des dringlichen Postulats Camenisch: Ein Haus der Krienser Vereine als möglichen neuen Verwendungszweck für das bisher ungenutzte alte Gemeindehaus in Kriens (Nr. 284/20)

Das dringliche Postulat wird mit 17:10 Stimmen überwiesen.

Aufgrund eines technischen Fehlers, sind die Details nicht ersichtlich.

8b. Beantwortung dringliche Interpellation Zellweger: Vorkehrungen Corona-Virus Nr. 287/20

Lothar Sidler stellt fest, dass diese Interpellation noch vor der Corona-Krise eingereicht wurde. Wenn man diese Fragen so beantworten wollte, wie sie gestellt sind, dann müsste man hinter die Krise zurückgehen. Die Antworten wurden so angepasst, dass diese auf die aktuelle Situation Bezug nehmen. Wenn sie nicht ganz genau das beantworten, was gefragt wurde, ist es darauf zurückzuführen.

1. Welche konkreten Vorkehrungen für den Fall einer Verschärfung der Situation hat der Stadtrat bereits getroffen. Gibt es entsprechende Notfall- und Kommunikationspläne?

In organisatorischer Hinsicht waren die Vorkehrungen dreistufig. Im Februar 2020 organisierte die Ansprechstelle Gesundheitsfragen des Sozialdepartements eine Adhoc-Organisation. Diese Organisation erledigte Grundlagenarbeiten, insbesondere die Klärung der rechtlichen Grundlagen und die Materialkontrolle. Danach wurde die Bestellung der Materialbeschaffungen für erforderliche Hygieneartikel in Auftrag gegeben.

Am 2. März 2020 konstituierte sich die Koordinationsgruppe Coronavirus, welche jeweils am Montagmorgen tagte. Zudem tagte an den Arbeitstagen täglich ein Ausschuss, der sich mit der Umsetzung von Massnahmen in der Stadtverwaltung (inkl. Volksschulen) befasste. Auf die Arbeit der Koordinationsgruppe und des Ausschusses kommt Lothar Sidler unter Frage 2 zurück.

Am 14. März 2020 setzte der Stadtrat Kriens den Gemeindeführungsstab ein. Dieser arbeitet gemäss den Handbüchern über die Pandemieplanung Verwaltung, Volksschule, Heime und Spitex und gemäss dem Handbuch zur Führung und Organisation der Gemeinde Kriens in Notlagen. Dieser tagte anfänglich täglich und nun noch einmal pro Woche. Auf deren Arbeit kommt der Sprechende unter der Frage 4 zurück.

2. Welche Massnahmen sind verwaltungsintern geplant. Gibt es entsprechende Regelungen?

Wie bereits erwähnt, wurde eine Koordinationsgruppe Coronavirus und ein Ausschuss der Koordinationsgruppe gebildet. Die Koordinationsgruppe setzte sich zusammen aus Andres Sommer (Gemeindeführungsstab), Maureen Aschwanden (Heime Kriens), Beni Anderes (Medien), Markus Buholzer (Schulen Kriens), Roland Fankhauser (Immobiliendienste / Gebäudebewirtschaftung), Pia Küttel (Spitex Kriens), Béatrice Pistor (Sozialdienste), Beat Schwander (Personaldienste), Lothar Sidler (Sozialvorsteher), Matthias Senn (Chef Gemeindeführungsstab), Franco Faé (Leiter SIBE).

An der Sitzung der Koordinationsgruppe Coronavirus wurden den Gruppenmitgliedern diverse Planungsarbeiten in Auftrag gegeben. Dabei ging es primär um die Aktualisierung der Handbücher Pandemie und Führung in Notlagen sowie die Planung von besonderen Situationen vor und nach Eintritt des Pandemiefalles.

Die Koordinationsgruppe hat auch Massnahmen zur Planung der Weiterführung des verwaltungsinternen Betriebes in die Wege geleitet. Das ist das sogenannte Betriebskontinuitäts Management. Es wurden Pläne erstellt, so dass jede Abteilung für den Notfall weiterarbeiten konnte. Es wurde darin festgelegt, wer im Stadthaus, wer im Homeoffice arbeitet und wie das Ganze organisiert ist. Dann ging es vor allem um die interne Organisation des Hauses. Man musste schauen, wie der Betrieb weitergeführt werden kann. Während der gesamten Corona-Zeit konnte der Betrieb aufrechterhalten werden. Andere Gemeinde- und Stadtverwaltungen haben geschlossen. Es wurde jedoch geschaut, dass sich die Leute telefonisch voranmelden. Es bestand aber zu jeder Zeit ein Schalterdienst, wenn auch im eingeschränkten Rahmen. Dank dem Kontinuitätsmanagement und der internen Organisation hat man es hingekriegt. Die interne Organisation sah vor, dass ein Teil der Verwaltung zu oberst in der Cafeteria die Kaffeepause vornimmt und der andere Teil zu unterst in der Küche des Pilatussaales. Dank der grossen Räume konnten auch noch wirklich notwendige Sitzungen durchgeführt werden.

Der Ausschuss bestand aus Lothar Sidler, Béatrice Pistor, Roland Fankhauser und Beat Schwander. Man traf sich täglich und schaute, was benötigt wird. Die Adhoc-Organisation arbeitete mit Empfehlungen. Sie konnte mangels Sonderorganisation keine Entscheide fällen und Aufträge erteilen. Davon ausgenommen war Roland Fankhauser, welcher für die Erfüllung seiner Aufgaben als SIBE über Weisungsrechte verfügte. Die Empfehlungen wurden in der Regel sofort umgesetzt.

Der Ausschuss der Koordinationsgruppe Coronavirus ordnete zuerst diverse, vom BAG empfohlene Sofortmassnahmen an und sorgte für deren Vollzug:

- Kontrolle der für den Pandemiefall notwendigen Mittel und Materialien
- Informationen an Mitarbeitende, Leitung Heime und Spitex, Infostellen KIG und Migration sowie Öffentlichkeit
- Aufhängen von Plakaten im Stadthaus und in den Schulhäusern über Hygienemassnahmen und über richtiges Händewaschen (Anschläge im WC)
- Instruktion der Lehrpersonen und der Hauswarte über die Hygienemassnahmen an den Schulen
- Beschaffung von Abfalleimern mit Deckel für die Schulen, das Stadthaus und die stadteigenen, öffentlichen Gebäude wie Schappe Kulturquadrat etc.
- Beschaffung von Handschuhen für Mitarbeitende, die Akten von Klienten entgegennehmen müssen
- Aufstellen von Tischen als «Distanzhalter» im 1. OG, später wurden Plexiglasscheiben aufgestellt

3. In den Volksschulen werden in vergleichbaren Fällen Regelungen für Hygiene oder das Verhalten bei Krankheiten bekanntgegeben. Ist eine entsprechende Massnahme nach den Ferien (Heimkehrer) geplant?

In den Schulen Kriens wurden die Vorschriften des Bundesamts für Gesundheit, die Weisungen der Dienststelle Gesundheit und Sport sowie der Dienststelle Volksschulbildung umgesetzt. Dafür wurden die Hauswarte und die Lehrpersonen über die Hygienemassnahmen informiert und geschult. Zudem wurden auch dort die offiziellen Plakate aufgehängt. In den WC-Anlagen der Schulgebäude wurden Plakate mit Anweisungen für das richtige Waschen der Hände aufgehängt. Zudem wurden in den Schulzimmern schliessbare Abfalleimer aufgestellt.

Für Kinder, insbesondere auch für die aus den Ferien heimkehrenden Kinder mit Krankheitssymptomen galten die gleichen Regeln wie für die Allgemeinheit. Im Falle der Feststellung von Symptomen hätten sich die Kinder in Selbstquarantäne zu Hause begeben müssen oder sie wären in Quarantäne nach Hause geschickt worden.

Ergänzend festzuhalten ist, dass die Schulen Kriens die Eltern der Schulkinder schon vor und auch nach Ausrufung des besonderen Falles laufend schriftlich informiert haben. Der Rektor der Schulen Kriens war in der Koordinationsgruppe Coronavirus integriert. Er war in die übergeordneten Planungsaufgaben der Stadtverwaltung stets involviert.

4. Gibt es weitere Vorkehrungen?

Wie bereits erwähnt, beschloss der Stadtrat an seiner Sitzung vom 14. März 2020, den Gemeindeführungsstab einzusetzen, nachdem der Bundesrat die besondere Lage ausgerufen hatte. Dieser nahm seine Tätigkeit an diesem Tag auf. Dem Gemeindeführungsstab gehören die Stadträte Matthias Senn und Lothar Sidler, der Leiter Bevölkerungsschutz Res Sommer, der Stadtschreiber Guido Solari, der Rektor Markus Buholzer sowie die Leiterin der Abteilung Umwelt- und Sicherheitsdienste, Julia Stauffacher, an. Zudem besteht eine Untergruppe Gesundheit des Gemeindeführungsstabs, bestehend aus Stadtrat Lothar Sidler sowie dem Geschäftsleiter Spitex Kriens, Hannes Koch und dem Geschäftsleiter Heime Kriens, Guido Hübscher. Es wurde auch der Kontakt zu der freiwilligen Organisation «Kriens hilft» gepflegt. Der Gemeindeführungsstab tagte in seiner Anfangsphase täglich. In der Folge passte er den Sitzungsrhythmus dem Bedarf an. Aktuell tagt er einmal pro Woche.

Der Gemeindeführungsstab setzte insbesondere die vom BAG und vom Regierungsrat angeordneten Massnahmen um und kontrollierte deren Umsetzung. Dabei wurden die Massnahmen nach dem Motto «so viel wie vorgeschrieben und nötig» umgesetzt. Wo angeordnete Massnahmen von der Bevölkerung nicht eigenverantwortlich umgesetzt wurden, wurde eine konsequentere Massnahme angeordnet. Dort wo Massnahmen nicht anders umgesetzt werden konnten, wurden Verbote ausgesprochen. Dort wo es möglich war, wurde mit Geboten gearbeitet. So wurden Spielplätze vorerst für Personengruppen im Umfang von maximal 5 Personen unter Einhaltung der Distanzvorschriften offen gelassen (gelbe Plakate). Als festgestellt wurde, dass die Regeln nicht eingehalten wurden, wurden die Spielplätze geschlossen (rote Plakate). Beispielsweise wurde der Spielplatz im Gabeldingen geschlossen, nachdem die 5 Personen-Regel nicht eingehalten wurde. Auch die Parkplätze im Sonnenberg wurden geschlossen.

Der Gemeindeführungsstab informierte die Bevölkerung über die angeordneten Massnahmen und über die Unterstützung und Hilfsangebote. Die Informationen erfolgten zum einen über den Newsletter, über eine Sonderausgabe des KriensInfo vor Ostern und mit verschiedenen Flugblättern, etwa mit den Flugblättern «Kriens hilft» und «niemand geht vergessen». Zudem wurden die Mitarbeitenden mit einem verwaltungsinternen Newsletter à jour gehalten.

Der Gemeindeführungsstab setzte verwaltungsintern die von der Koordinationsgruppe geplanten Massnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebs der Stadtverwaltung um. So wurden die Abteilungen beauftragt, den Betrieb gemäss den Personal Continuity Management umzusetzen. Er ordnete weitere Massnahmen zur Gewährleistung der Gesundheit und Sicherheit der Mitarbeitenden im Stadthaus an, etwa einen Empfang im Foyer des Stadthauses und den Einbau von Plexiglasscheiben in Zimmern mit Kundenkontakten. Es wurden überdies weitergehende Hygienevorschriften erlassen dort, wo Kundenkontakte stattfanden, etwa das Reinigen der Tische nach jedem Kundenkontakt, das regelmässige Reinigen der Griffe und Türfallen etc. So gelang es dem Gemeindeführungsstab, die Stadtverwaltung während der gesamten Krisenzeit offen zu halten und die Dienstleistungen anzubieten.

Insgesamt funktionierte die Organisation sehr gut. Es gab keine Friktionen. Es konnte alles erreicht werden, was man erreichen musste. In der Verwaltung gab es keine Verbreitung des Corona-Virus. Es gab auch keine Erkrankung. Der Betrieb konnte vollumfänglich aufrechterhalten werden. Der Sprechende war nun 6-8 Wochen in diesem Sonderbetrieb. Es war erstaunlich, was während dieser Zeit alles abging. Die Gemeinde Kriens und die Bevölkerung von Kriens hat während dieser Zeit bestens funktioniert. Als die besondere Lage ausgerufen wurde dauerte es eine Woche, bis alles stand. Eine Freiwilligen Organisation schaute, dass alles funktioniert. Die Kirchen schauten, dass sie die Seelsorge sicherstellen können. Es war wirklich hervorragend. Die Zusammenarbeit hat total gut funktioniert. Es gab auch eine Kontrolle. Man ging in die Alterswohnungen Hofmatt und fragte nach, ob sie über die Ostertage versorgt sind. Ausnahmslos waren alle Leute versorgt. Auch intern hat die Solidarität unter den Leuten total gut funktioniert. Das war etwas ganz Bewegendes.

Roger Erni fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Martin Zellweger wünscht eine Diskussion.

Roger Erni stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Martin Zellweger stellt fest, dass die Interpellation von der Realität überholt wurde. Es war die Idee die Informationen trotzdem noch zu erhalten. Die Reaktion der Verwaltung und aller Beteiligten war vorbildlich. Er bedankt sich bei allen Involvierten.

9. Bericht dringliches Postulat Koch: Die Krauerwiese als Spielwiese und Freiraum für die Krienser Bevölkerung erhalten! **Nr. 147/18**

Laut Patrick Koch ist die Situation nun diese, dass der Stadtrat entschieden hat, dass der definitive Variantenentscheid für die weitere Verwendung der Krauermodule erst gefällt werden soll, wenn die übergeordnete Schulraumstrategie vorliegt. Das macht auch irgendwie Sinn. Aus diesem Grund haben die Immobiliendienste der Geschäftsleitung des Einwohnerrates beantragt, den vorliegenden Vorstoss erst zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln. Dieser Antrag wurde von der Geschäftsleitung abgelehnt, denn man wollte vor allem einen Zwischenbericht über den Planungsstand der Krauermodule. Sie beabsichtigt jedoch nicht den Vorstoss abzuschreiben, dieser soll zusammen mit der übergeordneten Schulraumstrategie und dem Planungsbericht zur Modulstrategie behandelt werden. Hiermit stellt der Sprechende den Antrag auf Nichtabschreibung des vorliegenden Vorstosses, da man zum heutigen Zeitpunkt nicht weiss, wie die weitere Verwendung der Krauermodule aussieht. Dies soll sinnvollerweise mit der Behandlung des Planungsberichtes zur Modulstrategie erfolgen.

Andreas Vonesch von der CVP/JCVP-Fraktion meint, dass seitdem der Einwohnerrat am 13. Dezember 2018 den Stadtrat beauftragt hat, eine Modulraumstrategie zu erarbeiten und diese dem Einwohnerrat vorzulegen, wartet man immer noch darauf. Gemäss Finanzdepartement haben die Immobiliendienste in Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Kulturdepartement im Herbst 2019 den Planungsbericht Modulraumstrategie ausgearbeitet und am 20. November 2019 im Stadtrat in 1. Lesung behandelt. Der Entschluss aus dieser Sitzung, einen definitiven Variantenentscheid erst zu fällen, wenn die übergeordnete Schulraumplanung vorliegt, ist aus heutiger Sicht richtig. Viele Eckwerte haben sich massiv verändert und zu einer ganz neuen Lagebeurteilung geführt. Zudem hat der Stadtrat angekündigt, eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe unter externer Leitung einzusetzen. Die CVP/JCVP-Fraktion möchte in diesem Zusammenhang wissen, bis wann mit Ergebnissen zu rechnen ist. In Anbetracht dieser Ausgangslage haben die Immobiliendienste eine Fristverlängerung beantragt, welche von der Geschäftsleitung an der Sitzung vom 11. Februar 2020 in dem Sinne abgelehnt wurde, um in einem kleinen Bericht über den Stand der Dinge informiert zu werden. Die CVP/JCVP-Fraktion kann den Argumenten der Immobiliendienste um Fristverlängerung folgen, versteht aber auch die Argumente der Geschäftsleitung. Deshalb nimmt sie den geforderten kleinen Bericht zur Kenntnis. Als Chance, dass dieses Postulat irgendeinmal zufriedenstellend erledigt werden kann, zeichnet sich mit der zeitnahen Verschiebung von einem Modul ins Schulzentrum Roggern eine erste Entlastung der Krauerwiese ab. Für die CVP/JCVP-Fraktion ist jedoch mit diesem Bericht das Postulat Koch nicht abgeschlossen.

Auch für die FDP-Fraktion ist laut Erwin Schwarz das Postulat nicht abgeschlossen. Auch sie ist froh, wenn ein Modul von der Krauerwiese wegwandert und der Postulant zu 50 % zufrieden gestellt wird.

Die SP-Fraktion ist gemäss Bettina Gomer-Beacco auch nicht für Abschreiben. Gerade letztes hat die Sprechende auch wieder gedacht, dass es schade um die schöne Wiese ist. Der Sprechenden geht es nicht nur um diese Wiese, sondern auch um einen Wald in ihrem näheren Umfeld. Auch wenn dieser Wald klein ist, ist auch dieser zu schade. So sind es doch auch Lebensräume für andere Lebewesen. Ihr geht es genauso um die Krauerwiese, wie auch um jegliche andere Naherholungsgebiete. Aber wie war das eigentlich geplant mit diesen Modulen? Bettina Gomer-Beacco ist noch nicht so lange im Einwohnerrat und musste da nochmals nachfragen. Sie hat dann von verschiedenen Personen immer wieder gehört, dass von Anfang an geplant war, die Module «einige Zeit» einzusetzen. Sie fragte dann letztes mal, wie lange genau «einige Zeit ist»? Ein bisschen oder auch ein bisschen mehr? Bei jedem bedeutet dies etwas Anderes. Fact ist: Zeit ist keine Einheit, sondern ein Aufeinanderfolgen von Augenblicken. Also ist es nicht klar definiert. Darum machen solche Aussagen kaum Sinn, denn jeder wird dies anders interpretieren. Darum führte man auch Stunden, Minuten, Daten und Jahre ein. Dann weiss man auch wie lange es auf den Stellen steht und es eine Anschlusslösung braucht. Nun ist man

froh über diese Module, denn dies ergibt eine tolle Lösung. Ein Modul geht weg und beim anderen schaut man mal. Ende gut alles gut? Nein. Darum ist die SP-Fraktion gespannt, wie es weitergeht.

Die Grüne/GLP-Fraktion ist laut Erich Tschümperlin auch nicht für Abschreibung. Ihr liegt die Krauerwiese auch am Herzen. Es wurde schon lange darum gekämpft und gestritten. Auch sie wartet sehnsüchtig auf eine definitive, akzeptable und verbindliche Lösung was dort entstehen soll. Die Grüne/GLP-Fraktion ist gespannt wohin diese Module gehen. Heute wurde erwähnt, dass der Restwert dieser Module nicht sehr hoch ist und immer gesagt wurde, dass diese bleiben. Der Sprechende möchte daran erinnern, dass es dazumal geheissen hat, dass diese Module einen hohen Wiederverkaufswert haben. Man war deshalb der Meinung, dass diese weiterverkauft werden können, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Die Module wurden dem Einwohnerrat als Zwischenlösung verkauft.

Franco Faé hat Verständnis dafür, dass die Geschäftsleitung des Einwohnerrates einen Zwischenbericht verlangte. Dieser liegt nun vor. Mit relativ grossem Aufwand hat man an der Modulraumstrategie im Herbst gearbeitet und diese vorbereitet. Es wurden verschiedene Varianten aufgezeigt, es gab Strategien dafür und auch sämtliche Aspekte wie schulorganisatorische Lösungen wurden vor allem auch aus der finanzielle Sicht intensiv besprochen. Der Stadtrat wollte aber zuerst die Schulraumplanung abwarten. Hinzu kam, dass man in der Finanzstrategie das Projekt der übergeordneten Planung, nämlich der Entwicklung der Quartiere, auch miteinbeziehen wollte. Am 4. März 2020 wurde dieses gedruckt und am 11. März 2020 fand die erste Lesung der Schulraumplanung statt. Deshalb konnte es nicht auf heute vorbereitet werden. Es macht tatsächlich Sinn, dass man zuerst das Projekt bearbeitet und über die ganze Stadt die richtige Endlösung für die Module findet. Ein Teil hat man bereits, wenn ein Modul von der Krauerwiese ins Roggern verschoben wird. Die Frage der Zeit wurde noch gestellt. Das Projekt soll Ende 2020 definitiv vorliegen, damit die weiteren Schritte einbezogen werden können. Erfreulich ist sicher, dass auf der Krauerwiese ein grosser Teil freigemacht wird. In der Zwischenzeit liegt die Baubewilligung vor für die Erweiterung des Spielplatzes. Dieser Platz soll so wieder attraktiver werden. Über den Wiederverkaufspreis wurde nun schon genug diskutiert. Der Sprechende weiss nicht, von welchen Preisen man ausging. Man muss es objektiv anschauen. Wenn man das Gefühl hat, man kann jedes Jahr 10 % abschreiben, täuscht man sich. Er nennt als Beispiel Emmen. Dort wurden so viele Module angeschafft und braucht diese gar nicht. Dafür mussten in der letzten Rechnung 2.4 Mio. Franken abgeschrieben werden, ohne jemals einen Nutzen daraus gehabt zu haben. Deshalb ist es sicher richtig Gedanken darüber zu machen, was mit den Modulen zukünftig passiert.

Abstimmung über die Abschreibung des dringlichen Postulats Koch: Die Krauerwiese als Spielwiese und Freiraum für die Krienser Bevölkerung (Nr. 147/18)

Das Postulat wird mit 27:0 Stimmen nicht abgeschrieben.

Albrecht, Michèle	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein

Portmann, Peter	nein
Purtschert, Bruno	nein
Rösch, Daniel	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	nein

10. Bericht dringliches Postulat Burkhardt: Kriens, jetzt handeln!

Nr. 237/19

Laut Roger Erni ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Anita Burkhardt-Künzler bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung ihres Postulats. Es ist erfreulich zu lesen, dass sich in Kriens einiges bewegt in Sachen Bypass. Wichtig ist ihres Erachtens, dass sich der Kanton einklinkt, denn ein für unsere Region verträglicher Bypass ist nicht nur für Kriens, sondern für den ganzen Kanton wichtig. Die uneingeschränkte Unterstützung des Kantons gegenüber des ASTRA ist zwingend erforderlich und muss durch Kriens immer wieder eingefordert werden. Es muss so sein, dass Kriens beim Kanton gleich gewichtet wird, wie die Stadt Luzern. Der Stadtrat hat aufgezeigt, wie viele Gespräche im Jahr 2019/20 mit dem zuständigen Regierungsrat und dem ASTRA stattfanden. Doch welche Qualität die jeweiligen Treffen hatten und ob Kriens dabei den gewünschten Erfolg erzielte, wurde leider zu wenig aufgezeigt. Dass der Stadtrat sich für die Gleichbehandlung des Bypass Kriens gegenüber der Spange Nord Luzern einsetzt, sollte ja wohl klar sein und nicht mit einem Satz abgehandelt werden. Wie hat er sich dahingehend eingesetzt? Wie fordert er die Gleichbehandlung ein? Zur Frage zwei kann sie die Beantwortung nachvollziehen. Ganz zentral ist, dass der ganze Kanton Luzern, nicht nur Kriens, bei Bund und Kanton ihre für den Verkehr grösstmöglichen Verbesserungen einfordert und auch darauf drängt, dass diese auch finanziell von Bund und Kanton mitgetragen werden. Zu Anfang der Planung Bypass hiess es von Seiten des ASTRA, der Bypass funktioniere nur zusammen mit der Spange Nord. Dies war eine Aussage von Jürg Röthlisberger, Direktor ASTRA. Ausserdem sollte Kriens eine durchgehende Busspur bis Bushub Ebikon erhalten. Auch diese wurde als Zückerchen versprochen und wird nun mangels Platz doch nicht umgesetzt. Es macht für die Sprechende den Eindruck, dass auf Kosten von Kriens gestrichen und gespart wird, denn Kriens schreit ja noch nicht so laut wie andere. Gerade deshalb ist es extrem wichtig den Druck vor allem auch auf den Bund aufrecht zu erhalten. Das ist ganz zentral und kann gar nicht genug betont werden. Denn es ist nun mal so, dass der Bund sich erst bewegt, wenn der Kanton sich unmissverständlich für eine ganzheitliche Überdachung auf dem Abschnitt einsetzt. Zur Frage nach der Umsetzung der Potentialanalyse, erstaunt es wenig, dass sich Bund und Kanton aus finanziellen Konsequenzen heraushalten wollen. Doch gerade Bund und Kanton profitieren am meisten vom Bau des Bypasses. Es müssen Grundlagen geschaffen werden, damit sich Kriens nicht als alleinige Kostenträgerin wiederfindet. Mit dem vom Stadtrat eingesetzten und von Thomas Kieliger geleiteten Team verspricht sich der Stadtrat und auch das überparteiliches Komitee «Bypass - so nicht!», die ganzheitliche Einhausung. Beispiele wie Projekte in Weiningen und Schwamendingen sind Vorbilder für den Bypass. Städtebauliche Aspekte und der Ansatz der Stadt-Reparatur sind bei Kriens vergleichbar. Es kann und darf nicht sein, dass die Anliegen des Grossraums Agglomeration Luzern, vor allem LuzernSüd als direkt betroffene, einfach übergangen werden. In diesem Sinne möchte die Sprechende den Stadtrat ermuntern, weiterhin grössten Einsatz und Kampfgeist zu zeigen, um den Nachkommen eine optimale und städtebaulich akzeptable Bypass-Lösung zu hinterlassen.

Räto Camenisch von der SVP-Fraktion kann jedes Wort von seiner Vorrednerin unterschreiben. Kriens ist in einer wahnsinnigen Zwickmühle. Es wird geplant und rollt. Alles konzentriert sich auf die Spange Nord. Kriens ist gar nicht gross ein Thema, doch ist die Sache in Kriens genauso wichtig. Die Autobahn wird die Stadt mit sechs offene Spuren quer durchschneiden. Das ist in der heutigen Zeit nicht akzeptabel. Jetzt kam Bewegung rein, weil der neue Regierungsrat, Fabian Peter, zuhört. Kriens hat mit Herr Kieliger ein Projekt visualisiert in Anlehnung an Weiningen und Schwamendingen. Schwamendingen kostet 700 Mio. Franken und die Stadt und der Kanton Zürich bezahlen 70 %. Dies erwähnt er, damit man weiss, was dies bedeutet. Immerhin kommt nun Bewegung rein. Wichtig ist, dass der Stadtpräsident diese Visualisierung am 15. Mai 2020 vor der VBK des Kantonsrates präsentieren darf. Diese werden vorab orientiert, bevor die Stadt Kriens an die Presse geht. Das ist auch psychologisch wichtig, weil im Juni die Motion Budmiger behandelt wird. Dort geht es darum, dass der Kanton gesetzgeberisch aktiv wird, damit autobahnbegleitende Massnahmen auch vom Kanton finanziert werden können. Dafür gibt es noch nicht einmal ein Gesetz. Der Weg ist noch weit und man braucht viel Ausdauer. Kriens muss jede Gelegenheit nutzen, um sich bemerkbar zu machen.

Gemäss Erwin Schwarz, FDP-Fraktion, spricht man hier nicht von Rinnsalen, sondern von einem breiten Bypass mit ganz anderen Dimensionen. Der Sprechende lässt hier die Wildbienen ausser Betracht. Die FDP-Fraktion möchte dem Stadtrat, dem Komitee und insbesondere Räto Camenisch für ihren Einsatz danken. Sie ist mit dem Vorgehen einverstanden und unterstützt das Komitee.

Die SP-Fraktion unterstützt laut Raphael Spörri dieses Anliegen auch. Man darf sich für die geleistete Arbeit auch mal gegenseitig einander auf die Schulter klopfen. Sie dankt vor allem dem Komitee «Bypass – so nicht». Es gilt nun den eingeschlagenen Weg so konsequent weiterzugehen. Der beschlossene Rechtsweg soll auch so weitergegangen werden und man soll dem Stadtrat den Rücken stärken. Der Einwohnerrat hat sicher auch eine gewisse Verantwortung mit Vorstössen, wie es die Postulantin gemacht hat. Vielen Dank, dass sie so dem Stadtrat die nötige Unterstützung zukommen lässt. Doch nicht nur was man rund um den Bypass macht scheint ein Zeichen nach aussen zu sein. Auch wie man mit den Verkehrsträgern umgeht, wird rund um uns wahrgenommen. Der Sprechende bittet den Einwohnerrat, den Stadtrat und die Krienser Bevölkerung dem Beachtung zu schenken und bewusst wahrzunehmen.

Die Grüne/GLP-Fraktion dankt laut Raoul Niederberger der Postulantin für ihr Postulat und dem Stadtrat für seinen Bericht. Dank der Zusammenarbeit aller Parteien und dem Stadtrat konnten bereits deutliche Verbesserungen für Kriens im Zusammenhang mit dem Projekt Bypass erreicht werden. Jetzt geht es darum nicht nachzulassen und weiter für die Anliegen von Kriens zu kämpfen. Wie man dies machen muss, wurde schon eingehend erläutert, weshalb nicht mehr anzufügen ist.

Laut Cyrill Wiget hat Anita Burkhardt-Künzler darauf hingewiesen, wie bedeutend es ist, dass der Kanton einlenkt. Tatsächlich ist er der Brückenbauer und Kriens durfte trotz seines riesigen Fahrplanes bereits zwei Mal dort vorsprechen. Das ist sehr positiv zu würdigen. Allerdings steht der Lackmus-Test noch bevor, weil der Kantonsrat über die gesetzlichen Grundlagen im Rahmen des Vorstosses Budmiger debattieren wird. Räto Camenisch hat erfreulicherweise den Kontakt zur Kommission hergestellt und er hofft, dass er dort vorsprechen darf. Es wäre sehr bedeutend, dass der Regierungsrat einen Auftrag vom Kantonsrat bekommt. Die Postulantin hat sich etwas gewundert, dass sie vom Erfolg in diesem Text noch nichts gefunden hat. Erst 2040 kann man den Erfolg geniessen, wenn der Deckel tatsächlich gebaut wurde. Dieser ist also noch weit weg. Es handelt sich um ein riesiges Projekt, welches hier vorliegt. Der Erfolg kann wirklich nur zustande kommen, wenn die grosse Koalition und historische Zusammenarbeit über alle Parteigrenzen hinweg auch noch ergänzt wird durch eine überkommunale Zusammenarbeit. Man ist im Moment sehr daran Partner ins Boot zu holen, welche mit Bund und Kanton verbunden sind. Es handelt sich bei diesem Projekt, welches nach Schätzungen des

ASTRA 700 Mio. Franken kosten wird, wohl um das grösste Projekt was Kriens je hatte. Insofern macht der Stadtrat alles dafür, dass Kriens in diesem Projekt vorwärtskommt und einen Erfolg in Bern erzielen kann. Der Sprechende wollte ursprünglich eine Präsentation zeigen, hat sich aber um entschieden. Die Postulantin sprach von Kampfgeist. Im Kampf zeigt man manchmal sinnvollerweise nicht die ganze Taktik. Die Vision wurde dem Komitee vorgestellt, aber man möchte heute nicht alles der Öffentlichkeit darlegen, weil es nicht sinnvoll ist, wenn Bern bereits aus der Zeitung liest, was Kriens als nächstes vor hat. Folgendes kann er sagen, ohne zu viel zu versprechen. Anfangs Juni wird die Auflage nachgeholt. Der Stadtrat möchte nun mit einem Vorschlag positiv in der Presse erscheinen. Im Nachgang, sobald die Auflagefrist abgelaufen ist, möchte man mit der Einsprache den Druck aufrecht erhalten und sagen, dass Kriens zum Bypass nur ja sagen kann, wenn der Deckel erstellt wird. Man nennt dies als Chance und möchte in erster Linie nicht gegen den Bypass sein. Der Stadtrat ist überzeugt, dass es den Bypass braucht, aber er darf nicht so kommen, wie er geplant ist. Es braucht zwingend eine Einhausung.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

11. Beantwortung Interpellation P. Portmann: Darassalam-Moschee

Nr. 246/19

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Roger Erni fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Peter Portmann wünscht eine Diskussion.

Roger Erni stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Gemäss Peter Portmann ist der Koran ein Buch, das vor 1'400 Jahre geschrieben wurde, für eine Religion, die noch nie reformiert wurde. Auf der einen Seite besteht die Tatsache, dass der islamische Fundamentalismus zunimmt. Auf der anderen Seite treten sogenannte islamische Geistliche auf, die ungebildet sind und die islamische Theologie nie studiert haben. Das wäre das Gleiche, wenn ein Maurer als Coiffeur arbeiten würde. Dazu kommt noch, dass die Prediger schlecht bezahlt und schlecht ausgebildet sind. Der Sprechende dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Daraus kann man schliessen, dass es praktisch unmöglich ist, Prediger zu finden, die auf Deutsch predigen könnten. Wenn Äusserungen wie «*meidet sie im Ehebett und schlägt sie*» für den Stadtrat keine Rechtsverletzung ist, dann gibt das dem Sprechenden zu denken. Das waren seine Feststellungen zu den Fragen 1 und 2. In der Frage 3 wird berichtet, dass die Leitung der Moschee versprochen hat, dass die Predigten sofort per Video aufgenommen werden und ein Jahr aufbewahrt werden. Gut zu wissen. Vertrauen ist gut, aber Kontrolle wäre besser.

Bruno Purtscher dankt im Namen der CVP/JCVP-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation von Peter Portmann. Die Fragen zeigen, dass vielfach ein komisches, vielleicht mulmiges Gefühl rund um die Moschee vorhanden ist. Sie denkt, dass die Antworten des Stadtrates dazu beigetragen haben, dieses Gefühl etwas zu reduzieren. Auch wenn es selbstverständlich ist, ist man um die klaren Aussagen froh, dass die Vertreter der Islamischen Gemeinde vollumfänglich die Schweizer Rechtsordnung anerkennen. Es ist für die CVP/JCVP-Fraktion auch nachvollziehbar, dass es nicht

Aufgabe des Stadtrates ist, die Kirchen zu überwachen. Sie ist aber froh, wenn der Stadtrat Hinweisen über Verstösse nachgeht bzw. handelt und Anzeige erstattet. Die CVP/JCVP-Fraktion erachtet es als sehr gut, dass der Stadtrat das Gespräch mit der islamischen Gemeinde gesucht hat. Es könnte sogar sinnvoll sein, dass der Stadtrat im Gespräch mit der Islamischen Gemeinde bleibt und dass periodisch ein Informationsaustausch stattfindet. So könnten Probleme vielleicht verhindert oder sicher informeller und schneller angegangen werden.

Die SP-Fraktion dankt laut Bettina Gomer-Beacco dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Auch möchten sie sich für die Initiative und für alle Gespräche, die in dieser Sache unternommen wurden, bedanken. In dieser Interpellation geht es um Glauben, um den Glauben etwas zu wissen. Man «glaubt» am liebsten den dicken fetten Schlagzeilen in der Zeitung. Was dort steht, kann so falsch nicht sein, sonst würde es doch nicht dort stehen. Wirklich? Oder verkaufen sich eben Vorurteile einfach sehr gut? Die Sprechende hat in der Schule beim Unterrichtsfach «Geschichte» immer gerne aufgepasst. Ihr fiel schnell mal auf, Glauben und Vorurteile sind mächtig und gefährlich. Allzu weit muss man nicht zurückschauen, nur ein bisschen mehr als 75 Jahre. Was ist eigentlich an dieser besagten Predigt in dieser Moschee gesagt worden? Niemand kennt die genaue Antwort. «*Vom hören sagen lernt man lügen*», sagte ihr Vater immer. Die Fragen des Interpellanten dazu lesen sich sehr «wertend» und sind suggestiv bis provokativ geschrieben. Das findet Bettina Gomer-Beacco sehr schade, denn das ist nicht nötig. Sie findet nämlich, wann immer es zu irgendeiner Form von Gewaltaufruf kommt, nur schon bei einem Hinweis, darf und soll man unbedingt Fragen stellen. Aber die Fragen sollten offen gestellt werden. Was ist passiert? Wurde eine Rechtsverletzung festgestellt? Was gäbe es für Möglichkeiten, gegen einen «Gefährder»-Verein etc. vorzugehen? Dass in Zukunft die Predigten mit Videos aufgenommen werden, scheint für die Darassalam Moschee eine gute Lösung. Aber wer jetzt glaubt, dass wenn man nur alle Moscheen überwacht, nichts passieren kann, der ist wahrscheinlich gänzlich naiv oder kennt sich schlicht nicht aus. Aber egal, egal ob im Worldwide Web, im Darknet oder in der realen Welt, eines ist klar: Aufruf zu Gewalt soll immer geahndet werden. Alle sich in der Schweiz aufhaltenden Personen sollen sich sicher fühlen. Genauso wie sich alle an unsere Gesetze zu halten haben. Dass sich alle an unseren Werten orientieren, ist wohl ein frommer Wunsch. Und gerade hier gilt es, besonders achtsam zu sein. Dar as'Salam – Ort des Friedens. Die Sprechende geht davon aus, dass dem so ist. Um für eine freie Schweiz mit ihren Grundrechten einzustehen, muss man genau hinschauen; in allen Zeiten, bei allen Gruppierungen egal ob Neozais, Salafisten oder pädophile Priester. Egal ob Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Faschismus, Fanatismus, Extremismus, Islamismus, Terrorismus, Populismus oder was auch immer für einen «ismus». Was man ganz sicher nie darf, ist die Augen vor jeglicher Form von Radikalismus und Fundamentalismus zu verschliessen. Darum sollte man immer solche Fragen stellen dürfen, zu allen Zeiten. Dies macht unsere Demokratie aus. Auch mal etwas grundsätzlich in Frage zu stellen und dabei das Anders-sein akzeptieren aus Freude an der Vielfältigkeit in unserem Land. Mit Stolz aber ohne Vorurteile.

Tomas Kobj dankt im Namen der Grüne/GLP-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Der Stadtrat nimmt sachlich zu den Fragen des Interpellanten Stellung. Die Grüne/GLP-Fraktion verurteilt jegliche Art von ideologischem und politischem Extremismus, Fanatismus und Gewalt. Leider gibt es immer wieder Personen, die in einer Gruppe unangenehm auffallen. Sie nimmt zur Kenntnis, dass der Dar-Assalam Verein in Kriens keine Hetze duldet. Sie nimmt ebenfalls zur Kenntnis, dass sich der Verein auch dahingehend äussert, dass in der Moschee kein Hass, keine Hetze und keine Gewalt verbreitet werden dürfe und das keine radikalen Prediger noch radikale Reden akzeptiert würden.

Cyrrill Wiget findet es angebracht auch mal darauf aufmerksam zu machen, ohne die Problematik dieser Moschee zu bagatellisieren, dass die Schweiz ihre Aufgabe mit der Integration der verschiedenen «ismen» nicht ganz so schlecht macht. Die Gesellschaft kommt damit gut zu recht. Einerseits erfolgt dies mit der Integration und Einhaltung des Rechtssystems. Vor 2 Tagen wurde dieses Verfahren ein-

gestellt. Man kann darüber streiten, dass man nicht mehr über die Hintergründe erfahren hat. Aber eigentlich ist es erfreulich, dass das Verfahren eröffnet wurde, die Moschee sich distanziert hat, sich zum Schweizer Rechtssystem bekannt hat und von diesem getrennt hat. Man kam nun zu einem Abschluss. Das ist nicht immer und überall so. Dies ist an sich eine positive Geschichte. Der Sprechende hat es geschätzt, dass von einigen Sprechern grundsätzlich positiv gewürdigt wurde, wie der Stadtrat nach bestem Wissen und Gewissen damit umgegangen ist.

12. Postulat Vonesch: Weitsichtige Planung – Nähwärmeverbund mittels Waldholzschnitzelheizung für das Gebiet Grossfeld/Hofmatt/Krauer und allenfalls Schlossliegenschaften

Nr. 262/20

Gemäss Roger Erni ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

13. Postulat Bienz: Waldholzschnitzel-Heizung Schloss Schauensee

Nr. 263/20

Gemäss Roger Erni ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Raphael Spörri opponiert.

Laut Viktor Bienz wird das Schloss Schauensee wie auch das Pförtnerhaus nach wie vor mit Öl geheizt. Die Stadt Kriens besitzt eine Waldfläche von rund 140 Hektaren. Ein Drittel des jährlichen nachwachsenden Energieholz würde bei weitem reichen, um diese Gebäude zu heizen, laut Aussagen einer Fachperson. Es wäre noch viel mehr möglich. Also die Energie besitzt Kriens bereits schon. Zudem ist der Transportweg der grauen Energie sehr kurz, nämlich vom Hochwald oder sogar Schlosswald her. Die Waldholzschnitzelheizung hat gegenüber der Trockenholzschnitzelheizung den grossen Vorteil, da man sogar das Feinabholz von Stauden mit mehr als 30 % Feuchtigkeit, aus den Hecken der Stadt Kriens verwerten kann. Zudem braucht es keinen zusätzlichen Lagerbunker, um die Holzschnitzel zu trocknen. Waldholzschnitzel stehen dezentral im ganzen Kanton Luzern zur Verfügung. Kurz sind die Transportdistanzen, entsprechend gut die Ökobilanz der Holzenergie. Holzfeuerungen sind nahezu zu 100 % CO₂-neutral, weil das bei der Verbrennung freigesetzte CO₂ von den Bäumen und Pflanzen im Laufe ihres Wachstums wieder gebunden wird. Holzenergie ist deshalb ein wichtiger Faktor im Kampf gegen den Klimawandel. Damit der Krienser Wald seine vielfältige Funktion dauernd und nachhaltig erfüllen kann, muss er gepflegt werden. Dabei fallen grössere Mengen qualitativ minderwertige Holzsortimente an. Viele davon lassen sich fast nur als Holzenergie nutzen. Jede Holzheizung/Holzenergieanlage/Wärmeverbund schafft somit eine Absatzmöglichkeit und leistet damit einen wichtigen Beitrag an die Waldpflege und somit an den für die Bevölkerung so wichtigen Erholungsraum in Kriens. Allen ist klar, wohin eine vernünftige Energiepolitik zielt. Man will das Klima schützen, die Versorgungssicherheit unseres Landes erhöhen und die Volkswirtschaft stärken. Weg vom fossilen Raubbau, hin zu erneuerbaren und umweltfreundlichen Energiequellen, so heisst das Gebot der Stunde. Wer mit Holz heizt, unterstützt all diese Ziele auf einmal. Und Holz ist genügend vorhanden. In der Schweiz kann der Brennholzverbrauch problemlos um 50 % erhöht werden, ohne die Wälder zu strapazieren. Im Gegenteil hält man die Wälder damit sogar fit und gesund. Umsteigen auf Holz als Wärmequelle ist eine Massnahme, die kurzfristig realisierbar ist, grosse Entlastung bringt und dabei erst noch der Volkswirtschaft dient. Das ist durch und durch eine sinnvolle Sache. Nach diesen

vielen positiven Gründen, ist die CVP/JCVP-Fraktion ganz klar für Überweisung des Postulats. Der Sprechende dankt für die Unterstützung.

Laut Hans Fluder, SVP-Fraktion, wäre beim Schloss Schauensee Pfortnerhaus und Pächterhaus eine Waldholzschnitzel-Heizung das Richtige. Der Vorteil dieser Heizung ist, dass Stauden, Äste und andere brennbaren Holzabfälle verwendet werden können und der Grünabfall, der in die Grünsammelstelle nach Blatten gebracht wird, könnte man auch reduzieren. Die Wälder in Kriens wären wieder sauberer, wie das in früheren Jahren der Fall war, als ganze Familien mit Leiterwagen die Holzäste und Tannzapfen aus den Wäldern holten und zu Hause in den Holzofen für warme Küchen und Stuben warfen. Das ist doch auch etwas Schönes. Es braucht kein Öl und kein Gas. So ist die Stadt Kriens weniger vom Ausland abhängig.

Die FDP-Fraktion findet gemäss Enrico Ercolani diesen Vorstoss sehr gut und wird diesen auch unterstützen. Der Sprechende möchte bemerken, dass auch die FDP-Fraktion zwei Vorstösse zu diesem Thema eingereicht hat. Der eine betrifft unter anderem auch, dass die Ölheizung mit einem umweltfreundlichen System ausgewechselt wird. Der zweite Vorstoss betrifft die Begehrbarkeit und Nutzung des Schloss Schauensee für Leute mit Handicap. Ein mögliches Projekt hat der Sprechende zu Hause auf einem Plan und wird diesen entsprechend noch vorstellen. Er möchte dem Stadtrat zu bedenken geben, dass das Heizsystem unter Berücksichtigung der Schlossnutzung für Leute mit Handicap gewählt wird. Es kann nicht sein, dass dann der nötige Platz für dieses Projekt nicht mehr vorhanden ist. Wenn ein grosser Lagerplatz gebraucht wird, muss man es sehr genau anschauen. So oder so steht die FDP-Fraktion dahinter, dass ein umweltverträgliches Heizmedium eingebaut wird.

Laut Raphael Spörri ist die SP-Fraktion die letzte, welche gegen alternative Wärmesysteme ist. Das ist auch nicht der Grund für die Opposition. Man hat sich verschiedene Fragen gestellt, welche Viktor Bienz zum Teil schon beantwortet hat. Trotzdem möchte er diese noch antönen. Gibt es genug Kapazität, dass ein Wärmeverbund abgedeckt werden kann? Oder auch gleich noch zusätzlich ein Schloss? Was passiert, wenn man die Ressourcen nicht mehr hat bzw. von weiter her die Holzschnitzel transportieren muss? Was wäre mit der Nachhaltigkeit, wenn der Transport noch dazu kommt? Polittechnisch hat der Sprechende aber mit diesem Vorstoss schon seine Mühe. Dies ist gefühlt etwa der dritte Vorstoss zu diesem Thema. Die Grünen haben einen Vorstoss zur Strategie Schlössli eingereicht, Enrico Ercolani zur Heizung Schloss Schauensee, Andreas Vonesch zum Nahwärmeverbund und nun noch dieser von Viktor Bienz. Bei mindestens drei Vorstössen geht es ums gleiche Thema. Wenn der Einwohnerrat effizienter werden soll, muss man sich überlegen wie. Wäre es nicht ein gangbarer Weg, wenn sich die Fraktionen miteinander absprechen und somit nicht mehrere Vorstösse erstellt, welche ins gleiche Horn blasen.

Peter Stofer, Grüne/GLP-Fraktion, freut es, dass verschiedene Fraktionen die Liebe zur Holzenergie entdeckt haben. Das ist auch eine gute Sache, wenn man es bedacht und richtigmacht. Das Schlössli ist sicher ein guter Standort für eine Holzverbrennungsanlage. Eine Holzverbrennungsanlage ist aber keine Abfallverbrennungsanlage. Grüngut ist kein Holzbrennstoff. Die Umweltgesetzgebung gibt genau vor, was in einer solchen Schnitzelführung alles verbrennt werden darf. Viktor Bienz erklärte, dass man auch Stauden, nasse Schnitzel und Abschnitte verbrennen kann. Schon dort wird es aber kritisch. Dann gibt es schnell ein Problem mit dem Kanton, welcher die Kontrolle macht. Der Kanton hat gerade kürzlich erkannt, dass man immer mehr solche Holzführungen hat, die nicht richtig laufen. Er hat darum eine Projektgruppe ins Leben gerufen, welche den gesamten Bewilligungsprozess überarbeiten wird. Neu wird man eine solche Anlage durch ein QS-System durchlaufen müssen, bevor man überhaupt eine Bewilligung erhält. Holz verbrennen ist eine tolle Sache und ist gut, aber nicht ganz einfach und nicht ganz billig. Darum weist der Sprechende auf den Vorstoss von Andreas Vonesch hin, dass

wenn man eine weitsichtige Planung macht, den Fokus breiter wird. Es gibt nicht nur Holzenergie, welche umweltfreundlich ist, sondern auch noch andere Energien. Er denkt dabei an die Wärme aus der Horwer Bucht. Das ist sicher eine gute und zukunftsgerichtete Energieform, mit welcher man im Sommer kühlen und im Winter heizen kann. Der Standort einer solchen Holzfeueranlage ist auch entscheidend. Es wird keine gute Idee diese mitten im Siedlungsraum mit einem riesigen Kamin aufzustellen. Wenn dies auf der Krauerwiese sein wird, wird man sicher nochmals darüber sprechen müssen.

Franco Faé kann fast alles wiederholen, was bereits gesagt wurde. Dem Stadtrat ist bewusst, dass verschiedene Vorstösse zu diesem Thema vorliegen. Auch die Fernwärme im Obernau kommt noch dazu. Beim Ersatz einer Heizung wurde bisher der Umweltgedanke immer miteinbezogen. Die letzten erstellten Heizungen waren alles Pelletheizungen. Überall versucht man Photovoltaik einzusetzen. Auch die Seeenergie von Seite Horw kommt noch dazu. Enrico Ercolani's Vorschlag wird sicherlich auch berücksichtigt. Der Sprechende kann sich nicht vorstellen, dass ein Lager für Schnitzel in diesem Schloss irgendwo untergebracht werden kann und soll. Als die Heizung im Obernau ersetzt wurde, gab es diese Thematik bereits. Man schaute, ob ein Heizverbund im Obernau möglich ist. Wie Peter Stofer gesagt hat, gibt es ganz klare Vorgaben, wie die Energie gebraucht wird. Es ist auch nicht realistisch, dass dies mitten im Zentrum erstellt wird. Selbstverständlich muss es eine Gesamtschau geben. Das Grossfeld soll auch miteinbezogen werden. Es gilt die Vor- und Nachteile abzuwägen. Hier steht Arbeit bevor, die genau und seriös anzuschauen ist.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Bienz: Waldholzschnitzel-Heizung Schloss Schauensee (Nr. 263/20)

Das Postulat wird mit 23:3 Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	Enthaltung
Portmann, Michael	nein
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Patrick Koch geht davon aus, dass der Stadtrat zu den Vorstössen zum gleichen Thema einen einzigen Bericht erstellen wird.

14. Postulat M. Portmann: Familien im Zentrum**Nr. 264/20**

Gemäss Roger Erni ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

15. Postulat Schwarz: Sprachliche Frühförderung in Kriens**Nr. 265/20**

Gemäss Roger Erni ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

16. Postulat Rösch: Förderung der E-Mobilität**Nr. 274/20**

Gemäss Roger Erni ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

17. Postulat Tanner: Prüfung von Wärmeverbünde als Heizlösung für das Zentrum bis zum Obernau**Nr. 277/20**

Gemäss Roger Erni ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

18. Motion Wendelspiess: Projektierungskredit Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten**Nr. 280/20**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

19. Bericht Postulat Kobi: Leben mit Behinderungen – Teilnahme und Teilhabe auch in Kriens**Nr. 124/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

20. Bericht Postulat Lammer: Reallokation der frei werdenden Mittel aus Spange Nord**Nr. 191/19**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

21. Bericht Postulat Niederberger: Symbolische Ausrufung des Klimanotstandes Nr. 212/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

22. Beantwortung Interpellation M. Portmann: Kontrollmessung für die Mobilantenne im Kleinfeld Nr. 255/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

23. Fragestunde

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

Roger Erni bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Der Live-Stream ist digital eine grosse Chance. Man muss sich überlegen, ob das Rednerpult und auch der Live-Stream zukünftig zum Einsatz kommt. Er bedankt sich bei der ganzen Crew, welche die Live-Übertragung möglich gemacht hat. Durch die Digitalisierung kann der Ratsbetrieb in das Wohnzimmer gebracht werden. Unter anderem hat Roger Erni's 100-jähriges Grosi das erste Mal eine Live-Session eines Parlamentes mitverfolgt. Das ist doch genial. Der Sprechende bedankt sich bei Janine Saul für ihren wichtigen Job.

Nun zum aktuellen Stand des Einwohnerratsausfluges. Im Moment findet dieser statt. Er bittet um An- und Abmeldung bis Ende Mai 2020. Es wird ein Schutzkonzept geben. Anfang Juni wird der Einwohnerrat informiert, wie der Ausflug stattfinden wird.

Die nächste Sitzung findet am 25. Juni 2020 statt. Diese dauert vermutlich den ganzen Tag. Zum Schluss dieser Sitzung hält der Sprechende seine Abschiedsrede und es gibt Verabschiedungen von vier Stadträten und fünf Einwohnerratsmitgliedern.

Die Sitzung schliesst um 18:00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Roger Erni

Der Stadtschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp